

Handlungsfelder für die Integration von Neuzugewanderten im Kreis Recklinghausen

Ergebnisse aus den Workshops
von Oktober 2016 - Februar 2017

Impressum:

Kreis Recklinghausen
Der Landrat
Fachdienst 57 - Kommunales Integrationszentrum
Sabine Fischer

Mit Unterstützung durch das Bundesprogramm „Willkommen bei Freunden - Bündnisse für junge Flüchtlinge“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Mit finanzieller Unterstützung durch das vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW geförderte Programm „KOMM-AN NRW“.

Mit redaktioneller Unterstützung durch das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „Zukunftsstadt“ des Kreises Recklinghausen

Redaktion:

Anja Bossert
Sabine Fischer
Ursula Kreft
Katrin Petersen
Alexandra Schmitz
Dr. Hans Uske

Handlungsfelder für die Integration von Neuzugewanderten im Kreis Recklinghausen

Ergebnisse aus den Workshops
von Oktober 2016 - Februar 2017

Integration in Arbeit

13.10.2016 Kreishaus

Bürgerschaftliches Engagement

17.10.2016 Datteln

Bildung / Sprachbildung

21.11.2016 Dorsten (Ü 15)
26.01.2017 Marl (U 15)

Wohnen

10.01.2017 Haltern am See

Sport

23.01.2017 Dorsten

Sicherheit und Rassismus

30.01.2017 Oer-Erkenschwick

Familie, Frauen, Kinder, Jugendliche

03.02.2017 Kreishaus

Einbeziehung der Neuzugewanderten

10.02.2017 Kreishaus

Inhalt

Einleitung	4
1. Integration in den Arbeitsmarkt	10
2. Bürgerschaftliches Engagement.....	20
3. Bildung / Sprachbildung.....	29
4. Wohnen	44
5. Sport und Freizeit.....	48
6. Sicherheit und Rassismus.....	56
7. Familie, Frauen, Kinder, Jugendliche.....	73
Ausblick	81

Einleitung

Den Menschen im Blick. Schützen. Integrieren.

Der Kreis Recklinghausen ist in den vergangenen Jahrzehnten Heimat für viele Flüchtlinge geworden. Zu einem großen Teil waren sie infolge der langjährigen Praxis der Kettenduldungen von Integrationschancen und Selbstverantwortung für eine gesicherte Lebensplanung ausgeschlossen. Das Zuwanderungsgesetz eröffnete im Jahr 2005 erstmals eine Perspektive auf einen Daueraufenthalt für diejenigen von ihnen, die trotz widriger Lebensumstände eigene Integrationsleistungen erbracht hatten. Die Städte des Kreises Recklinghausen, sowie der Kreis Recklinghausen tragen Verantwortung für die Förderung von Integration und die Realisierung der Chancen auf ein Bleiberecht.

Quelle: Flüchtlingspolitische Erklärung des Kreistags Recklinghausen aus dem Jahr 2008

Menschen verlassen ihre Heimat, weil unterschiedlichste Notlagen sie dazu zwingen, wie z.B. Bürgerkriege, Konflikte zwischen Staaten und Verfolgungen aufgrund ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, Naturkatastrophen, Armut und Perspektivlosigkeit.

Im Jahr 2015 ging es bei der Ankunft der Geflüchteten im Kreis Recklinghausen und im ganzen Land oft schlicht darum, sie vor Obdachlosigkeit zu schützen, ihnen das Notwendigste zu bieten, Essen, einen Schlafplatz. Neben Geflüchteten sind noch Menschen aus anderen EU-Staaten in den Kreis Recklinghausen gekommen, die ebenso hier eine neue Heimat finden möchten.¹

Wie kann der Kreis Recklinghausen mit seinen zehn Städten eine neue Heimat für diese Menschen werden und wie können wir uns dieser Herausforderung stellen? Es geht jetzt um mehr! Es geht jetzt um die Zukunft der Neuzugewanderten im Kreis Recklinghausen - und damit auch um die Zukunft des Kreises Recklinghausen und der zehn Städte im Kreis. Unter Einbezug aller Akteure, Kommunen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sollen grundsätzliche und langfristige Festlegungen zu laufenden Handlungen erfolgen und so aufeinander abgestimmt werden, dass das Gemeinsame im Vordergrund steht und Einzelinteressen in den Hintergrund rücken.

In Deutschland läuft die Aufnahme der Geflüchteten in einem sehr bürokratischen und komplexen Verfahren. Die Kommunen setzen dieses Verfahren in die lokale Praxis vor Ort in eigenen Handlungsstrategien um. Bund, Länder und Kommunen sind für das Verfahren zuständig, aber in letzter Instanz ist es die Kommune, die die Geflüchteten aufnimmt und sie in die Gesellschaft integriert. Die Verteilung neu einreisender Asylsuchender auf die Bundesländer erfolgt nach dem

¹ Im weiteren Verlauf des Textes wird der Terminus „Neuzugewanderte“ gebraucht, da das Integrationskonzept und die dort dargestellten Angebote (soweit möglich) für alle Neuzugewanderte nutzbar sein sollten. Das heißt, für Geflüchtete als auch Menschen aus anderen EU-Staaten, die neu in den Kreis Recklinghausen gekommen sind.

sogenannten Königsteiner Schlüssel, mit dem die Verteilungsquoten an aufzunehmenden Flüchtlingen für die einzelnen Länder jährlich berechnet werden. Diese Berechnung erfolgt auf der Grundlage der Steuereinnahmen sowie der Bevölkerungszahl eines Bundeslandes. Asylsuchende werden in der so ermittelten zuständigen Erstaufnahmeeinrichtung des Landes aufgenommen, wo auch die Erstanthörung im Asylverfahren stattfindet. Die zeitliche Dauer dieser Unterbringung soll sechs bis maximal zwölf Wochen betragen. Von dort gehen die Asylbewerber dann in die Kommunen, die eine große Verantwortung für die Versorgung und Unterbringung übernehmen, die rechtlichen Rahmenbedingungen aber selber nicht ausgestalten können.

NRW hat 2015 mit rund 300.000 Flüchtlingen im Bundesvergleich die meisten Schutzsuchenden aufgenommen. Ohne die Kommunen, die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, Kommunalen Integrationszentren, die Integrationsagenturen, die Freien Wohlfahrtsverbände, die Migrantenselbstorganisationen, Vereine und viele weitere Akteure wäre es nicht möglich gewesen, diese Aufgabe überhaupt zu stemmen.

Damit die Integration der Zugewanderten gut gelingen kann, erarbeiten das Kommunale Integrationszentrum des Kreises (KI) und die zehn kreisangehörigen Städte ein gemeinsames Integrationskonzept. In einem ersten Schritt wurde dazu in einer Workshop-Reihe zu verschiedenen Themen die aktuelle Situation in allen Städten analysiert, Stärken wurden herausgearbeitet und Bedarfe festgestellt. Hierzu wurde zu allen Workshops eine Klimakonferenz durchgeführt und entlang der Wetter-symbole die Situation in den Städten diskutiert.

Das Ergebnis ist eine „Ist-Analyse“/ Bestandsaufnahme der Situation zum Zeitpunkt des jeweiligen Workshops. Berücksichtigt werden muss dabei, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die zur Analyse der Situation beigetragen haben, ganz unterschiedliche Funktionen innehaben. Das wirkt sich unseres Erachtens sehr positiv auf das Ergebnis aus, denn so konnte die Situation aus

Methoden Klimakonferenz

Die Methode wird verstärkt im Schulbereich zur Förderung der Elternbeteiligung eingesetzt, um eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule zu erzielen.

Die Klimakonferenz arbeitet mit vier anschaulichen Wettersymbolen: Sonne, Wolke, Blitz und frischer Wind.

Wettersymbole der Klimakonferenz

Sonne: Hier scheint die Sonne – das sind die Stärken.

Wolken: Hier verdunkeln Wolken den Himmel – das beeinträchtigt die klare Sicht.

Gewitter: Hier herrscht Gewitterstimmung – das muss sich unbedingt ändern.

Wind: Hier weht ein frischer Wind – das wäre eine gute Idee.

Die in der Literatur beschriebene Vorgehensweise wurde für die Arbeitsphase in den Workshops etwas abgewandelt. Mitarbeiter/-innen aus dem Kreis und den Städten führen gemeinsam die Klimakonferenzen zu wechselnden Themen durch. Dazu wurde die gesamte Gruppe per Abzählverfahren in vier Kleingruppen unterteilt. Es gab vier Stellwände mit der jeweiligen Wetterrichtung, die dann nacheinander von den Teilnehmern besucht wurden. Vorab haben sie farbige Karten zu den jeweiligen Wetterrichtungen erhalten, die sie vor Durchlauf der Wetterstationen beschriftet haben. Die Gruppen haben untereinander diskutiert und wurden dabei von zwei Mitarbeiter/-innen des KI begleitet.

Nachdem jede Gruppe jede Wetterrichtung bearbeitet hat, hat jeder Teilnehmer pro Wetterrichtung die für ihn wichtigste Aussage bepunktet.

verschiedenen Perspektiven (z.B. eines Verwaltungsmitarbeiters, einer Ehrenamtlerin oder eines Lehrers, etc.) beleuchtet werden. Gleichzeitig waren aber nicht immer alle Perspektiven und auch nicht Vertreterinnen und Vertreter aus allen Städten bei den Workshops anwesend. Somit kann nicht in allen Fällen ein „vollständiges“ Bild der Situation in jeder einzelnen Kommune gezeichnet werden. Daher haben wir uns dazu entschlossen, in den nachfolgenden Workshopbeschreibungen zu den einzelnen Handlungsfeldern die getroffenen Aussagen nicht einzelnen Städten zuzuordnen.

Die Einladung zu den Workshops erfolgte in Absprache mit unseren Ansprechpartner/-innen in allen 10 Städten des Kreises. D.h. die Städte konnten wichtige Ansprechpartner/-innen, Schlüsselpersonen, Expert/-innen, Ehrenamtler/-innen und viele mehr aus ihrer Stadt benennen, die unbedingt eine Einladung erhalten sollten. Des Weiteren hat das Kommunale Integrationszentrum zu allen Workshops auch über die eigenen Verteiler eingeladen.

Die folgenden Workshops, zu denen haupt- und ehrenamtliche Akteure der Flüchtlingsarbeit sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen wurden, fanden in dieser Reihe statt:

- Integration in Arbeit (13.10.2016, Kreishaus)
- Bürgerschaftliches Engagement (17.11.2016, Datteln)
- Bildung/Sprachförderung Ü15 (21.11.2016, Dorsten)
- Wohnen (10.01.2017, Haltern am See)

- Sport (23.01.2017, Dorsten)
- Bildung/Sprachförderung U15 (26.01.2017, Marl)
- Sicherheit und Rassismus (30.01.2017, Oer-Erkenschwick)
- Familie, Frauen, Kinder, Jugendliche (03.02.2017, Kreishaus)
- Abschluss-Veranstaltung (10.02.2017, Kreishaus)

Bilanz der Workshop-Reihe in Stichworten

- Großes Interesse der Teilnehmenden am Thema Integration und an einem regelmäßigen Austausch.
- Gute Resonanz mit rund 250 Teilnehmenden an den 8 Workshops zu den Handlungsfeldern darunter auch zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger. Des Weiteren nahmen über 100 Personen an der Abschluss-Veranstaltung teil. Darunter auch zahlreiche Neuzugewanderte.
- Ehrenamtliche begrüßen den gleichberechtigten Austausch auf Augenhöhe mit den hauptamtlichen Akteuren.
- Im Abschlussworkshop stellen Neuzugewanderte in den Themenfeldern Sport, Sprachbildung und Freizeit, Wohnen sowie Integration in Arbeit ihre Bedürfnisse und Erwartungen an eine gelingende Integration dar.

Das KI hat die Ergebnisse und Informationen aus den Workshops aufgearbeitet und stellt sie nun auf dem Fachtag am 28.11.2017 allen Akteuren zur Verfügung. Das kreisweite Integrationskonzept ist „work in pro-

gress“, das heißt, es kann nicht als fertiges Dokument verstanden werden und muss sich immer wieder an die veränderte Situation anpassen. Zudem kann jede Stadt Ideen und Anregungen aus dem Konzept verwenden und diese an die spezifische Situation in der eigenen Kommune anpassen. Je nach Handlungsfeld kann geschaut werden, ob eine städteübergreifende Zusammenarbeit sinnvoll und gewünscht ist und wie weiterer Austausch, Zusammenarbeit und gemeinsame Umsetzung von Handlungsschritten erfolgen kann.

Die Teilnehmenden wünschen sich eine bessere Vernetzung und größere Transparenz bei den vielen Angeboten in den Städten des Kreises sowie den Austausch von Good-practice-Beispielen



Seit dem 10. Februar 2017 ist als ein erstes, für alle nutzbares Ergebnis der Zusammenarbeit eine Datenbank im Internet verfügbar. Die über die Internetseite des Kreises Recklinghausen erreichbare Datenbank stellt kreisweit die Angebote für Flüchtlinge sowie die Ansprechpartner zusammen. Sie wird durch die aktive Mitarbeit der Akteure in der Integrationsarbeit aktuell gehalten und laufend um neue Angebote ergänzt. Auch eine Darstellung der gesammelten Good-practice-Beispiele ist dort geplant.

Mit Hilfe der Datenbank soll die Suche und der Zugang nach passenden Angeboten erleichtert werden und in und zwischen den Städten Transparenz hergestellt werden.

Dabei geht es nicht nur um Angebote, die sich insbesondere an Menschen mit Migrationshintergrund richten (z.B. Elterncafé für türkische Mütter), sondern auch um solche Angebote, die den Lebensalltag aller Menschen betreffen, wie z.B. Angebote aus den Bereichen „Freizeit“, „Kultur“, „Berufliche Integration“ oder „Beratung“.

Mit Hilfe eines Suchformulars kann gezielt nach Angeboten gesucht werden. Ebenfalls ist die Eingabe von Angeboten möglich, die dann von einem Mitarbeitenden des Kommunalen Integrationszentrums frei gegeben werden.

Die Datenbank erreichen Sie unter dem folgenden Link:

www.kreis-re.de/integrationsangebote

Neben den dargestellten Ergebnissen der Workshops in den einzelnen Handlungsfeldern sind mittlerweile einige Initiativen vom Kommunalen Integrationszentrum (teilweise mit Kooperationspartnern) angestoßen worden;



Diese sind:

- Gemeinsam mit dem Jobcenter Planung einer niedrigschwelligen Qualifikation für geflüchtete Frauen im Bereich der Betreuung von pflegebedürftigen Menschen (Basisqualifizierung im Rahmen der Un-

terstützungsangebote im Alltag nach AnFöVO) mit Beratungscafé

- Fortbildungsreihen für ehrenamtlich Tätige sowie Multiplikator/-innen in der Flüchtlingsarbeit über KOMM-AN NRW. Insgesamt wurden 18 Veranstaltungen für Ehrenamtliche mit insgesamt 200 Teilnehmer/-innen und 5 Veranstaltungen für Multiplikator/-innen mit 76 Teilnehmer/-innen durchgeführt
- Kinoveranstaltung „Alles gut“ zum Austausch und der Begegnung von Neuzugewanderten und Bürgerinnen und Bürgern mit mehr als 120 Besucher/-innen
- Qualitativer Ausbau der Seiteneinsteigerberatung
- Organisation einer Info-Veranstaltung am 22. Februar 2017 zum Schulbesuch und der Schulplatzvergabe für Seiteneinsteiger für die Gruppe der Berufsschulpflichtigen
- Vorbereitung mit Kooperationspartnern (Berufskolleg Castrop-Rauxel, Regionales Bildungsbüro Kreis Recklinghausen, Projekt „angekommen“, RuhrFutur und dem Regionalverband Ruhr) eines Tages der Begegnung zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Fluchterfahrung im März 2018
- Vorbereitung von Info-Veranstaltungen zu verschiedenen Berufsfeldern im Frühjahr 2018 gemeinsam mit dem Jobcenter
- in Kooperation mit dem Kreissportbund wurden zwei Veranstaltung organisiert: „Austauschtreffen zur Stärkung kommunaler Integrationsnetzwerke“ (11.10.2017) und „Fit für die Vielfalt im Sport“ (21.10.2017)
- Kooperation mit dem Kreissportbund zur Erstellung einer Infobroschüre zum Sport
- Das KI hat zu vier Treffen eingeladen, auf der die Frage der Anschlussperspektive von Schülerinnen und Schülern in Internationalen Förderklassen erörtert wurde.
- Das KI plant in Kooperation mit dem Kompetenzteam (Lehrerfortbildung des Schulamtes) Studien- und Berufswahlkoordinatoren (StuBos) zu qualifizieren
- Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden für eine gemeinsame Gestaltung eines Fach- und Fortbildungstags im Bereich der Flüchtlingshilfe
- in Kooperation mit Verbänden, Vereinen und anderen Institutionen wurden im Rahmen von Demokratie leben! Einzelprojekte zu Themen wie „Wertevermittlung“, „Begegnungen“, „Verständnis für das Andere/kulturelle Vielfalt“ und „Frauen“ umgesetzt

- das Thema „geflüchtete Frauen“ in den Fokus rücken. Z.B.: Teilnahme an der Frauen-Info-Messe für Frauen mit Migrationshintergrund des Arbeitskreis Bildung und Migration der Frauenkommission der Stadt Recklinghausen, Teilnahme an der Steuerungsgruppe PLANET (Perspektive Lernen und Arbeiten im Netzwerk für Mütter mit Migrationshintergrund), Förderung der Veranstaltung des Hauses der Kulturen „Frauengesundheit zwischen den Kulturen“ über KOMM-AN Mittel
- Infoveranstaltungen zur Möglichkeit des Einsatzes des Elternbildungsprogramms „Griffbereit“ in der Arbeit mit Neuzugewanderten
- Einrichtung von mehreren „Griffbereit“-Gruppen für Neuzugewanderte in verschiedenen Städten des Kreises

In den nachfolgenden Beschreibungen der Ergebnisse aus den Workshops finden Sie Info-Kästen zu Fragen, die während der Workshops häufig aufgetreten sind. Diese Info-Felder sind farbig hinterlegt. Des Weiteren werden gute Ideen mit einer Glühbirne hervorgehoben.



Einige Themen wurden Workshop übergreifend immer wieder oder sehr häufig genannt. Dabei handelt es sich um die Themen Transparenz, „finanzielle und personelle Ressourcen“ und „Kooperation und Vernetzung“. Diese werden hier nun zusammenfassend dargestellt und hinten in der Workshopbeschreibung nicht mehr erwähnt, sofern sie sich nicht explizit auf das konkrete Handlungsfeld beziehen.

Transparenz

Das Thema Transparenz der Angebote und Transparenz der Ansprechpartner sowie die Zuständigkeit von Institutionen und Akteuren zieht sich durch alle Handlungsfelder des Integrationskonzeptes bzw. wurde in allen Workshops thematisiert.

Konkret wurde in folgenden Bereichen mehr Transparenz gefordert:

- Anbieter und Ansprechpartner/-innen zu Sprach- und Integrationskursen
- Ansprechpartner/-innen für die Seiteneinsteigerberatung (an Schulen)
- Ansprechpartner/-innen im Bereich „Integration in Arbeit“ beim Jobcenter und der Agentur für Arbeit
- Beratungsstellen zur Aufnahme eines Studiums
- Struktur in der kommunalen Integrationsarbeit teilweise unklar, Ansprechpartner/-innen sollten konkret benannt werden (z.B. auch wenn es um Fragen und Ängste der Anwohner bei Flüchtlingsunterkünften geht)

Zum Thema Transparenz soll auch auf die oben bereits erwähnte Datenbank zu Integrationsangeboten des KIs verwiesen werden, die sicherlich schon viele blinde Flecken beseitigen konnte. Gleichzeitig bietet sie aber auch die Möglichkeit, in weiteren Bereichen Transparenz herzustellen.

Transparenz und Datenschutz

Das Thema Transparenz wurde aber auch in Zusammenhang mit dem Thema „Datenschutz“ erörtert.

Im Bildungssystem spielen vor allem die Übergänge eine wichtige Rolle; auch hier erschwert der Datenschutz eine bessere Zusammenarbeit. Neuzugewanderte Kinder steigen sozusagen quer ins Bildungssystem ein, da sie das Bildungssystem nicht wie hier aufgewachsene Kinder vertikal durchlaufen. Somit sind bei ihrem Einstieg ins Bildungssystem ihre bisher gemachten Bildungserfahrungen im Heimatland sehr wichtig, um eine möglichst geeignete Bildungseinrichtung zu finden und an die bisher gemachten Bildungserfahrungen anknüpfen zu können. Fragen nach der Vorbildung, wie z.B. Alphabetisierung müssen geklärt werden. Häufig dürfen die dazu ermittelten Daten nicht weitergegeben werden.

Finanzielle und personelle Ressourcen

Ein weiteres Thema, das in fast jedem Workshop unabhängig vom jeweiligen Handlungsfeld angesprochen wurde, sind die meist fehlenden Ressourcen, welche sowohl finanzieller als auch personeller Natur sein können. Mehrfach wird gefordert, dass der Bund und das Land mehr Fördermittel und mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stellen sollten.

Folgende Punkte wurden konkret genannt:

- Fehlendes Personal in Jobcentern und im Integration Point
- Konzentration von Fördermitteln auf „Geflüchtete“ aus den fünf Ländern mit guter Bleibeperspektive wurde kritisiert
- Fehlende Förderketten
- Für die Altersgruppe von 0-14 Jahren: Forderung nach mehr Schulsozialarbeiter/-innen und Lehrkräften an Grund- und weiterführenden Schulen
- Mehr Psycholog/-innen und Dolmetscher/-innen für den Schulbereich
- Bedeutung von multi-professionellen Teams
- Fehlende Mittel im Elementar- und Primarbereich
- Fachkräften (auf Honorarbasis) bereichern die Arbeit und fördern die Inklusion in die Kita
- Zusätzliche Fachkräfte für zusätzliche Angebote wie z.B. Sport, Musik und Werken in der Schule fehlen

- Planungsunsicherheit durch befristete Stellen
- Fehlende finanzielle Ausstattung
- Unzureichende Arbeitsplatzausstattung
- Schwierige Beantragung von Fördergeldern
- Fehlende Öffentlichkeitsarbeit
- Doppelstrukturen

Zwei Bereiche, die auch immer in Zusammenhang mit den fehlenden Ressourcen genannt wurden waren Fortbildungen und Dolmetscher.

Fortbildungen

Ebenfalls ist es wichtig, dass für das Personal entsprechende Fortbildungen z.B. zum Thema interkulturelle Kompetenz und Umgang mit traumatisierten Kindern angeboten werden und entsprechende Zeitressourcen, diese dann auch wahrnehmen zu können. Beides beinhaltet, dass eine entsprechende Finanzierung bereitgestellt wird, um die Herausforderungen meistern zu können.

Positiv aufgenommen wurden die Fortbildungsreihen, die vom KI angeboten wurden.²

Auch die Rekrutierung von Personal und das Halten des Personals werden als schwierig beschrieben. Schulung der Fachkräfte in interkultureller Kompetenz und der Ausbau multiprofessioneller Teams, kleinere Lerngruppe und/oder mehr qualifiziertes Personal und generell mehr Personal wurden als Strategie benannt. Außerdem wurde vorgeschlagen, die Fachkräfte mittels Supervision zu unterstützen und einen Austausch zwischen Sozialarbeiter/-innen und Lehrkräften zu fördern.

Dolmetscher

Es ist wichtig, Eltern in den Bildungsprozess miteinzu beziehen und zu informieren. Im Workshop „Bildung und Sprachförderung“ wurde angemerkt, dass besonders für Elterngespräche Dolmetscher fehlen. Es wurde als mögliche gute Idee geäußert, speziell für Elterngespräche einen Pool für Dolmetscher und ehrenamtliche Übersetzer einzurichten.

Das KI weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass eine Einrichtung eines ehrenamtlichen Dolmetscherpools auf Kreisebene nicht umsetzbar ist. Falls auf ehrenamtliche Dolmetscher zurückgegriffen werden soll

² Das KI hat die Workshopreihe „Unterricht mit neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern“ für Lehrerinnen und Lehrer der Primarstufe, der Sekundarstufe I und II sowie der Berufskollegs des Kreises Recklinghausen angeboten. Weitere Informationen finden Sie hier: http://www.kreis-re.de/Inhalte/Buergerservice/Leben_und_Wohnen/Kommunales_Integrationszentrum/Flyer_SE_Workshop_Reihe_Sek_II_Berufskollegs.pdf und hier: http://www.kreis-re.de/Inhalte/Buergerservice/Leben_und_Wohnen/Kommunales_Integrationszentrum/Flyer_SE_Workshop_Reihe_Primarstufe.pdf (abgerufen am 12.06.2017).

und kann, sollte dies in den Städten organisiert werden (vgl. Workshopbeschreibung „Integration in Arbeit“ S.10ff)

Unklar scheint auch zu sein, welche Möglichkeiten es offiziell für den Dolmetschereinsatz gibt. Auch in anderen Workshops wurde kritisiert, dass es zu wenig Dolmetscher gibt, auf die die Behörden zugreifen können. Wichtig sei, dass die Dolmetscher eine besondere Sensibilität für die Arbeit mit Geflüchteten aufweisen und gleichzeitig eine professionelle Neutralität an den Tag legen.

Kooperation und Vernetzung

Von den Teilnehmenden wurde vorherrschend eine gute und positive Vernetzung aller Akteure gelobt. Im Bereich „Integration in Arbeit“ sind gute Zusammenarbeit und kurze Wege der örtlichen Verantwortlichen hervorgehoben worden. Insbesondere die häufige Erwähnung der gelungenen Zusammenarbeit mit Jobcenter und Agentur für Arbeit und Integrationpoints zeigt eine hohe Kooperation vieler Akteure auf. Zudem wurde die gute Zusammenarbeit mit Schulen, IHK, HWK und Ehrenamtlichen genannt. Außerdem fanden bereits zum damaligen Zeitpunkt einige regelmäßige Austauschtreffen zum Thema Flüchtlinge statt, die als Vernetzungsinstrumente dienen, wie z.B. der „Arbeitskreis Flüchtlinge“ der Jobcenter auf Kreisebene – oder das Netzwerk Integration in Marl.

Aus einigen Städten wurde die Kooperation zwischen Kita, Schule und Verwaltung, Kostenträgern und Leistungsanbietern, Trägern in der Jugendarbeit, Jugendämtern und Vormündern und die gute Anbindung an Sportvereine in den verschiedenen Workshops positiv bewertet. In einem Workshop zeigten sich des Weiteren vereinzelt Unklarheiten, ob die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen KiTa, Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie der generelle Austausch verstärkt werden könnte. Als mögliche Lösung wurde die städteübergreifende Koordination genannt. Von Teilnehmern dieser Stadt kam ebenfalls die Idee, die jeweiligen Kinderbüchereien stärker einzubinden sowie die Vernetzung der Schülerinnen und Schüler, Lehrer und Verwaltung zu stärken.



Kooperation zwischen Stadt, Schule und Schulaufsicht stärken bzw. die Vernetzung von Schulen wird von Teilnehmenden des Workshops für die Altersgruppe ab 15 Jahre aus verschiedenen Städten als gute Idee vorgebracht. Dazu passend wird gefragt, wie Kooperation der Schulen untereinander gelingen kann? Ein Teilnehmer ist der Ansicht, dass sich die Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort verbessern muss.

Trotz dieser positiven Darstellung kam es im Bereich der guten Ideen (frischer Wind) und der Unklarheiten (Wolken) vereinzelt zu gegenteiligen Aussagen. Es wurden regelmäßige Austausche und eine bessere Ver-

netzung gefordert. Gleichzeitig wurde vereinzelt darauf hingewiesen, dass bereits ausreichend Netzwerke bestehen und insbesondere die Hauptamtlichen bei Gründung weiterer Netzwerke wegen der dann zunehmenden Netzwerkarbeit nicht mehr zu ihrer Haupttätigkeit kämen. Aus einem anderen Workshop kam die Idee, Runde Tische im Rotationsverfahren zu besuchen.

Eine bessere Vernetzung und Kommunikation innerhalb von Kommunen zwischen den verschiedenen Akteuren scheint also notwendig. Diese hätte sicherlich auch positive Auswirkungen auf den Bereich der Transparenz von Angeboten und Ansprechpartnern (siehe hierzu die oben beschriebene Datenbank zu Integrationsangeboten). Aber auch mit Blick auf die nächst höhere Verwaltungsebene, wie z.B. die Bezirksregierung in Münster, wurde gefordert, dass Komfortzonen verlassen werden müssen und man sich schneller an die veränderte Situation anpassen sollte.

Unklar war in diesem Themenfeld wie der Austausch zwischen den Flüchtlingen aussieht. Ob es z.B. Infokanäle zwischen Flüchtlingen gäbe. Hierzu wurde eine gemeinsame APP für Ehrenamtler und Neuzugewanderte vorgeschlagen.



Ausblick – Wie soll es weiter gehen?

Auf dem Fachtag am 28.11.2017 wird es Workshops zu allen Handlungsfeldern des kreisweiten Integrationskonzeptes geben. In diesen sollen anschließend die Ergebnisse der vorangegangenen Workshops unter Beteili-

gungen von Expertinnen und Experten weiter diskutiert werden. Wichtig dabei ist, dass nun auf der „Ist-Analyse“ aufbauend konkrete Handlungsschritte erarbeitet werden. Sicherlich gibt es in der einen oder anderen Stadt zu einigen Handlungsfeldern schon ganz konkrete Abläufe und Vorgehensweisen – darauf kann in den Workshops aufgebaut werden und evtl. Kooperationen, Arbeitsgruppen oder die konkrete Zusammenarbeit vereinbart werden.

Das KI wird die Ergebnisse nach dem Fachtag zur Verfügung stellen und unterstützt (neben den bereits gestarteten Initiativen) gerne die städteübergreifende Zusammenarbeit in einigen Handlungsfeldern – wenn es gewünscht wird und leistbar ist.

Die Erarbeitung des Integrationskonzeptes für den Kreis Recklinghausen wurde unterstützt durch das Programm „Willkommen bei Freunden“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg –Essen.

38 Teilnehmer/-innen aus den Städten Datteln, Dorsten, Haltern am See, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick, Stadt und Kreis Recklinghausen sowie aus Waltrop haben sich als Vertreter der Kommunen, von Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Jobcenter und Arbeitsagentur, Regionalagentur, Bildungsträger und der Kreisverwaltung an den interessanten Diskussionen rund um das Thema „Integration in Arbeit“ im Kreishaus beteiligt.

1. Workshop zum Thema „Integration in den Arbeitsmarkt“ am 23. 10. 2016 im Kreishaus

Allgemeine Informationen

Arbeit zu haben und den eigenen Lebensunterhalt sichern zu können, ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Eine zeitnahe Integration der Flüchtlinge und Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt eröffnet auch die Chance, auf Herausforderungen des demografischen Wandels einzugehen und diesen zu gestalten. Denn Flüchtlinge bringen z.T. aus ihren Heimatländern für den hiesigen Arbeitsmarkt gute Vorerfahrungen und Qualifikationen mit. Dieses Potential gilt es zu erfassen und durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Gleichzeitig ist auch das Thema, Geflüchtete in Ausbildungsverhältnisse zu vermitteln, enorm wichtig, um diesen langfristig die Zugangschancen auf Arbeit zu erhöhen. Jedoch ist der Zugang für Geflüchtete durch einige Umstände erschwert. Zum einen hängt der Zugang maßgeblich vom Aufenthaltsstatus ab. Zum anderen sind sprachliche Defizite nur in einem zeitlich langen und umfassenden Prozess aufzuholen, ganz abgesehen von berufsspezifischer Sprache und Qualifikation. Darüber hinaus spielt sicher auch Traumatisierung durch Fluchterfahrung eine Rolle. Sowohl die Jobcenter als auch die Integration Points in der Agentur für Arbeit sind die ersten Anlaufstellen für Geflüchtete zum Thema Arbeit und stellen sich damit den beispielhaft aufgezählten Herausforderungen in diesem Kontext.

Ein Workshop mit Besonderheiten

Welche Chancen und Herausforderungen im Themenfeld „Integration in den Arbeitsmarkt“ für Geflüchtete im Kreis Recklinghausen bestehen, wurde anhand des gleichnamigen Workshops am 13.10.2016 im Kreishaus in Recklinghausen erfragt. Dieser Workshop weist eine Besonderheit auf: Er war der Auftakt einer Workshopreihe des Kommunalen Integrationszentrums (KI) mit unterschiedlichen Integrationsthemen für Neuzugewanderte des Kreises Recklinghausen. Außerdem unterschied er sich in einigen Punkten methodisch von den darauffolgenden Workshops. Zum einen muss darauf hingewiesen werden, dass keine Good Practice-Beispiele erfasst wurden und zum anderen, dass häufig allgemeine Aussagen zum Thema Flüchtlinge und Neuzugewanderte gemacht wurden, welche nicht primär mit dem Thema „Arbeitsmarktintegration von Neuzu-

gewanderten“ verknüpft sind. Beispielsweise wurde viel über das vielfältige ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe oder über die Wohnsituation und Unterbringung der geflüchteten Menschen gesprochen.¹ Daher ist der rote Faden in den Diskussionen wiederholt verloren gegangen, was gleichzeitig jedoch aufzeigt, dass ein Forum zum Meinungs austausch zum Thema Integration von Neuzugewanderten oder -sogar akuter- von Flüchtlingen zu diesem Zeitpunkt überaus notwendig war und daher auch die Workshopreihe des KI stetig gut besucht wurde.

Aus den einzelnen Aussagen der anwesenden Personen des ersten Workshops der Reihe konnten folgende, nach Themen gegliederte, Ergebnisse ermittelt werden.

Sprache

Sehr häufig angesprochen wurde das Thema Sprache. Dabei wurden unterschiedliche Aspekte aufgezeigt. Viele Aussagen beziehen sich auf das aktuelle Sprachniveau der Geflüchteten und die damit verbundenen Probleme, beispielsweise bei Ämtern. Daraus folgend wird nach Sprachvermittlern und Dolmetschern verlangt, die fest vor Ort bei Behörden, Jobcentern oder Bildungsträgern angesiedelt werden sollen. Auch ein Dolmetscherpool wird vorgeschlagen. Diese Ideen überschneiden sich mit den Ausführungen zu den fehlenden Ressourcen.

Bezüglich eines Dolmetscherpools vertritt das KI die Auffassung, dass eine kreisweite Beanspruchung eines Dolmetschers auf ehrenamtlicher Basis ohne Aufwandsentschädigung oder gerechte Entlohnung für die Freiwilligen nicht zumutbar ist. Für die Stadt Gladbeck kann jedoch auf ein gutes Beispiel hingewiesen werden: Das interkulturelle Büro der Stadt (Kontakt über Anja Venhoff; anja.venhoff@stadt-gladbeck.de; Tel. 02043/685814) betreut einen Dolmetscherpool, in dem Ehrenamtliche aufgelistet sind, auf die für unterschiedliche Übersetzungstätigkeiten zurückgegriffen werden kann. Insgesamt stehen so 17 verschiedene Sprachen zur Verfügung. Dieses Angebot auf Stadtebene ist durch die intensive Koordination des interkulturellen Büros

¹ Die Aussagen zu diesen Themen werden zwar nicht im Kontext des Themas Arbeitsmarktintegration aufgegriffen, finden aber Berücksichtigung in den jeweils dazu vorgesehenen Handlungsfeldern.

möglich, welches einige Kriterien berücksichtigen muss. Beispielsweise geht es da um Datenschutz derjenigen, die die Übersetzung in Anspruch nehmen genauso wie derjenigen, die als freiwillige Übersetzer tätig sind: Zudem wird darauf geachtet, dass die Übersetzungstermine räumlich nicht zu weit vom Wohnort der Ehrenamtlichen entfernt sind, so dass diesen keine hohen Kosten entstehen. Außerdem wird bei den Ehrenamtlichen nachgefragt, ob die jeweiligen Termine wie geplant stattgefunden haben, ob diese erfolgreich und für alle Beteiligten zufriedenstellend abgelaufen sind. Die Betreuung eines Dolmetscherpools benötigt also eine intensive Koordination, die eher auf Stadtebene umsetzbar ist.

Ein weiteres Beispiel ist, dass die Mitarbeiter/-innen des Jobcenter Kreis Recklinghausen bereits die Möglichkeit besitzen, auf einen internen Dolmetscherpool zuzugreifen, wenn es zu Verständigungsproblemen bei Kundenterminen kommt.

Andere Aussagen im Workshop beziehen sich auf Sprachkurseangebote. Es wird zum einen bemängelt, dass diese nicht gut koordiniert seien, zum anderen, dass es lange Wartelisten gibt. Auch ist unklar, was passiert, wenn ein Sprachkurs nicht bestanden wird. Ferner wird in Bezug auf das Thema Integration in Arbeit mehrfach angeregt, dass es berufsbezogene Sprachförderung geben sollte sowie eine Möglichkeit, gleichzeitig die deutsche Sprache und eine Qualifizierung zu erwerben. Insbesondere ab dem Sprachniveau B2 oder C1 sollte berufsspezifische Sprachförderung stattfinden. Ähnlich ist die kritische Aussage, dass der verpflichtende und vorrangige Integrationskurs dem Grundsatz die Geflüchteten so schnell wie möglich in Arbeit zu vermitteln, entgegensteht. Somit gibt es ein ambivalentes Verhältnis bezüglich Sprachkurs und Arbeit.

Die einzig positiven Nennungen während des Workshops zum Thema Sprache bezogen sich auf ehrenamtliche Angebote, welche zur Vorbereitung der Geflüchteten auf offizielle Sprachkurse als gut befunden werden. Nichtsdestotrotz wurden gleichzeitig ehrenamtliche Dolmetscherbegleitungen bei Behörden hinterfragt, da diese Übersetzer/-innen häufig überfordert seien. Dadurch bestehe auch das Risiko einer falschen Übersetzung oder anderen Verständigungsproblemen, die -als Hilfe gedacht- jedoch das Gegenteil zur Folge haben können.

Anerkennung von Abschlüssen und Berufen/ Qualifikation

Beschäftigt man sich mit der Frage, was Flüchtlinge bereits für den deutschen Arbeitsmarkt zu bieten haben, kommt man schnell zum Thema der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Berufserfahrungen.

Auch in diesem Bereich sind den Workshop-Teilnehmenden viele Umstände unklar. Aus allen Städten werden Aspekte genannt, wie weite und langwierige Wege

für Berufsanerkennung oder Unklarheit bei der Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse und Studienleistungen. Eine Aussage wird sehr deutlich dahingehend, welche Konsequenzen dadurch entstehen: im Heimatland gut qualifiziertes Fachpersonal kann hier keine Nachweise vorlegen und eine Beschäftigungsempfehlung für diese Person erfolgt entsprechend nur für Niederschwelliges, obwohl diese Person praktisch einer qualifizierten Beschäftigung nachgehen könnte. Es gibt lediglich eine positive Äußerung über eine Anerkennungsberatung.

Trotz der Unklarheiten bei der Berufsanerkennung kamen jedoch auch gute Ideen seitens der Teilnehmenden. Beispielsweise wurde der Vorschlag geäußert, Profilingprozesse, auch in der entsprechenden Heimatsprache frühzeitig zu starten. Zudem wurde angeregt, eine mobile Anerkennungsberatung in Betracht zu ziehen. Ferner sollten mehr Projekte für die berufliche Anerkennung gefördert werden.² Das KI unterstützt in Zusammenarbeit mit dem KI Gelsenkirchen und der Regionalagentur Emscher-Lippe acht Ehrenamtliche aus Migrantenorganisationen in zwei Teilprojekten des Netzwerk IQ NRW (Integration und Qualifizierung) und bildet diese als interkulturelle Arbeitsmarktlotsen aus, die sich regelmäßig zum Thema Anerkennungs- und Qualifizierungsangebote in NRW austauschen.

Integrations- und Alphabetisierungskurse

Im Workshop wurde z.T. konkret diskutiert, was ein Flüchtling akut in der aktuellen Situation zum Thema Arbeitsmarktintegration tun kann und welche Herausforderungen damit verbunden sind. Dabei wird an erster Stelle kritisiert, dass es noch an Integrations- und Alphabetisierungskursen fehlt oder zu wenige Plätze gibt. Dadurch entstehen lange Wartezeiten. Außerdem soll es auch keine Übersicht über alle Integrationskurse/Alphabetisierungskurse im Kreis zum damaligen Zeitpunkt gegeben haben.

Zudem wurde mehrfach das Problem angesprochen, dass es keine oder wenige Integrationskurseangebote mit Kinderbetreuung gibt, was insbesondere für geflüchtete Frauen ein Problem darstellt, aber auch für alleinstehende Männer mit Kind.

Allgemein wurde auch über das Problem der Kinderbetreuung und Kindergartenplätze für geflüchtete Kinder gesprochen.

Praktikum für Flüchtlinge

An weiterer Stelle wurde intensiv über das Thema Praktikum für Flüchtlinge diskutiert. Für Geflüchtete kann ein Praktikum sehr wichtig sein, um bereits den deutschen Arbeitsmarkt kennenzulernen, bevor beispielsweise eine Ausbildung in einen bestimmten Bereich begonnen oder Qualifizierungen mühselig nachgeholt werden. Im

² Zum Thema Anerkennungsberatung finden Sie ein Good-Practice-Beispiel des IQ Netzwerks.



Kinderbetreuung

Das Bildungszentrum des Handels bietet seit vielen Jahren einen Frauenintegrationskurs mit Kinderbetreuung an. Am 7.11.17 hat ein neuer Frauenintegrationskurs begonnen. Er findet in der Heidestr.21 im Pfarrheim St. Gertrudis statt. Dort werden 24 Frauen von Dienstag bis Donnerstag von 8:30 bis 12:45 beschult. In dieser Zeit werden insgesamt 16 Kinder von vier Tagesmüttern betreut. Ansprechpartnerin ist Frau Marion Prümm Tel. 02361 40352-12; m.pruemm@bzdhd.de).

Mittlerweile bietet die insel-Volkshochschule der Stadt Marl in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt ebenfalls einen Integrationskurs mit Kinderbetreuung an, der im November 2017 startet. Weitere Informationen zu Integrationskursen hat Marina Chatziioannidou (Tel. 02365/ 99-4240).

Workshop wurde die Möglichkeit eines Praktikums als „Weg der Integration“ bezeichnet.

Die Ist-Situation sei schon in einigen Städten recht positiv, da es verschiedene Arbeitgeber gibt, die Praktikumsplätze und Minijobs für Neuzugewanderte auch bei geringen Sprachkenntnissen anbieten. In einer Stadt soll auch die Vermittlung in Praktika über das Sozialamt gut funktionieren. In einer weiteren Stadt soll es berufliche Orientierungsprojekte über Bildungs- und Beschäftigungsträger geben. Trotzdem wurde im Workshop nach weiteren Praktikumsplätzen verlangt und insbesondere der Zeitfaktor betont: die Plätze sollten so schnell wie möglich zur Verfügung stehen. Auch sollte das Praktikum eine Möglichkeit für diejenigen Flüchtlinge sein, die nicht vom Jobcenter betreut werden oder in Integrationskursen sind.

Ausbildung für Flüchtlinge

Ein weiteres Thema ist die Ausbildung für Flüchtlinge. Positiv hervorgehoben wurde, dass es bereits assistierte Ausbildungen für Geflüchtete aus den fünf Ländern mit guter Bleibeperspektive im Kreis Recklinghausen gibt. Gleichzeitig wurde dieser Umstand dahingehend kritisiert, dass denjenigen Flüchtlingen, die diese Bleibeperspektive nicht haben, keine begleitete Ausbildung gewährt wird. Zusätzlich wird dieser Umstand auch als gute Idee aufgegriffen und das System von Ausbildungspaten nahe gelegt. Ferner gibt es auch internationale Förderklassen an fünf Berufskollegs im Kreis Recklinghausen, welche in Teilzeit und in Vollzeit auf Berufsausbildungen vorbereiten.

Zudem soll es allgemein im Kreisgebiet eine große Bereitschaft von Betrieben geben, Flüchtlinge auszubilden. Als positives Beispiel wurde dargestellt, dass es einigen Auszubildenden im Kreis noch vor Asylanerkennung durch die Ausbildung möglich war, eine eigene

Wohnung zu erhalten. Was jedoch bisher nicht so gut läuft, seien Wartezeiten für Hygienebelehrung von vier bis fünf Wochen, welche dazu noch ausschließlich auf Deutsch durchgeführt werden. Für einige Ausbildungen und Berufe sind diese Hygienebelehrungen jedoch Voraussetzung zur Aufnahme der Tätigkeit. Durch solche Verzögerungen entstehen insgesamt lange Prozesse im Bereich Arbeitsmarktintegration von Neuzugewanderten.

Auf Anfrage bei dem für die Belehrungen zuständigen Gesundheitsamt des Kreises hat dieses sich dahingehend geäußert, dass Belehrungen grundsätzlich auch in anderen Sprachen möglich seien. Dies sei über ein Angebot in einer bestimmten Sprache oder aber, was in der Vergangenheit teilweise bereits umgesetzt wurde, über die Hinzuziehung eines Dolmetschers möglich. Dabei dürfe allerdings der organisatorische Aufwand nicht unterschätzt werden. Es würden sich dann Wartezeiten ergeben, da eine Belehrung in einer anderen Sprache voraussetze, dass hinsichtlich der Sprache ein entsprechender Teilnehmerkreis und eine ausreichende Anzahl von Teilnehmenden zu einem festgelegten Termin gefunden werden. Die Beteiligung von Dolmetschern unterschiedlicher Sprachen in einem gemeinsamen Belehrungstermin sei wegen der Geräuschkulisse nicht möglich. Die angesprochenen Wartezeiten entstehen einerseits wegen der hohen Nachfrage und andererseits aufgrund fehlender Räumlichkeiten. Das Gesundheitsamt ist offen für die hier angesprochene Problematik.

Beschulung

Was von den Teilnehmenden noch als unklar empfunden wird oder sogar kritisiert wird, ist der Zugang zur Beschulung von geflüchteten Kindern und die Bereitstellung von ausreichend Schulplätzen. Ebenfalls wurde nach einer Beschulung von geflüchteten Menschen über 18 Jahre verlangt, die der Berufsschulvorbereitung bzw. Vorbereitung auf den Beruf dienen soll. Die Seiteneinsteigerberatung im KI hat Erfahrungen in diesem Bereich, die im Kapitel Bildung und Sprachbildung dargestellt werden.

Arbeitsmarkt und Arbeitgeberseite

Wenn über das Thema „Integration von Neuzugewanderten in den Arbeitsmarkt“ gesprochen wird, werden viele allgemeine Aussagen über den aktuellen Arbeitsmarkt gemacht und auch über die Einstellung der Arbeitgeber gesprochen. Auch in diesem Workshop wurde die aktuelle Arbeitsmarktsituation als unklar angesehen oder sogar als problematisch bezeichnet. Außerdem wurde kritisiert, dass es allgemein zu wenige Arbeitsplätze gibt. Ferner sollen die Betriebe und Unternehmen gegenüber den Neuzugewanderten und deren Einstellung im Betrieb zögerlich und unsicher sein, für den Kreis Recklinghausen seien zum damaligen Zeitpunkt noch keine Arbeitgeberinitiativen für die Einstellung von Geflüchteten erkennbar gewesen. Zu diesem Kri-



tippunkt wurde zeitgleich im Workshop aber auch eine gute Idee formuliert und zwar, dass es -beispielsweise von der Wirtschaftsförderung- Informationsveranstaltungen und Materialien gezielt für Arbeitgeber geben sollte, welche über Chancen u. Rahmenbedingungen der Beschäftigung von Flüchtlingen aufklären. Dies würde einige Unklarheiten bei den Arbeitgebern beseitigen können.

Ferner wurde in der Kategorie „das läuft schlecht“ eine weitere Herausforderung in diesem Themenbereich formuliert und zwar, dass die „Situation der Flüchtlinge (...) ausgenutzt“ wird und dadurch „viele prekäre Arbeitsverhältnisse“ entstehen.

Als gute Idee wurde geäußert, Spenden von Institutionen und Unternehmen zu akquirieren, um Geflüchteten eine Ausbildungsbegleitung zu ermöglichen. Auch wurde die Idee erörtert, den Leistungsempfängern der Jobcenter gemeinnützige, aber trotzdem sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten anzubieten. Dies sei nicht nur für die Geflüchteten von Vorteil.

Immer wieder wurde von den Workshop-Teilnehmenden die individuelle Begleitung von den Zuwanderern im Prozess der Arbeitsmarktintegration betont. Als gute Ideen wurden vor allem Ausbildungsbegleitungen und eine anfängliche individuelle Begleitung im Betrieb geäußert. Dabei kam auch zur Sprache, dass die Neuzugewanderten selbst in den Prozess der Arbeitssuche und Arbeitsmarktintegration mit einbezogen werden müssen und nicht über deren Köpfe hinweg entschieden werden kann. Ein Dialog soll mit den Geflüchteten stattfinden nicht über sie. Nur so kann eine erfolgreiche und nachhaltige berufliche Integration erfolgen.

Gesetze, Asylstatus und das BAMF

Interessanterweise wurden bei dem Workshop auch vielfältige Gesetze, Regelungen und Strukturen beanstandet, welche im Zusammenhang mit dem Thema „Zuwanderung“ im Allgemeinen aber auch mit dem Thema „Arbeitsmarktintegration“ im Speziellen stehen.

Mehrfach wurde die Vorrangprüfung kritisiert, welche vorsah, dass die Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung von der Bundesagentur für Arbeit nur genehmigt wurde, wenn auszuschließen war, dass bevorrechtigte inländische Arbeitnehmer/-innen für diese Beschäftigung zur Verfügung stehen. Für die Flüchtlinge führte dies zu Nachteilen, da nicht im Einzelfall, also bei der einzelnen Beschäftigungsmöglichkeit, geprüft wurde, ob tatsächlich eine andere inländische reale Person die Beschäftigung ausüben kann, sondern ob es theoretisch möglich wäre, dass es so eine Person gibt. Die problematische Regelung der Vorrangprüfung wurde jedoch durch das neue Integrationsgesetz vom August 2016 aufgehoben. Diese Neuerung schien aber noch nicht allen Teilnehmenden des Workshops bekannt gewesen zu sein. Allein für den Informationsaustausch unter

den Teilnehmenden war der vom Kommunalen Integrationszentrum durchgeführte Workshop offensichtlich förderlich.

Ebenfalls im Integrationsgesetz 2016 neu beschlossen wurde die Wohnsitzauflage. Diese wurde im Workshop stark diskutiert und als negativ bewertet. Sie betrifft anerkannte Flüchtlinge, die nach dem 01. Januar 2016 eine Anerkennung oder die erstmalige Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erhalten haben und besagt, dass sie an dem Ort wohnen müssen, zu dem sie während ihres Asylverfahrens zugewiesen wurden. Ausgenommen sind Personen, die selbst, deren Ehegatten oder deren minderjähriges Kind eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Stunden aufgenommen haben und damit über ein durchschnittliches Einkommen im Sinne von §§ 20 und 22 SGB II verfügen. Dazu zählt auch eine Berufsausbildung oder ein Studium. Von den Workshopteilnehmer/-innen wird diese Neuregelung als Verschlechterung der Integrationsstrukturen wahrgenommen.

Überaus viele negative Aussagen wurden zum Thema Asylstatus und Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) getätigt. Dies beweist ein hohes Frustrationslevel bei den Workshop-Teilnehmenden. Am häufigsten wurde die Dauer der Asylverfahren des BAMF kritisiert, währenddessen der Status der Geflüchteten nicht geklärt und beispielsweise Arbeitsmarktmaßnahmen nicht eingeleitet werden können. Außerdem wird die Unterteilung der Geflüchteten in „gute“ und „nicht so gute“ (gemeint sind Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive und nicht guter Bleibeperspektive) als bedenklich eingestuft. Außerdem wurde gefordert, nicht nur Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive für Förderungen zu berücksichtigen. Für das Thema Integration in Arbeit wurden auch die langen Verfahren in den Ausländerbehörden bemängelt.

Thema „Arbeitsmarktintegration“ von Seiten der Neuzugewanderten

Im Abschlussworkshop der Workshopreihe des Kommunalen Integrationszentrums hatten die Neuzugewanderten selbst die Gelegenheit, sich zu verschiedenen Integrationsthemen zu äußern. Ein Thema, das rege diskutiert wurde, war die Arbeitsmarktintegration.

Aus Sicht der Neuzugewanderten wurden einige positive Aspekte in diesem Zusammenhang genannt. Zum einen seien die Mitarbeitenden im Integration Point sehr freundlich und die Kooperation mit dem Jobcenter laufe gut. In einigen Städten wurden die Jugendmigrationskurse positiv hervorgehoben, auch Flüchtlingshelfer des Trägers RE/init wurden gelobt.³ In einer weiteren Stadt werden die „kurzen Wege“ zu Praktikumsplätzen gut geheißen. Eine Einbindung der Wirtschaftsförderung

³ Ein Good-Practice-Beispiel für die Arbeitsmarktintegration von RE/init wird weiter unten ausführlicher dargestellt.

in die Praktikumsvermittlung wurde positiv begrüßt sowie, dass es überhaupt Angebote von Schulplätzen, Minijobs und Praktika für Neuzugewanderte gibt.



Am häufigsten wurden jedoch Punkte geäußert, die sich unbedingt ändern müssen. Ein bestimmendes Hauptthema war die fehlende Information. Zum einen fehle die Information bei den Neuzugewanderten über diverse Berufsbilder, Berufsfelder und das Berufsbildungssystem in Deutschland. Darauf hat das KI reagiert und organisiert mit dem Jobcenter des Kreises gemeinsam Informationsveranstaltungen für Neuzugewanderte zu verschiedenen Berufsfeldern. Einen Vorschlag gab es dazu, dass es mehr Paten zur Berufsorientierung geben sollte. Zum anderen fehle die Transparenz zu den unterschiedlichen Zugängen zu Arbeit, Ausbildung, Studium. Es bleibt die Frage offen, welche Arbeit auch für die Zukunft sinnvoll ist. Diesbezüglich wären eine Praktikumsbörse und Schnuppertage als erste berufliche Orientierung für die Neuzugewanderten hilfreich. Aber auch Praktika bergen Schwierigkeiten, beispielsweise wäre es gar nicht so einfach ein Praktikum zu finden, wenn man keinen Schulabschluss habe. Einige gaben auch zu, dass sie aufgrund ihrer fehlenden Sprachkenntnisse Hemmungen hätten Praktika anzutreten.



Das sprachliche Problem wurde häufig angesprochen. Es gäbe zu wenig Deutsch-Förderung und -kurse. Insbesondere die lange Zeit, die es braucht, die Sprache so zu erlernen, dass ein Beruf ausgeübt werden kann, macht vielen zu schaffen. Das jeweilige individuelle Berufsziel steht im krassen Kontrast mit der eigenen Zeit- und Lebensplanung. Dabei wurde auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seitens der Neuzugewanderten genannt, was allgemein kein spezielles Problem von Neuzugewanderten darstellt. Ein weiterer Vorschlag war das parallele Erlernen der Sprache zusammen mit einer Ausbildung oder Besuch der Berufsschule.



Eine weitere Herausforderung, die auch bereits im Workshop mit den Expert/-innen der Städte angesprochen wurde ist die fehlende Anerkennung der Vorerfahrung, der Abschlüsse und Zeugnisse aus dem Herkunftsland. Insbesondere die fehlende Anerkennung der meist qualitativ sehr guten beruflichen Kompetenzen ist für

Neuzugewanderte schwer zu akzeptieren. Eine kritische Anmerkung bezog sich auf das Thema 1€-Job. Es wurde bemängelt, dass der Name irreführend sei, da man nur noch 80 Cent erhalte. Neben den beruflichen Schwierigkeiten wurde auch die Bürokratie in Deutschland kritisiert. Zum einen aufgrund der langen Wartezeiten bis zu den Asylanörungen und zum anderen aus den Problemen, die sich aus dem jeweiligen Asylstatus ergeben. Es gibt zu wenige Möglichkeiten ohne Papiere und auch ohne Anerkennung einen Integrationskurs zu belegen.

Außerdem wurde die Arbeitgeberseite beleuchtet. Für diese bedeutet die Einstellung von Geflüchteten viel Bürokratie. Die meisten Arbeitgeber kennen sich nicht bei den Fördermodalitäten aus. Manchen Arbeitgebern wurden auch schlichtweg Vorurteile gegenüber den Geflüchteten vorgeworfen. Andererseits wurde von den Teilnehmenden selbst geäußert, dass einige Geflüchtete auch zu hohe Erwartungshaltungen haben.

Bezüglich der Kategorie, was den Geflüchteten im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktintegration unklar sei, wurden sehr viele Fragen formuliert, die für sich sprechen: Wie finde ich einen passenden Beruf? Bekomme ich nach 15 Monaten eine Arbeitserlaubnis? Kann man eine Ausbildung ohne Aufenthalt machen? Wie kann man eine Ausbildung ohne Schulabschluss finden? Wie wird man z.B. Bankkauffrau/-mann/PTA/Mechatroniker/Maler & Lackierer? Wie vereinbare ich Familie & Beruf? Was ist der Unterschied zwischen Umschulung und Weiterbildung?

Es kamen einige gute Ideen seitens der Neuzugewanderten. Zum Beispiel sollten Geflüchtete als Integrationshelfer (neues Berufsbild) ausgebildet werden. Es sollen mehr Projekte gefördert werden, die helfen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Außerdem sollte es mehr Vermittlung von berufsspezifischen Sprachkenntnissen geben. Mehr Firmen sollten sich bereit erklären, Neuzugewanderte auszubilden. Außerdem sollte es mehr Berufsberater geben, die auch Ausbildungs-/Berufswahlpatenschaften übernehmen und Bewerbungscoachings durchführen.



Ansprechpersonen

Agentur für Arbeit

Ansprechpartnerin für „Chancengleichheit am Arbeitsmarkt“ bei der Agentur für Arbeit Recklinghausen: Ariane Hohengarten (Telefon: 02361 40-1352, Telefax: 02361 40-2914, E-Mail: Recklinghausen.BCA@arbeitsagentur.de, 7. Etage - Zimmer 702, Görresstraße 15, 45657 Recklinghausen)

Ihre Ansprechpartner/-innen im Integration Point

Stadt	Ansprechpartner/-in	Telefon
Marl/ Herten	Frau Eschner	02361/40-1050
Castrop-Rauxel/ Datteln	Frau Girgin	02361/40-1104
Dorsten/ Oer-Erkenschwick	Herr Lipsmeier	02361/40-1108
Gladbeck/ Waltrop	Frau Otys	02361/40-1719
Recklinghausen/ Haltern am See	Frau Wittko	02361/40-1124

E-Mail: Integration-Point.Recklinghausen@arbeitsagentur.de
 Anschrift: Görresstr. 15, 45657 Recklinghausen

Ansprechpartnerin für das Jobcenter Kreis Recklinghausen

Ulrike Martin
 Koordinatorin Flüchtlingshilfe
 Telefon: 02361 / 93841983
 E-Mail: Ulrike.Martin@vestische Arbeit.de
 Görresstr. 15 in 45657 Recklinghausen

Willkommenslotse der Handwerkskammer Münster

Michael Völker
 Siehe: <https://www.hwk-muenster.de/de/ausbildung/berufsorientierung/willkommenslotsen>

Willkommenslotsin der Industrie und Handelskammer Nord Westfalen

Anke Leufgen
 Siehe: <https://www.ihk-nordwestfalen.de/Top-Themen/Fachkraeftesicherung/Fluechtlinge/3604362>

Westfälische Hochschule Gelsenkirchen

Wege ins Studium für ausländische Studierende
 Fr. Nadine Hackmann und Fr. Regina Klauke
 Siehe: <https://www.w-hs.de/erkunden/zentrale-einrichtungen/international-office/kontakt/>

Good Practice

Arbeitsmarktintegration

- **ELNet plus**

Das durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds geförderte Integrationsprojekt "ELNet plus" bietet in der Region Emscher-Lippe differenzierte Angebote zur Unterstützung und Betreuung von Asylbewerber-/innen und Flüchtlingen an und setzt verschiedene Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung des Zugangs der Teilnehmenden zu schulischer Bildung, Berufsausbildung und Arbeit um. Die Personen werden beraten, unterstützt und in Arbeit, Ausbildung oder schulische Bildung vermittelt. Außerdem werden auch Schulungen für Mitarbeitende der Arbeitsagenturen und Jobcenter durchgeführt und Arbeitgeber/-innen, Kammern, Kommunen, Gewerkschaften, Verbände, Mitarbeitende der Wohlfahrtspflege, Berufsverbände, Bildungsinstitutionen und Migrantenselbstorganisationen beraten.

An wen richtet sich das Angebot?

Teilnehmen können Menschen, die

- keinen deutschen Pass haben.
- in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben.
- eine befristete Aufenthaltserlaubnis oder
- eine Aufenthaltsgestattung / BÜMA oder
- eine Duldung besitzen.

Die Projektkoordination übernimmt RE/init e. V. in Recklinghausen:

RE/init e. V.

Am Steintor 3

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361 3021-0

Fax: 02361 3021-444

E-Mail: info@reinit.de

Ansprechpartner: Herr Gerd Specht (Tel.: 02361 3021-150)

Weitere Projektpartner sind: **Caritasverband Haltern am See e. V., Bildungszentrum des Handels e. V., VESTISCHE ARBEIT Jobcenter Kreis Recklinghausen, Diakonie im Kirchenkreis Recklinghausen, RevierRessourcen gUG, Caritasverband für die Stadt Bottrop e. V.**

Good Practice

Arbeitsmarktintegration

- **„IQ AnerkennungsKombi“ des IQ Netzwerks**

Bei dem IQ AnerkennungsKombi handelt es sich um ein Instrument zur Unterstützung der IQ Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung. IQ AnerkennungsKombi bietet die Chance, grundsätzliche fachliche Kenntnisse bzw. Kernkompetenzen für verschiedene Berufsbranchen zu attestieren. Migrantinnen und Migranten werden so in ihrer Entscheidungsfindung im Rahmen beruflicher Perspektiventwicklung gestärkt.

Das Verfahren richtet sich an erwachsene Migrantinnen und Migranten, die im Ausland Berufserfahrung gesammelt oder einen Berufsabschluss erworben haben. Migrantinnen & Migranten bekommen von geschulten Beobachtern ein Kompetenzprofil, das heißt es wird beobachtet, wie die ausgeführte Arbeit von den Teilnehmern geleistet werden, um so den Teilnehmern ein Feedback zu geben, damit diese wissen, welcher Berufsweg der richtige ist. Folgende zehn Praxisfelder werden getestet: Pflege und Gesundheit, Erziehung, Büro und Verwaltung, Verkauf und Handel, Service in der Gastronomie, Küche, Friseurdienstleistungen, Informatik, Elektronik und Metall.

Das Angebot wird in ganz NRW „mobil“ angeboten. Es ist möglich, sich auf der Internetseite <http://www.iq-erkennungskombi.de/> anzumelden.

Netzwerk Lippe gGmbH
Braunenbrucher Weg 18
32758 Detmold

Ansprechpartner/-in:

Stephanie Janzen
Projektmitarbeiterin
Tel.: 05231 – 6403 79
s.janzen@netzwerk-lippe.de

Felix Stork
Projektmitarbeiter
Tel.: 05231 – 6403 18
f.stork@netzwerk-lippe.de

Good Practice

Arbeitsmarktintegration

- **Interkulturelle Arbeitsmarktlots/-innen in der Emscher-Lippe Region e.V.**

Im Jahr 2014 wurden gemeinsam mit der Regionalagentur Emscher-Lippe und der Stadt Gelsenkirchen 8 Lotsinnen und Lotsen aus unterschiedlichen Migrant*innenorganisationen/ Einzelpersonen in monatlichen Treffen thematisch informiert und für ihre künftige Aufgabe geschult. Die Schulung der Arbeitsmarktlotsen gehörte zum Teilprojekt im Netzwerk IQ „Interkulturelle Arbeitsmarktlotsen aus Migrant*innenorganisationen in NRW“. Es wurde in einer Kooperation zwischen der MOZAIK gGmbH und dem „Netzwerk IQ NRW Teilregion Emscher-Lippe“ modellhaft durchgeführt. Das Projekt wurde von der Regionalagentur Emscher-Lippe koordiniert und von den Kommunalen Integrationszentren des Kreises Recklinghausen und der Stadt Gelsenkirchen unterstützt und begleitet.

Das Angebot richtet sich an Migrant*innen und Migranten mit ausländischen Berufsabschlüssen. Ziel des Angebots ist die Verbesserung der beruflichen Situation von Migrant*innen und Migranten durch persönliche Beratung, Unterstützung und Begleitung in Fragen:

- zu Erwerbstätigkeit und Beruf,
- zu beruflicher Orientierung,
- zu Angeboten der beruflichen Qualifizierung,
- zur Anerkennung von beruflichen Abschlüssen.

Die Arbeitsmarktlotsinnen und -lotsen stehen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in ihren Communities, Vermietern, Verwaltung, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit zur Verfügung. Ende 2014 wurde aus diesem Projekt heraus der gemeinnützige Verein „Interkulturelle Arbeitsmarktlotsinnen und Arbeitsmarktlotsen in der Emscher-Lippe-Region e.V.“ gegründet, der sich regelmäßig trifft und die Schulungen fortführt.

- Petra Giesler
 - Regionalagentur Emscher-Lippe
 - 02366-109817
 - petra.giesler@emscher-lippe.de
- Sabine Fischer
 - Kommunales Integrationszentrum Kreis Recklinghausen
 - 02361-532020
 - s.fischer@kreis-re.de

Good Practice

Arbeitsmarktintegration

- **Interkulturelle Anerkennungsbegleiter/ -innen in der Emscher-Lippe Region e.V.**

Das Projekt mit insgesamt acht Ehrenamtlichen aus acht verschiedenen Migrant*innenorganisationen mit unterschiedlichen Herkunftssprachen aus dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Gelsenkirchen hat im April 2015 begonnen und wird von den beiden Kommunalen Integrationszentren begleitet. Die Ehrenamtlichen treffen sich einmal im Monat und informieren sich über die Anerkennungs- und Qualifizierungsangebote in NRW.

Das Angebot richtet sich an Migrant*innen und Migranten mit ausländischen Berufsabschlüssen.

Ziel des Angebots ist die Verbesserung der beruflichen Situation von Migrant*innen und Migranten durch persönliche Beratung, Unterstützung und Begleitung in Fragen:

- zu Erwerbstätigkeit und Beruf,
 - zu beruflicher Orientierung,
 - zu Angeboten der beruflichen Qualifizierung,
 - zur Anerkennung von beruflichen Abschlüssen.
- Petra Giesler
 - Regionalagentur Emscher-Lippe
 - 02366-109817
 - petra.giesler@emscher-lippe.de
 - Sabine Fischer
 - Kommunales Integrationszentrum Kreis Recklinghausen
 - 02361-532020
 - s.fischer@kreis-re.de

30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Städten Castrop-Rauxel, Datteln, Dorsten, Haltern am See, Oer-Erkenschwick, Stadt und Kreis Recklinghausen haben sich als Vertreter der Kommunen, von Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Polizei, Politik, Jobcenter, Kreisverwaltung und natürlich des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe an den interessanten Diskussionen rund um das Thema bürgerschaftliches Engagement beteiligt.

2. Workshop zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ am 17.11.2016 in Datteln

Allgemeine Informationen

Bürgerschaftliches/ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit in der Flüchtlingshilfe. Der Bedarf ist groß und erfreulicherweise ebenso die Bereitschaft der Menschen im Kreis Recklinghausen, sich hier ehrenamtlich zu engagieren. Überall dort, wo sich Ehrenamtliche engagieren, bringen sie Neuzugewanderte und Einheimische näher zusammen. Beide Seiten lernen sich besser kennen, Vorurteile werden abgebaut und das gegenseitige Verständnis wächst.

Es gibt ganz unterschiedliche Bereiche des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe und diese waren Gegenstand der Diskussionen in den Workshops zu den acht Handlungsfeldern im Rahmen eines kreisweiten Integrationskonzeptes für Neuzugewanderte. Ob es der Sport, die Bildung, die Integration in Ausbildung und Arbeit oder der Bereich Wohnen ist, überall unterstützen Menschen in ihrer Freizeit die Flüchtlinge für eine bessere und schnellere Integration in unsere Gesellschaft. Es gibt Ausbildungspaten/-innen, Integrationslotsen/-innen, Familienpaten/-innen, Unterkunftspaten/-innen,

ehrenamtliche Sprachkurse, „Alltags“-Begleiter/-innen, interkulturelle Arbeitsmarktlotsen/-innen, Mentoren/-innen und vieles mehr. Sie alle bringen ihre Kompetenzen ein, unterstützen die Integration der Neuzugewanderten und fördern das Miteinander vor Ort. Die Tätigkeiten und der zeitliche Umfang können dabei sehr unterschiedlich ausfallen.

Wer mit dem Gedanken spielt, sich ehrenamtlich zu engagieren, sollte sich selber folgende Fragen stellen:

- Was motiviert mich?
- Wie viel Zeit will ich investieren?
- Welche Interessen und Kenntnisse kann ich einbringen?
- Wo liegen meine körperlichen und psychischen Grenzen?

Weitere Informationen über ein Engagement kann man bei Migrationsberatungen für erwachsene Zuwanderer und Jugendmigrationsdienste, Freiwilligenagenturen, Bürgervereine oder Ehrenamtsbörsen, Migrant*innenorganisationen und Vereine, Wohlfahrtsverbände und Religionsgemeinschaften erhalten.

Auch auf der Homepage der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen oder unter www.ich-helfe.nrw. Unter „Ich möchte helfen“ kann nach Organisationen, Institutionen oder Initiativen gesucht werden, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren und Unterstützung brauchen.

Im Kreis Recklinghausen befindet sich eine Koordinationsstelle Ehrenamt & Flüchtlinge. Sie begleitet, unterstützt und berät das Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe. In allen kreisangehörigen Städten des Kreises Recklinghausen bestehen interdisziplinäre Arbeitsgruppen (ehrenamtliche Helfer der Flüchtlingshilfe, hauptamtlich Mitarbeitende der Integrationsfachdienste, Verantwortliche der Kommunalverwaltungen, Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden etc.), in denen trägerübergreifend ein großer Teil von Aufgaben und Anforderungen der Flüchtlingshilfe mit allen Beteiligten beraten und besprochen werden.

Ansprechpartner ist Herr Jens Flachmeier, Flüchtlingsreferat, Integrationsagentur des Landes NRW, Koordinationsstelle Ehrenamt & Flüchtlinge, Römerstr. 58-61 in 45772 Marl. (Tel. 02365 8090568).

Netzwerk Bürgerengagement für den Kreis Recklinghausen

Das Netzwerk umfasst das Freiwilligenzentrum, das Mitglied der lagfa NRW und der bagfa e. V. ist, sowie die Selbsthilfe-Kontaktstelle, die eine zentrale Stelle für alle Fragen der Selbsthilfe bietet und themenübergreifend und parteiunabhängig im gesamten Kreis Recklinghausen arbeitet. Das Netzwerk bietet Information, Beratung, Vermittlung, Unterstützung und Vernetzung.

Ansprechpartnerin ist Ulrike Reddemann; reddemann@paritaet-nrw.org
Telefon: 02361 109735)

Der Workshop zum Thema bürgerschaftliches Engagement

Der Workshop selber war gut besucht und es wurde sehr intensiv diskutiert. Zwei Themenschwerpunkte mit Unterpunkten lassen sich aus den Veranstaltungen herausstellen:

1. Allgemeine Themen

Transparenz, Kooperation, Ressourcen, Sprache und Dolmetschen, Datenschutz

2. Themen des bürgerschaftlichen Engagements

Lob, Qualifizierung, Tätigkeitsfelder, Begegnungen, Einbeziehung von Betroffenen



Zum Thema bürgerschaftliches Engagement besteht ein hoher Bedarf, sich kreisweit auszutauschen. Das KI hat über seine Fortbildungsreihen für Ehrenamtliche und weitere offene Treffen versucht, diesen kreisweiten Austausch zu ermöglichen.

1. Allgemeine Themen

Transparenz und Kooperation

Bei einer einfachen Internetrecherche zum Thema bürgerschaftliches Engagement findet man viele Informationen und es entsteht der Eindruck, dass hier eine gute Organisation und feste Strukturen vorzufinden sind. Mit dem Zuwanderungsstrom 2015 und 2016 konnten diese einerseits wegen des erforderlichen schnellen Handelns und andererseits wegen der großen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung nicht so schnell ausgebaut und ergänzt werden, wie es erforderlich gewesen wäre. Daher wundert es nicht, dass im November 2016 viele der Teilnehmenden bei der Frage, was läuft nicht so gut, sich dahingehend äußerten, dass die Strukturen, Zuständigkeiten und die jeweiligen Ansprechpartner unklar seien. Aus einer Stadt werden die dort gebildeten Parallelstrukturen von Freiwilligenzentrum, Ehrenamtsbörse und Koordinationsbüro genannt. Teilweise haben sich nicht organisierte Gruppen von Helfern über facebook gebildet, was die Arbeit selbst und die Koordination der Helfer/-innen zusätzlich erschwerte. Eine Stadt im Kreis hat eine städtische Plattform eingerichtet, die noch nicht ausreichend genutzt wird. Es könnte zusätzlich für diese Plattform geworben werden, weil nicht immer allen Ehrenamtlichen diese Möglichkeiten bekannt sind.

An dieser Stelle werden beispielhaft drei Internetangebote genannt, die ehrenamtlich Tätigen Informationen bieten:

http://wulfen-wiki.de/index.php/Flüchtlinge_in_Wulfen

<http://www.fluechtlingshilfe-recklinghausen.de/tiki-index.php>

<http://www.marl.de/marl-nach-themen/fluechtlingshilfe/ehrenamt/hilfe-fuer-ehrenamtliche-helfer.html>

Als gutes Beispiel aus der Praxis wurde die Flüchtlingshilfe Recklinghausen von Herrn Wickinghoff persönlich in dem Workshop vorgestellt.

Auszug aus dem Internet (siehe nächste Seite):

Die Teilnehmenden sehen Optimierungsbedarf in der Kommunikation und der Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt und der Kommune. In einer Kommune fehlt insbesondere die gegenseitige Wertschätzung, die Entscheidungswege werden als zu lang empfunden. Die Erwartung an die Verwaltung ist, dass diese aufzeigt, was in der Flüchtlingsarbeit realisierbar ist und was nicht. Die Teilnehmenden wünschen sich ein Konzept zum Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe. Offen geblieben ist in den Gesprächen, wer dieses Konzept erarbeiten soll und wer zu beteiligen wäre und ob es ein kreisweites oder städtisches Konzept sein soll. Es gibt sicherlich Stadtspezifika, aber auch gleiche kreisweite Handlungsansätze. Durch ein solches Konzept ließe sich die im Workshop thematisierte Mehrfachbetreuung einer neuzugewanderten Familie/ eines Neuzugewanderten mit gegensätzlichen Zielrichtungen vermeiden. Auch konkurrierende Schulungsangebote können über mehr Austausch und Koordination vermieden werden.

Was einerseits als Optimierungsbedarf geäußert wurde, findet sich andererseits bei den Punkten wieder, die als Beispiele für gute Kooperationen und Transparenz genannt wurden. Hervorgehoben wurden der regelmäßige Austausch und die Zusammenarbeit mit der Kommune (Asylkreis, Runde Tische), mit den Kirchen, mit Hilfsorganisationen und mit muslimischen Gemeinden. Eine allgemein gute Vernetzung und insbesondere die Vernetzung der Mitglieder christlicher Religionsgemeinschaften mit caritativen Verbänden vor Ort sowie die Kooperation der Kommunen sind weitere gute Beispiele aus dem Workshop. Als weiteres gutes Beispiel nannte ein Vertreter einer Stadt, die Zusammenarbeit und die Arbeitsbereitschaft im Ehrenamt, das von der Stadt unterstützt wird. Allgemein bietet sich ein vertiefter Austausch an, um genau zu identifizieren, wer wo Optimierungsbedarf sieht und in welchen Bereichen es schon „rund“ läuft. Um konkrete Handlungsbedarfe benennen zu können, sind die Auswertung des Workshops nicht konkret genug; hier müsste nachgeforscht werden.

In einer Kommune ist der Ehrenamtskoordinator und in einer anderen die Schaffung einer städtischen Ko-

Flüchtlingshilfe in Recklinghausen und dem Kreis Recklinghausen

[Log In](#)

Für professionelle und ehrenamtliche Flüchtlingshelfer- und Helferinnen

Menü

- [Startseite](#)
- [Kalender](#)
- [Wiki Seite ▾](#)
- [Foren ▾](#)
- [Newsletter](#)

nächste Termine

- 1) [15.10.2017 15:00](#)
Schachgruppe im Ziegelgrund
- 2) [22.10.2017 15:00](#)
Schachgruppe im Ziegelgrund
- 3) [29.10.2017 15:00](#)
Schachgruppe im Ziegelgrund
- 4) [05.11.2017 15:00](#)
Schachgruppe im Ziegelgrund
- 5) [12.11.2017 15:00](#)
Schachgruppe im Ziegelgrund
- 6) [13.11.2017 19:00](#)
Empfang der ehrenamtlich
Tätigen durch den
Bürgermeister
- 7) [15.11.2017 09:30](#)
FBS Kurs: Präventionsschulung
für Ehrenamtliche in der
Flüchtlingshilfe
- 8) [19.11.2017 15:00](#)
Schachgruppe im Ziegelgrund
- 9) [26.11.2017 15:00](#)
Schachgruppe im Ziegelgrund
- 10) [03.12.2017 15:00](#)
Schachgruppe im Ziegelgrund

Herzlich Willkommen!

Sie möchten sich als (ehrenamtlicher) Flüchtlingshelfer / Helferin engagieren?

Sie möchten sich über Details in der Flüchtlingshilfearbeit informieren?

Sie sind bei der Flüchtlingshilfe aktiv und suchen Informationen oder Erfahrungsaustausch oder möchten ein Angebot für Flüchtlinge machen?

Dann sind Sie hier richtig!

Das hier ist ein Wiki für Flüchtlingshelfer im Kreis Recklinghausen. Ähnlich wie das bekannte Wikipedia, dient es dazu Informationen **nachzulesen** oder selber **einzugeben**. Wenn Sie noch kein registrierter **Flüchtlingshelfer** (=Nutzer) sind, können Sie nur Begriffe nachschlagen, das linke Menü ist dann auf 5 Funktionen begrenzt. Wenn Sie sich bei mir registrieren lassen, erhalten Sie ein login und können dann dieses Wiki in vollem Umfang nutzen. Sie können dann jegliche Art von Informationen eingeben, wovon Sie denken, das es bei der Arbeit mit Flüchtlingen allgemein oder in Recklinghausen oder einer Stadt im Kreis Recklinghausen hilfreich sein kann. Sie können eine Textinformation eingeben, Dokumente hochladen, Termine (für Ihre Gruppe) eingeben oder einen Forumsbeitrag schreiben. **Bitte nutzen Sie diese Möglichkeit, denn dieses Wiki lebt und wächst von den Einträgen der Nutzer!!!**

Eine einfache Anleitung für dieses Wiki finden Sie, indem Sie sich die beiden Videos auf der **Wiki-Anleitung** anschauen. Gern können Sie mich, den **Administrator** dieser HomePage, kontaktieren, wenn Sie nicht weiter kommen. Wenn es nicht klappt oder ich nicht erreichbar bin, können Sie mir auch ihren Text oder das Dokument per mail zusenden, ich stelle es dann gerne für Sie ein.

Hier meine Kontaktdaten:

Heinrich Wickinghoff
wickinghoff@t-online.de

Wenn Sie mir eine e-Mail senden melde ich mich schnellst möglich. In dringenden Fällen können Sie mich telefonisch am besten Mo-Do zwischen 10 und 12 Uhr unter 0173 5223 700 erreichen.

Viel Spaß bei der Nutzung!

[Impressum](#)

ordinierungsstelle für Haupt- und Ehrenamt positiv hervorgehoben worden. Kritisiert wurde, dass etablierte Strukturen in den einzelnen Wohnquartieren mehr als Ausgangspunkt/Ort der Integration genutzt werden sollten.

Zum Thema Transparenz wurden als unklare Punkte die bürokratischen Abläufe, Förderkriterien, Angebote und Akteure in der Flüchtlingshilfe genannt, die über eine vereinfachte Darstellung und mehr Informationen klarer dargestellt werden könnten. Dem Wunsch nach einerseits mehr Informationen in den öffentlichen Medien zur Situation und andererseits nach zentral hinterlegten Informationen für alle Akteure ist das Kommunale Integrationszentrum (KI) mit einer zentralen Datenbank zu den Integrationsangeboten zumindest teilweise nachgekommen.¹

Die Vertreter einer Kommune haben die Frage gestellt, warum sich in ihrer Kommune nicht alle Verbände engagieren. Hier wären ein Runder Tisch und die gezielte Anfrage bei den Verbänden hilfreich. Denn in einer anderen Kommune wurde die verbände- und trägerüber-

greifende Bereitschaft zum Ehrenamt besonders hervorgehoben. Die Zusammenarbeit mit der Kommune bei Wohnungseinrichtungen wurde von einigen Teilnehmenden positiv herausgestellt.

Ressourcen

Wie in den anderen Workshops auch, wurde beim ehrenamtlichen Engagement ebenfalls das Thema Ressourcen bzw. das fehlende Personal für die Betreuung der Flüchtlinge sowie für die Betreuung und Unterstützung der Ehrenamtlichen genannt. Es scheinen Internetanschlüsse in den Unterkünften zu fehlen.

Im Rahmen der Programme „Zusammenkommen und Verstehen“ und KOMM-AN NRW wurden in den Jahren 2015-2017 über das KI auch Internetcafés und Begegnungsräume mit Internetanschlüssen gefördert.

In einer Kommune stellen sich die Vertreter die Frage, was mit den alteingesessenen „Zuwanderern“ ist, die einfach nicht mehr so präsent im Stadtbild sind. In anderen Städten beteiligen sich diese aktiv in der Flüchtlingsarbeit und bieten Neuzugewanderten Möglichkeiten des Austausches und der Gemeinschaft.



¹ www.kreis-re.de/integrationsangebote

Anhand eines Beispiels aus Oer-Erkenschwick werden hier die Forderungen zur Unterstützung des Ehrenamtes der Arbeitsgruppe „Konzept im Auftrag des Runden Tisches“ aufgezeigt:

Konzept zur Betreuung und Integration von Flüchtlingen Oer-Erkenschwick

Daher ist das Ehrenamt zu unterstützen

- mittels Schulung in den wichtigsten Fragen
des Asylrechts
des SGB
der Kultur der Herkunftsländer
des Erkennens einer Traumatisierung
...
- mittels Hilfsangebote für die Ehrenamtlichen wie
Gesprächsangebote
Gesprächskreis zur Reflexion
ggf. Supervision
...
- mittels Ansprechpartner und konstruktive Zusammenarbeit
der Flüchtlingshilfe
mit der Stadtverwaltung
mit dem Jobcenter
mit der Ausländerbehörde
...
- mittels Anerkennung und Würdigung der Ehrenamtlichen
z.B. durch ein Dankeschön-Frühstück
z.B. ein(e) Treffen/ Feier
Hinweise auf die Notwendigkeit des Ehrenamtlichen
...
- mittels finanzieller Ausstattung der Flüchtlingshilfe seitens der Stadt

Aus den Diskussionen ging deutlich hervor, dass die Themen in einer Kommune nicht unbedingt die Themen der anderen Kommunen sind. Die Kommunen sind unterschiedlich aufgestellt und teilweise läuft die Arbeit im Ehrenamt Hand in Hand. An anderer Stelle wissen die Ehrenamtlichen nicht, wo und von wem sie Unterstützung bekommen und wer sich kümmern kann. Hier können Datenbanken wie z.B. die des Kommunalen Integrationszentrums und die genannten Internetangebote wichtige Informationen liefern.

Sprache

Warum wurde in diesem Workshop das Thema Sprache und Sprachförderung diskutiert, obwohl es zum Handlungsfeld Bildung und Sprachförderung eigene Workshops gab?

Einen Anspruch auf Sprachunterricht in Form des Integrationskurses haben nur anerkannte Flüchtlinge. Die Mehrheit der Asylbewerber, über deren Antrag noch entschieden werden muss (oder die noch gar keinen Antrag gestellt haben), ist auf Sprachunterricht durch Ehrenamtliche angewiesen. Sprachkurse sind wichtig für die Integration und haben nicht nur die Sprachkom-

petenz der Flüchtlinge zum Ziel. Es beinhaltet ebenfalls Themen wie Zusammenleben, Vermittlung von Sitten und Gebräuchen u.v.m. Daher wundert es nicht, dass das Thema in diesem Workshop intensiv diskutiert wurde.

Die Sprachförderung wurde von unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Diskutiert wurden die Möglichkeiten, die Motivation der Flüchtlinge zum Erlernen der Sprache zu fördern. Die Bereitschaft dazu ist bei den Flüchtlingen sehr unterschiedlich. Positiv gesehen wird das Angebot niedrigschwelliger Sprachkurse für alle Neuankömmlinge, aber auch die Verbindung von Aktion und Sprache wie z.B. gemeinsames Kochen und Sprache oder gemeinsames Einkaufen und Sprache. Der Sport kann hier unterstützen, denn viele Flüchtlinge – gerade Jugendliche – sind fußball- oder sportbegeistert. In die sportlichen Aktivitäten lässt sich Spracherwerb gut integrieren.

Kritisch sehen die Teilnehmenden das Angebot des Spracherwerbs für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern bzw. von noch nicht anerkannten Flüchtlingen. Fehlende Sprachkurse und zu wenige B1/B2 Kurse werden ebenfalls kritisiert. Es fehlen externe Prüfungen für

Sprachzertifikate, so die Rückmeldung der Teilnehmenden. Die Sprachförderung für Geflüchtete im Alter von 18 – 26 Jahren für das Studium bzw. den Berufseinstieg ist eine wichtige Voraussetzung für einen guten Einstieg.

Zum Schluss dieser Auswertung finden Sie einen Infokasten zu den Good Practice Beispielen, die im Workshop genannt wurden. Darin sind gute Angebote der Sprachförderung zu finden, die oft mit wenigen finanziellen Mitteln umgesetzt werden konnten.

Datenschutz/Datenprobleme

Der Datenschutz und die damit verbundenen Vorgaben sind in der ehrenamtlichen Tätigkeit ein besonderes Hindernis. Persönliche Daten dürfen nicht an die Ehrenamtlichen weitergegeben werden bzw. es ist unklar, welche Daten freigegeben werden können und welche nicht. Daher liegen den Ehrenamtlichen nicht immer alle erforderlichen Daten für die Unterstützung der Neuzugewanderten vor.

Dies führt dazu, dass eine Transparenz der Angebote, der Akteure und der Ehrenamtlichen fehlt und dadurch Parallelstrukturen entstehen. Unterschiedliche Akteure arbeiten am selben Thema, ohne voneinander zu wissen. Die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt ist teilweise unklar.

Auf der anderen Seite steht die Schweigepflicht Ehrenamtlicher im Sinne des Datenschutzes. Flüchtlinge müssen sich darauf verlassen können, dass den Ehrenamtlichen anvertraute Informationen bei ihnen verbleiben und nur nach Absprache mit dem Flüchtling an andere Ehrenamtliche weitergegeben werden. Die Schweigepflicht gilt besonders gegenüber Behörden, denn nur mit eingeholter Erlaubnis des Betroffenen können Behörden eingeschaltet oder informiert werden. Informationen der Ehrenamtlichen untereinander sind nur möglich, soweit dies unbedingt erforderlich ist und diese den konkreten Einsatz und nicht persönliche Dinge aus dem Leben des Flüchtlings betreffen.



Als gute Ideen wurden die eingangs des Workshops vorgestellte „Media-oder Infodatenbank“ (trägerübergreifende Datensammlung für Ehrenamtliche) der Flüchtlingshilfe Recklinghausen sowie eine Informationsplattform für Freiwillige in Haltern am See genannt.

2. Themen des bürgerschaftlichen Engagements

Lob und Qualifizierung

Die öffentliche Aufmerksamkeit für das bürgerschaftliche Engagement und die Freiwilligenarbeit wächst, ist allerdings insbesondere fokussiert auf das Engagement in der Flüchtlingshilfe. Bürgerschaftliches Engagement gibt es in vielen Bereichen, die ohne dieses Engagement nicht laufen würden. Besonders positiv gesehen werden

die Motivationslage bei den Ehrenamtlichen, die ehrenamtliche Betreuung insgesamt und das ehrenamtliche Engagement bei den Einzelprojekten in den Flüchtlingsunterkünften und –standorten. In einer Kommune werden öffentliche Gespräche mit den Flüchtlingen über bestimmte Sachfragen geführt, die die Flüchtlinge selbst betreffen. Das sorgt für mehr Akzeptanz auf beiden Seiten. Das Stimmungsbild in der Bevölkerung und in der Nachbarschaft von Unterkünften sollte Berücksichtigung finden sowie die Nachbarschaft frühzeitig informiert und beteiligt werden.

Zum Bereich Qualifizierungen und Arbeitsbedingungen im Ehrenamt wünschen sich die Teilnehmenden mehr Seminare und Know-How für Ehrenamtliche sowie eine optimierte und erkennbare Koordination der Schulungsangebote. Unklar ist, welche Qualifikation ein Ehrenamtlicher mitbringen sollte und ob es hierzu Empfehlungen gibt. Fragen werfen bei den Teilnehmenden der Umgang mit der Arbeitsbelastung für Ehrenamtliche, die fehlende Wertschätzung sowie der fehlende trägerübergreifende Erfahrungsaustausch der Freiwilligen auf. Interessant ist die Frage aus dem Workshop, wie sehr wir mit den Flüchtlingen selbst sprechen, ihre Interessen berücksichtigen und ihnen nicht einfach etwas „überstülpen“. Etwas, was in einer Kommune als nicht gut bewertet wurde, ist das Engagement der Flüchtlinge selbst.



Tätigkeitsfelder

Während des Workshops wurden von den Teilnehmenden Tätigkeitsfelder des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe genannt. Dabei wurden vorhandene gute Bereiche, neue Ideen, unklare Bereiche und Bereiche, die nicht gut laufen aufgeführt.

In einer Kommune läuft die Anbindung an die dortigen Fußballvereine nicht optimal, was aber im Workshop Sport anders diskutiert wurde. Positiv gesehen werden die unterschiedlichen Arbeitsbereiche wie Café International, Nähkurse, Kochen, Sprachkurse uvm., die die Kreativität der Ehrenamtlichen vor Ort zeigen, mit der die Integration gelingen kann. Ebenfalls positiv bewertet werden das Sprachkursangebot und die hohe Bereitschaft der Ehrenamtlichen in diesem Tätigkeitsfeld. Viele Ehrenamtliche sind aktiv in der Einzelbetreuung, der Unterkunftsbetreuung, der Sprachförderung und im Sport.

Als gute Ideen wurden von den Teilnehmenden folgende Aktivitäten genannt:

- die Schülerpaten/-innen an den Berufskollegs,
- das Mentoring- Programm der Dt. Gesellschaft für Mentoring mit einer Schulung für Ehrenamtliche zu Mentoren/-innen,
- die Organisation von Theateraufführungen mit Flüchtlingen besonders rund um das Thema Sprache,

- die Sportabzeichen-Initiative,
- die ehrenamtliche Sprachförderung und ehrenamtliche Formularhilfe,
- der Sport als „immer gute Idee“ und
- unterschiedliche Sportveranstaltungen mit dem Schwerpunkt Fußball.

Unklar waren den Teilnehmenden das Tätigkeitsfeld „Verkehrsteilnahme und -erziehung“ und die Heranführung an den Arbeitsmarkt. Beides sind sehr komplexe Bereiche, die durch das Hauptamt unterstützt werden. Für die Ehrenamtlichen sollten Informationen angeboten werden und ein enger Austausch stattfinden, so die Rückmeldung der Teilnehmenden.

Es gibt ein Fortbildungsangebot der Polizei zum Thema Verkehrsteilnahme. Das KI hat gemeinsam mit der Polizei im September 2017 die Fortbildung „Fit für den Verkehr“ angeboten.

Begegnungen

Zu diesem Thema wurden gute Ideen diskutiert, aber auch zwei kritische Anmerkungen geäußert. Für die lobend erwähnten öffentlichen Gespräche mit Flüchtlingen wünschen sich die Teilnehmenden mehr Möglichkeiten. Auch der Wunsch, das Stimmungsbild der Bevölkerung zu geplanten Flüchtlingsstandorten stärker in den Fokus zu nehmen und daran zu arbeiten, wurde geäußert, da dieses nicht überall mit der entsprechenden Intensität umgesetzt wird. In anderen Städten hat sich das zuvor positive Stimmungsbild inzwischen gewandelt. Auch hier werden mehr Aufklärungsarbeit und frühe Informationen gewünscht.

Gute Ideen für Begegnungen sind

- gemeinsame Aktivitäten („Einheimische“ und „Flüchtlinge“),
- der Kontakt zwischen Möbelspender/-in und Möbelepfünger/-in bei der Einrichtung der Woh-

- nung,
- Aufenthaltsräume in den Unterkünften, die es nicht überall gibt.
- mehr Räume für Begegnungen,
- Schaffen von Gelegenheiten zur direkten Begegnung,
- Sportangebote für junge Männer, verbunden mit einem Sprachaustausch mit Ehrenamtlichen,
- direktes Angebot eines Fitnessraums an der Unterkunft für ein besseres Miteinander.

Einbeziehung der Betroffenen

Das Engagement von Flüchtlingen fördern und fordern, sie mehr einbeziehen und ihnen die Möglichkeiten des eigenen Engagements aufzeigen, so kann man die Diskussion zu diesem Thema zusammenfassen. Hervorzuheben ist die Rückmeldung der Teilnehmenden, dass nicht immer das richtige Maß zwischen Hilfe und Selbsthilfe gefunden wird und dies nicht immer hilfreich ist. Flüchtlinge sollten von Beginn an mit etwas „Sinnvollem“ beschäftigt werden, so die Forderung der Teilnehmenden.

In einem abschließenden Blitzlicht zum Workshop äußerten sich die Teilnehmenden wie folgt:

„Für mich sind heute viele Punkte hinzugekommen, über die ich bisher nicht nachgedacht habe.“

„Ich habe viele gute Ideen gehört.“ „Ich fühle mich nicht allein.“

„Der Verwaltung muss bewusst sein, ohne Ehrenamtliche geht es nicht.“

„Im Spannungsfeld zwischen Haupt- und Ehrenamt gibt es Bedarfe, Wünsche und ganz viel Gesprächsbedarf.“

„Information ist eine Bringschuld der hauptamtlich Tätigen an die ehrenamtlich Tätigen.“



Good Practice

Bürgerschaftliches Engagement

- Unterkunftspaten (Haltern am See)
- Zentrale Meldestelle für Wohnungs-/Kleider-/Möbelangebote (Datteln)
- Jugendtreff Hillerheide (Stadt Recklinghausen)
- Gemeinsame Treffpunkte für Geflüchtete und Ehrenamtliche (Oer-Erkenschwick)
- Integrationslotsen (Dorsten)
- Familienpatenschaften (Stadt Recklinghausen)
- Begegnungsstätte (Castrop-Rauxel)
- Integrationsrestaurants (Datteln und Stadt Recklinghausen)

Good Practice

Bürgerschaftliches Engagement

- Flüchtlingsbegleiter Stammtisch (Oer-Erkenschwick)
- Ökumenischer Arbeitskreis Asyl (Datteln)
- Theatergruppen für Geflüchtete (Oer-Erkenschwick)
- Café Contact (Datteln)
- Freifunker W-Lan Angebot (Kreis RE)
- Café International (Oer-Erkenschwick)
- Kirche „Sonntagstreff“ (Oer-Erkenschwick)
- Nähkurse für Männer
- Mitarbeit von Flüchtlingen in Möbellager (Oer-Erkenschwick)
- Nachhilfeangebote für syrische Flüchtlingskinder (Datteln)
- Flüchtlingshilfe Lembeck-Rhade (Dorsten)

Ansprechpartner/-innen

- Jugendtreff Hillerheide
 - Björn Schmidt-Freistühler
 - 02361-72575
 - b.schmidt-freistuehler@caritas-recklinghausen.de
- Cafe International (OE)
 - Gabi Noeke-Börth
 - 02368-1461 (Gemeindebüro)
- Flüchtlingshilfe Castrop-Rauxel e.V.
 - Sandra Stegemann
 - Jürgen Lückel
 - Petra Lückel
 - Gudula Preischel
 - 0177-4151150
 - verein@fluechtlingshilfe-castrop-rauxel.de

26 Teilnehmer/-innen aus den Städten Datteln, Dorsten, Gladbeck, Haltern am See, Herten, Oer-Erkenschwick, Stadt und Kreis Recklinghausen sowie aus Waltrop haben sich als Vertreter der Kommunen, von Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Jobcenter und Arbeitsagentur, Regionalagentur, Kreisverwaltung und des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe an den interessanten Diskussionen rund um das Thema „Bildung und Sprachförderung – Altersgruppe ab 15 Jahre“ in Dorsten beteiligt.

Zum Workshop in Marl „Bildung und Sprachförderung – Altersgruppe 0-14 Jahre“ kamen 39 Teilnehmer/-innen aus Herten, Gladbeck, Marl, Oer-Erkenschwick, Stadt und Kreis Recklinghausen sowie aus Waltrop. Dabei waren Vertreter/-innen von Kommunen, Schulen, dem Jobcenter, der Kreisverwaltung sowie ehrenamtlich Tätige.

3. Workshops zum Thema „Bildung / Sprachbildung am 21.11.2016 in Dorsten (Altersgruppe ab 15 Jahre) und am 26.01.2017 in Marl (Altersgruppe 0-14 Jahre)

„Bildung beginnt mit der Geburt und mündet in lebenslangem Lernen.“¹

Allgemeine Informationen

Grundvoraussetzung für eine Teilhabe und Partizipation am Leben in Deutschland ist das Erlernen der Sprache. Somit betrifft das Themenfeld jede und jeden Neuzugewanderte/n, der nach Deutschland kommt. Dennoch muss Bildung und Sprachbildung je nach Altersgruppe, Lebenserfahrung und Bildungshintergrund anders aussehen. Die Integration ins Regelsystem lässt sich in die Altersgruppen Frühe Bildung (0-6 Jahre), Integration ins Schulsystem mit dem Primarbereich (6-10 Jahre), die weiterführende Schule (10-15 Jahre) sowie die Berufsschulpflicht (16-18 Jahre) und in den Zeitraum nach der Schulpflicht einteilen.

Im Kreis Recklinghausen und den kreisangehörigen Städten gibt es eine Vielzahl von Akteuren, die in diesem Tätigkeitsbereich arbeiten. Das sind Gründe dafür, dass der Themenbereich „Bildung und Sprachförderung“ bei der Entstehung des Konzeptes in zwei unterschiedlichen Workshops behandelt wurde. In diesem Exposé wird das Thema Bildung / Sprachbildung für die Altersgruppe von 0-14 Jahren und die Altersgruppe ab 15 Jahren zusammen dargestellt, um die durchgängige Bildung/ Sprachbildung aufzuzeigen.

Die Frühe Bildung nimmt einen hohen Stellenwert ein, da Bildungsprozesse früh beginnen und aufeinander aufbauen. Die Übergänge von der Familie in die U3 / Ü3-Betreuung, von der KiTa in die Grundschule und von der Grundschule in die weiterführende Schule spielen dabei eine wichtige Rolle und sind für die Entwicklung von Bildungsbiographien entscheidend.²

1 Bildungsvereinbarung des Landes Nordrhein-Westfalen (2003, überarbeitet 2015): Siehe: https://www.mfkjks.nrw/sites/default/files/asset/document/20150529_bildungsvereinbarung_text.pdf (abgerufen am 12.06.2017).

2 Siehe dazu den Handlungsleitfaden Flüchtlingsintegration (2016): <https://kommunal.de/wp-content/uploads/2016/03/Leitfaden-Fl%C3%BChtlingsintegration-NRW.pdf> (abgerufen am 12.06.2017).

Der hohe Stellenwert zeigt sich gerade in NRW an vielfältigen Maßnahmen. So sind z.B. in den letzten Jahren viele Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren ausgebaut worden, es gibt die Beitragsfreiheit des letzten KiTa-Jahres vor der Einschulung, eine gesetzliche Regelung zur alltagsintegrierten Sprachbildung, die Förderung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf (plusKITA), die Netzwerke „Frühe Hilfen“, die Landesinitiative „Kommunale Präventionsketten“ als Weiterentwicklung der Initiative „Kein Kind zurücklassen! Für ganz Nordrhein-Westfalen“. Mit dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz)³ vom 1. August 2008 ist eine Grundlage für die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden, die im Laufe der Jahre über Revisionen verändert wurde.⁴

Die Familien und Kinder mit Fluchterfahrungen, die nach Deutschland und in den Kreis Recklinghausen kommen, bringen andere Voraussetzungen mit und stellen die KiTas vor neue Herausforderungen. Die KiTas müssen sich in der Kommunikation und in ihrem pädagogischen Handeln auf Kinder und Eltern einstellen, die die deutsche Sprache noch nicht beherrschen, aus anderen Kulturkreisen kommen, durch Flucht häufig traumatisiert bzw. psychisch belastet sind oder aber einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben. Für eine gelungene Integration ist es allerdings absolut notwendig, die Bildungs- und Betreuungsangebote auch für neuzugewanderte Kinder zur Verfügung zu stellen.

3 Siehe zum Kinderbildungsgesetz die Homepage des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW: <https://www.mfkjks.nrw/revision-des-kinderbildungsgesetzes> (abgerufen am 12.06.2017).

4 Weitere Informationen zu den rechtlichen Grundlagen siehe: <https://www.kita.nrw.de/fachkraefte-fachberatung/rechtliche-vorgaben-und-vereinbarungen> (abgerufen am 12.06.2017).

Integration in das Schulsystem⁵

In den Städten des Kreises Recklinghausen werden Kinder und Jugendliche unterrichtet, die ohne oder mit wenigen Deutschkenntnissen und teilweise nicht alphabetisiert aus vielen unterschiedlichen Ländern ankommen.

Besondere Klassen, in denen nur Seiteneinsteiger/-innen in das deutsche Schulsystem unterrichtet werden, werden als Seiteneinsteigerklassen, aber auch Auffangklassen oder Vorbereitungsklassen oder Internationale Förderklassen bezeichnet.

Die Schulen, die Schulverwaltungen und die Schulaufsicht haben große Anstrengungen unternommen, allen neu zugewanderten Jugendlichen einen Schulplatz anzubieten. In den Städten des Kreises Recklinghausen wirken verschiedene Akteure dabei mit, Kinder und Jugendliche an die Grundschulen (Klasse 1 – 4) und an die weiterführenden Schulen (Klasse 5 – 10) zu bringen. Dabei soll grundsätzlich auf separate Klassen verzichtet werden. Die Kinder in den Grundschulen werden in den Regelklassen beschult. In den weiterführenden Schulen werden sie i.d.R. in Sprachfördergruppen unterrichtet. Die Einschulung erfolgt altersgemäß. Die Förderung in der deutschen Sprache steht dabei mit einer hohen Stundenzahl im Vordergrund. Das Kommunale Integrationszentrum (KI) unterstützt dabei die Vernetzung der Akteure, die für den Zugang ins Schulsystem tätig sind.

Neu zugewanderte Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren sind schulpflichtig. Das KI nimmt alle Meldungen aus dem Kreis Recklinghausen entgegen und leistet einen wesentlichen Beitrag, diese Jugendlichen an die Internationalen Förderklassen der Berufskollegs des Kreises Recklinghausen zu bringen. Die zentrale Meldung an das KI ist besonders wichtig, da hier der Bedarf im Kreis Recklinghausen ermittelt wird und der Schulaufsicht wichtige Informationen zur Planung der Beschulung zur Verfügung gestellt werden können. Dadurch ist das KI in der Lage, viele Schulen, Wohneinrichtungen, Schulämter u.a. zu beraten und zu informieren.

Eine Besonderheit gibt es in der Stadt Recklinghausen. Dort nimmt die Internationale Orientierungsklasse (IOK) schon seit vielen Jahren Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren auf. Die IOK ist heute Teil der Wolfgang-Borchert-Gesamtschule in Recklinghausen und kooperiert mit zwei Berufskollegs in der Nähe (Herwig-Blankertz-BK und Max-Born-BK), um dort z.B. die Werkstätten bzw. die Küche mit zu nutzen. Standort der IOK ist das Schulgebäude der ehemaligen Kurfürstenschule in Recklinghausen.

⁵ Hinweis: Die allgemeine Schulpflicht endet grundsätzlich zum Ende des Schuljahres, in dem das 18. Lebensjahr vollendet wird. Es müssen 10 Jahre allgemeinbildende Schulen besucht werden, d.h. i.d.R. bis zum Ende der 10. Klasse bzw. bis zum Alter von 16 Jahren. Daran schließt sich eine umgangssprachlich sog. Berufsschulpflicht an, die von 16 bis 18 Jahren dauert.

Es ist gelungen, die Wartezeiten von der Meldung bis zum Schulbesuch für alle Kinder und Jugendlichen im Kreis Recklinghausen zu reduzieren. Bei den internationalen Förderklassen besuchen Jugendliche bereits nach durchschnittlich 3 – 4 Wochen den Unterricht. Im Schuljahr 2015/16 sind durch das KI ca. 400 Jugendliche an die Berufskollegs vermittelt worden, im Schuljahr 2016/17 werden es voraussichtlich 300 (350) Jugendliche werden. Dazu müssen noch die Jugendlichen gezählt werden, die eine IFK in Teilzeitform besuchen. Die Jugendlichen, die diese Form der IFK besuchen, werden z.B. durch das Jobcenter für eine berufsvorbereitende Maßnahme für Jugendliche mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen bestimmt. Diese Maßnahmen werden von Maßnahmeträgern umgesetzt. Neben der Berufsorientierung sind häufig folgende Punkte mit berücksichtigt: die Förderung der deutschen Sprache, eine sozialpädagogische Betreuung und die Möglichkeit, einen Schulabschluss zu erlangen. Die Maßnahme gliedert sich in praktische Tätigkeiten und dem Schulbesuch an einem Berufskolleg.

Um den Jugendlichen, die zum Ende des Schuljahres die Internationalen Förderklassen verlassen, eine Anschlussperspektive zu geben, hat das KI an den Berufskollegs in Gladbeck, Marl, Recklinghausen und Datteln Veranstaltungen zum Ende des Schuljahres 16/17 organisiert, bei denen sich lokale Akteure getroffen haben (weiter Infos siehe unten).

Im Anbetracht dessen, dass die sogenannten Seiteneinsteiger/-innen besondere Unterstützung brauchen, um ihren Bildungsweg in das deutsche Schulsystem erfolgreich zu meistern, werden hier Vorschläge für niedrigschwellige Maßnahmen zur Integration und Förderung von neuzugewanderten Schüler/-innen gemacht⁶:

- Für den interkulturellen Austausch Infrastruktur und Räume anbieten.
- Kontaktperson für Integration an jeder Schule bestimmen.
- Hausaufgabenhilfe anbieten.

Eine besondere Gruppe innerhalb der Personen ab 16 Jahren, stellt die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen dar. Durch die Trennung von ihrer Familie sind sie im besonderen Maße durch die Fluchterfahrung belastet. Hier gilt es weitere Herausforderungen zu meistern.

Ab 18 Jahren/ nach der Schulpflicht

Für diese Personen ist das Ziel der gesellschaftlichen und beruflichen Integration wichtig. Um das Ziel der beruflichen Integration zu erreichen, muss die deutsche Sprache erlernt sowie evtl. Bildungslücken geschlossen werden. Je nach persönlichen Bildungs- und Berufser-

⁶ Diese sind dem Handlungsleitfaden Flüchtlingsintegration S. 21 entnommen. Siehe: <https://kommunal.de/wp-content/uploads/2016/03/Leitfaden-Fl%C3%BChtlingsintegration-NRW.pdf> (abgerufen am 12.06.2017).

fahrungen muss zudem geschaut werden, ob Abschlüsse aus dem Heimatland anerkannt werden können, ob eine Ausbildung, ein Studium oder eine andere Art von Qualifizierung in Frage kommt, um die Chance auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu erhöhen. Dies ist erfahrungsgemäß ein langer und schwieriger Prozess, der stufenweise aufgebaut werden muss.

Zum Themenfeld „Integration in den Arbeitsmarkt“ hat ein eigener Workshop stattgefunden, daher beschäftigt sich dieses Kapitel in erster Linie mit Angeboten im Rahmen der Erwachsenenbildung, die nicht direkt auf die Integration in den Arbeitsmarkt abzielen.

Neuzugewanderte sollten schnell an einem Bildungs- und Sprachangebot teilnehmen können. Es erleichtert ihnen soziale Kontakte, strukturiert ihren Tagesablauf, ermöglicht ihnen ein Verständnis für das Leben, die Gesellschaft und die Werte und Normen in Deutschland und vermittelt ihnen Wertschätzung. Auf diese Weise bleibt die Bereitschaft der Integration bestehen bzw. wird vertieft. Maßnahmen, die die gesellschaftliche Integration fördern und dazu führen sollen „sich angenommen“ zu fühlen, sind⁷:

- Infokurse, niederschwellige Angebote zu Themen wie Gesundheit, Bildungssystem, kommunale Strukturen, Ämter etc.
- Spezielle Maßnahmen für „ältere Migrant/-innen“
- Gesundheits- und Fitnesskurse
- Einbeziehung von Erziehungsberatungsstellen
- Barrieren und Ängste abbauen mit niederschwelligen Angeboten (für Mütter z.B. Näh- oder Kochkurse)
- Müttergesprächskreise.

Bildungsangebot für über 18 jährige

In diesem Zusammenhang wurde ein neues schulisches Angebot des Schulministeriums NRW eingeführt. Seit Februar 2017 ist es möglich, „Fit für mehr“- Klassen an den Berufskollegs einzurichten. Das neue Angebot richtet sich an 18- bis 25-jährige Neuzugewanderte, unabhängig von der Bleibeperspektive. Das Angebot ist freiwillig und nachrangig. Nachrangigkeit bedeutet hier, dass Jugendliche nicht in einer FFM einen Platz erhalten sollen, wenn sie bereits für andere Bildungsmaßnahmen (z.B. Integrationskurse) vorgesehen sind. Die Jugendlichen werden zu 4 Terminen im Jahr aufgenommen. Diese nehmen zu bestimmten Aufnahmetermi- nen das Bildungsangebot wahr, um sich dort bis zu einem Jahr lang sprachlich, mathematisch, kulturell und politisch-gesellschaftlich für ihren weiteren Bildungsweg vorzubereiten. Die FFM-Klassen haben unter bestimmten Umständen (für 16 – 18-Jährige) auch die Funktion einer Vorklasse. Es ist nicht möglich, einen Schulabschluss in einer FFM-Klasse zu erhalten. Das KI hat mit



⁷ Diese sind dem Handlungsleitfaden Flüchtlingsintegration S. 23 entnommen. Siehe: <https://kommunal.de/wp-content/uploads/2016/03/Leitfaden-Fl%C3%BCchtlingsintegration-NRW.pdf> (abgerufen am 12.06.2017).

dazu beigetragen, dass ein Verfahren zur Vermittlung von FFM-Kandidaten im Kreis Recklinghausen entwickelt worden ist. Zurzeit gibt es drei FFM-Klassen am Berufskolleg in Castrop-Rauxel, eine neue Klasse am Berufskolleg Ostvest in Datteln und zum Schuljahresbeginn 2017/18 wurde eine neue FFM-Klasse für das Paul-Spiegel-Berufskolleg in Dorsten eingerichtet. Der dann folgende Aufnahmetermin ist der 01.11.17. Das KI nimmt auch für diese Personengruppe alle Meldungen aus dem Kreis entgegen und wirkt in Abstimmung mit der Schulaufsicht daran mit, zum jeweils nächsten Aufnahmetermin Daten für die Planung zur Verfügung zu stellen. Auch hier berät und informiert das KI zahlreiche Akteure.



Bericht aus den Workshops

Integration ins Regelsystem

Frühe Bildung 0-6 Jahre

Auch wenn aus einer Stadt die Rückmeldung kam, dass alle Kinder, die 2017 oder 2018 in die Schule müssen, einen Kindergartenplatz haben und andere Kinder in Brückenprojekten⁸ teilweise zweimal die Woche betreut werden, wurde von vielen anderen Teilnehmern auf die Schwierigkeiten bei der Betreuung von Kindern mit Fluchterfahrung im Alter von 0-3 Jahren hingewiesen.

Es wurden fehlende KiTa-Plätze sowohl im U3 als auch im Ü3 Bereich, zu große Gruppengrößen (vor allem bei der Erstförderung), zu homogene Gruppen (teilweise Gruppen mit überwiegend Kindern von Neuzugewanderten) sowie die räumliche Situation in den Kindertageseinrichtungen bemängelt. Es wurde angemerkt, dass der Betreuungsschlüssel kleiner sein müsste und zur Förderung der Sprachbildung auch auf die Mobilien KiTas (und die Mobile Jugendarbeit) zurückgegriffen werden könnte. Aufgrund der oft traumatischen Erfahrungen der Kinder wäre eine traumapsychologische Begleitung in den KiTas und Schulen wünschenswert.



Integration ins Schulsystem bis 15 Jahre

Im Bereich der Integration ins Schulsystem der Kinder von Neuzugewanderten gab es vermehrt positive Rückmeldungen. Viele Teilnehmer lobten die zeitnahe Vergabe von Schulplätzen, die gute Kooperation der Schulen untereinander und die damit mögliche individuelle Förderung sowie das Vorhandensein von klaren Ansprechpersonen für die Aufnahme an weiterführende Schulen. Es wird positiv bewertet, dass sich Schulen den Herausforderungen durch Neuzuwanderung oder Inklusion

⁸ Bei Brückenprojekten handelt es sich um ein niedrigschwelliges Angebot als Vorbereitung auf die Kita. Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage KiTa.NRW unter: <https://www.kita.nrw.de/jugendaemter-traeger/brueckenprojekte> (abgerufen am 12.06.2017).

stellen und dass Seiteneinsteigerklassen Anerkennung durch andere erfahren. Viele neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler nehmen schon am Regelunterricht teil.

Kritisch wurde allerdings hinterfragt, ob die Schulplätze für Neuzugewanderte ausreichend sind und ob eine altersentsprechende Zuordnung in die Klassen gut gelingen kann.

Im Workshop kam die Frage auf, ob sich die Anzahl der zusätzlichen Lehrkräfte für den DAZ⁹-Unterricht nach den Schülerzahlen richtet. Zudem gab es Stimmen, die zu große Klassen bei Einzelbesetzung sowie die altersgemäße Zuordnung bei der Einschulung kritisierten.

Auch wenn eine Stadt die Möglichkeit, den Nachmittag in der „Offenen Ganztagschule“ (OGS) zu verbringen lobte, wurde aus einer anderen Stadt der Ausbau der OGS-Plätze gewünscht. Als weitere gute Idee wurde die stärkere Vernetzung der Schulen sowie Veranstaltungen von Schüler/-innen für Schüler/-innen vorgeschlagen.



Das KI arbeitet zusammen mit weiteren Mitwirkenden und Kooperationspartnern (Berufskolleg Castrop-Rauxel, Regionales Bildungsbüro Kreis Recklinghausen, Projekt „angekommen“, RuhrFutur und dem Regionalverband Ruhr) an einem „Tag der Begegnung“. Der Tag soll vielfältige Begegnungen zwischen Schülerinnen und Schüler mit und ohne Fluchterfahrung aller Berufskollegs im Kreis Recklinghausen ermöglichen. Im Verlauf der Veranstaltung sollen sie sich kennenlernen, ihre Erfahrungen austauschen, gemeinsame Ideen entwickeln, gelungene Projekte präsentieren und so voneinander profitieren.

Die Veranstaltung soll unter dem Motto „von Schülern für Schüler“ stattfinden und deshalb weitgehend von einer Schülergruppe mit Unterstützung von Fachkräften gestaltet werden. Der voraussichtliche Termin ist der 15. März 2018. Ansprechpartner im KI ist Wolfgang Kuprat: w.kuprat@kreis-re.de, Telefon: 02043 68582).

Integration ins Schulsystem ab 15 Jahren

Wie erfolgt die Vergabe von Schulplätzen?

Während des Workshops zum Thema Bildung und Sprachbildung für die Altersgruppe ab 15 Jahren hat sich gezeigt, dass die Organisation der Schulplatzvergabe in den einzelnen Städten bzw. das Verfahren auf Kreisebene für die Schulplatzvergabe an Berufsschulen noch nicht flächendeckend bekannt ist.

Insbesondere folgende Fragen sind aufgetreten:

- Wie erfolgt die Vergabe der Schulplätze an die Neuzugewanderten?
- Nach welchem Prinzip werden die Schüler/-innen an die Schulen verteilt bzw. erfolgt die Schulplatzvergabe?

- Wie viele Neuzugewanderte werden an den einzelnen Schulen unterrichtet? (siehe zu dieser Frage Tabellen im Anhang)
- Welche Unterstützungsstrukturen gibt es für Schulpflichtige?

Zur Klärung des Vergabe- und Beratungsverfahrens hat das KI am 22.02.2017 ein Infogespräch im Berufskolleg Max-Born angeboten. Des Weiteren steht Wolfgang Krämer, Leiter des KI, als Ansprechpartner für die Seiteneinsteigerberatung für Informationen und Beratungsgespräche zur Verfügung (weitere Informationen zum Vergabe- und Beratungsverfahren siehe Ansprechpartner und Infokasten oben).



Beratung und Anschlussperspektiven der Schülerinnen und Schüler

Während des Workshops wurde kritisiert, dass vielen der neuzugewanderten Schüler/-innen die Organisation des Schulsystems auch in Bezug auf ihre eigenen Chancen nicht bewusst ist. Daher wurde gefordert, dass die Beratung dahingehend ausgeweitet werden muss. Von einem Teilnehmer wurde angemerkt, dass sich die Verteilung der Neuzugewanderten an die einzelnen Schulen ändern muss. Die Klassen für die neuzugewanderten Schüler/-innen sind im Kreis und den einzelnen Städten nicht gleichmäßig über alle Schulformen verteilt. Ein weiteres Problem ist, dass es nicht immer Anschlüsse für Schülerinnen und Schüler gibt, wenn sie beispielsweise an Berufskollegs die (Internationalen) Förderklassen abgeschlossen haben. Das KI hat zu Treffen eingeladen, auf der die Frage der Anschlussperspektive von Schülerinnen und Schülern in Internationalen Förderklassen erörtert wurde.



Diese Treffen dienen dazu, lokale Anschlussperspektiven für Jugendliche zu finden, die zum Schuljahresende die Internationalen Förderklassen verlassen werden. Es fanden folgende Treffen statt:

- Gladbeck 03.03.2017, Berufskolleg Gladbeck
- Marl 03.05.2017, Hans-Böckler-Berufskolleg Marl
- Recklinghausen 15.05.2017, Herwig-Blankertz-Berufskolleg, Max-Born-Berufskolleg, Kuniberg-Berufskolleg, Intern. Orientierungsklasse
- Datteln 12.06.2017, Berufskolleg Ostvest Datteln

Bei den Treffen hatten insbesondere die Lehrkräfte der Berufskollegs ausreichende Möglichkeiten mit lokalen Akteuren (z.B. Vertretern des Jobcenters, der Arbeitsagentur, Integrationskursträger, Beratungseinrichtungen und vielen anderen) Fragen der Anschlussperspektiven zu besprechen und Kontakte herzustellen bzw. zu festigen. Das KI hat den Auftrag bekommen, für alle Teilnehmer umfangreiche Kontaktdaten zur Verfügung zu stellen und wird die Angebote in einer systematischen Übersicht den Berufskollegs zur Verfügung stellen.

⁹ Die Abkürzung DAZ steht für Deutsch als Zweitsprache.



Für Anschlussperspektiven zum Ende des Schuljahres 2017/18 hat das KI einen Plan entwickelt, der durch eine Fortbildung der Beratungslehrer/-innen (StuBOs = Studien- und Berufswahlkoordinatoren) an den Schulen ergänzt wird. Die Fortbildung wird in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzteam durchgeführt. Ansprechpartner ist Wolfgang Krämer (weitere Informationen siehe Anhang).

Zudem wurde auf dem Workshop in Dorsten gefordert, dass das Angebot zum Nachholen von Schulabschlüssen ausgeweitet werden muss. Außerdem sollte es schnellere Anerkennungsverfahren für die Schulabschlüsse aus den Herkunftsländern der Neuzugewanderten geben (siehe dazu Anerkennungsberater Workshop „Integration in Arbeit“).

Ein größeres Angebot an Sprach- und Integrationskursen sowie Alphabetisierungskursen ist wünschenswert

Vor dem Hintergrund, dass Sprache als wichtigster Gelingens-Faktor zur Integration gesehen wird, ist es nicht überraschend, dass insbesondere die Sprachbildung (und nicht Bildungsangebote im Allgemeinen) auf dem Workshop für die Altersgruppe ab 15 Jahre in Dorsten diskutiert wurde.

Die Bedeutung der Sprachkurse für die Integration wird auch auf dem Workshop betont. Daher begründen sich auch die folgenden Forderungen „Es muss ein größeres Angebot an Sprach- und Integrationskursen geben“. Damit ist im Einzelnen gemeint:

- Es muss Sprach- und Integrationskurse für alle Neuzugewanderten geben unabhängig vom Aufenthaltsstatus und ob das Herkunftsland als „sicher“ oder „unsicher“ klassifiziert wird.
- Die Wartezeiten für die Kurse müssen sich verringern, d.h. es müssen mehr Kurse angeboten werden und die Wartezeiten der Bewilligung durch das BAMF müssen sich verkürzen.
- Es braucht ein spezielles Angebot an Sprach- und Integrationskurse mit Kinderbetreuung sowie Angebote speziell für junge Frauen und Frauen mit Kindern und Sprachkurse für Berufstätige (vgl. dazu die Workshopbeschreibung „Integration in Arbeit“ S.10ff).

Eine Grundvoraussetzung, um erfolgreich an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen zu können, ist die Alphabetisierung. Hier wurde von den Teilnehmer/-innen aus dem Workshop vor allem vorgebracht, dass es zu wenige Kurse gibt und dass eine zentrale Anlaufstelle für nicht alphabetisierte Personen wichtig wäre. Unklar ist, wie eine zügige Hilfestellung erfolgen kann. Ein Vorschlag bezüglich der Alphabetisierung war, dass alle Personen, die eine Alphabetisierung benötigen, zusammen an einer Schule unterrichtet werden und dass man pensionierte Grundschullehrer/-innen in den Prozess der Alphabetisierung mit einbeziehen könne.



Zudem wurden Sprachangebote in den Ferien gefordert und die Einbeziehung der örtlichen Büchereien in die Sprachförderung vorgeschlagen. Auch die Nähe von Sprachkursen zu den Unterkünften und Wohnungen werden als wichtiger Faktor angesehen.

Bedarfsgerechter Zugang zu Sprach- und Bildungsangeboten

Transparenz sollte auch für die Teilnehmenden von Kursen darin bestehen, welche Abschlüsse und Ziele mit dem Kurs zu erreichen sind.

Intransparent war für einige Workshopteilnehmende auch die Berücksichtigung von Bildungsprofilen der Schüler/-innen und inwiefern die Herkunftsländer beim Zugang zu Kursen und der Förderung eine Rolle spielen. Es wurde beispielsweise nachgefragt, ob die Erfassung von Potentialen in Erstgesprächen eine Rolle spielt. Es wurde vorgeschlagen, dass dies bereits bei der Ankunft durch Fachpersonal geschehen sollte. Es sollten sowohl Leistungsstand als auch das Alter bei der Verteilung auf die Klassen und Kurse berücksichtigt werden.

Die Erfassung von Potentialen und daran anschließende Bildungsangebote erweist sich als schwierig, wenn die zugewanderten Personen in ihrem Herkunftsland bereits berufstätig waren. Auch hier gibt es selten Belege oder anerkannte Nachweise. Eine Möglichkeit ist eine Anerkennung von praktischen Kompetenzen, wie zum Beispiel die Erfahrung im Hotel- oder Restaurantfach, die über das IQ Netzwerk (Integration durch Qualifizierung) läuft.



Die Teilnehmenden forderten eine frühzeitige Ermittlung der Leistungspotentiale der Kinder (vor dem Eintritt in die weiterführenden Schulen). Diese sollte dann auch bei der „Aufteilung“ in die weiterführenden Schulen berücksichtigt werden.

Abschlussworkshop „Bildung und Freizeit“

Auf dem Abschlussworkshop hatten Neuzugewanderte die Möglichkeit, sich zu verschiedenen Integrationsthemen zu äußern. Eines dieser Themen war „Bildung und Freizeit“.

Die Neuzugewanderten begrüßen die Einbindung in Projekte. Gleichzeitig wird aber auch auf die Bedeutung der Verstetigung von Projekten hingewiesen bzw. die notwendige finanzielle Absicherung. Künstlerische Projekte werden als gute Möglichkeit zum Austausch und zur Unterstützung gesehen. Ein Informationsportal für Künstler/-innen wird ebenfalls vorgeschlagen.

Besonders positiv wurden konkrete Bildungs- und Freizeitangebote gesehen.

Explizit genannt wurden:

- Kooperation mit Ruhrfestspielen (RE)
- „Muckibude“ am Jugendzentrum Südpol
- Offene Angebote von RE/init (z.B. Spieleabend)
- Gute Kooperation von Abendrealschule und Ruhrfestspielen (RE)
- Frauencafé Herten
- VHS Sprachcafé
- Stadtsporverband bietet „Schnupperkurse“ an
- Lernzeit Schule/ Vorschule (RE)
- „Vorschule“ vor der Grundschule (RE)
- Chor Kumpane (Ruhrfestspiele)
- Angebote der Altstadtschmiede

Das Projekt „angekommen“ richtet sich insbesondere an junge Zugewanderte zwischen 16 und 25 Jahren und hat ein vielfältiges Bildungs- und Betreuungsangebot für die jungen Menschen entwickelt, die an drei Betreuungs- und Begegnungszentren durchgeführt werden. Ziel in diesen Zentren an der Kurfürstenwallschule in Recklinghausen, sowie am Berufskolleg in Datteln und Gladbeck, ist die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Konkrete Angebote können z.B. Freizeitangebote wie Kochen oder Hausaufgabenhilfe, Arbeitserprobungen sowie alltagspraktische und berufsbezogene Sprachförderung sein. Das Projekt wird vom Fachbereich Gesundheit, Bildung und Erziehung des Kreises Recklinghausen durchgeführt. Weitere Infos siehe Anhang.

Sprach(kurse)

Außerdem wird das Niveau der Sprachkurse als hoch bewertet, auch wenn diese Sprachkurse von Ehrenamtlichen angeboten werden. Vorgeschlagen wurde aber auch, dass unterschiedliche Sprachniveaus und Lerngeschwindigkeiten in den Kursen berücksichtigt werden und dass besser koordiniert wird, wer welchen Sprachkurs besucht.

Zudem wird die Pflege der Herkunftssprache als wichtiger Punkt insbesondere bei Kindern benannt. Hier muss sich aus der Sicht der Neuzugewanderten etwas ändern.

Bildung

Des Weiteren gibt es aus Sicht der Neuzugewanderten viele Möglichkeiten an Berufskollegs, Haupt- und Realschulen Abschlüsse zu erwerben. Zudem gibt es ein großes Angebot an Berufsberatung. Negativ wird aber gesehen, dass man viel Zeit für die Schulabschlüsse benötigt. Außerdem wird gefordert, dass auch Alternativen zur akademischen Ausbildung bedacht werden. Angebote zur Alphabetisierung müssen ausgebaut werden und der Schulbesuch von 6 bis 25 Jahren wird gefordert.

Es wurde aber auch bemängelt, dass Zugänge in den Beruf und in die Ausbildung nicht klar sind und dass sich die Bedeutung von Englischkenntnissen für den Zugang

ins Bildungssystem ändern muss. Vermutlich ist hier mit gemeint, dass die Englischkenntnisse der Zugewanderten als Potential gesehen werden sollten.

Auf die Frage „**Was muss sich ändern?**“ gab es insbesondere Aussagen zu den Themenfeldern „Information und Transparenz von Angeboten“ und „Fehlende Angebote“.

Information und Transparenz von Angeboten

Viele Neuzugewanderte möchten mehr Information und Transparenz über die Bildungs- und Freizeitangebote bekommen. Es wurde gefordert, dass die Hauptamtlichen in diesem Bereich die Koordination und den Informationstransfer übernehmen und die Ehrenamtlichen unterstützen. Es wurde vorgeschlagen, für die Angebote an Schulen und Bildungseinrichtungen zu werben und Flyer und Wegweiser mit den Angeboten bereitzustellen. Auch ein „Gutscheinheft“, um verschiedene Angebote auszuprobieren, wurde vorgeschlagen.



Fehlende Angebote

Insbesondere integrative Angebote und Begegnungsmöglichkeiten wurden von den Neuzugewanderten gewünscht. Ein Teilnehmer fragte „Wann dürfen wir endlich in der Kultur ankommen?“ Die Einrichtung von Jugendgruppen halten die Neuzugewanderten für eine gute Idee, um den Austausch mit deutschen Jugendlichen zu ermöglichen.



Weiterhin fehlen zielgruppenspezifische Angebote. Konkret genannt wurden Angebote für Erwachsene und spezielle Freizeitangebote für Frauen. Außerdem wurden mehr Angebote zur Lebensorientierung gefordert.

Zudem fehlt es an Deutschkursen für alle. D.h. es sollte keinen „Statusunterschied“ zwischen den Neuzugewanderten bezogen auf Zugewanderte aus „sicheren“ und „unsicheren“ Herkunftsländern geben. Ein weiterer Vorschlag ist, Stadtrundfahrten für Neuzugewanderte anzubieten.



Ansprechpersonen im Kreis

Kommunales Integrationszentrums des Kreises Recklinghausen:

Das KI des Kreises Recklinghausen bündelt die Informationen zum Themenbereich „Seiteneinsteiger“ und vernetzt die Akteure in diesem Themenfeld. Dazu gehören Beraterinnen und Berater in den Städten, die Schulen bzw. Lehrerinnen und Lehrer, die Schulverwaltungsämter und die untere Schulaufsicht.

Aufgaben des KI

- Organisation von Austauschtreffen,
- Zusammenstellung und Information der Akteure über Fragen in diesem Themenfeld,
- Beratung der Neuzugewanderten sowie von MultiplikatorInnen

- Kooperationen (insbesondere mit Schulen, unterer und oberer Schulaufsicht, Seiteneinsteiger-Beratern),
- Unterstützung des Prozesses der Einrichtung von Seiteneinsteigerklassen,
- Beratung (Kinder, Jugendliche, Eltern, Vormünder und sonstige Akteure) und Vermittlung von berufsschulpflichtigen Seiteneinsteigern und Seiteneinsteigerinnen,
- Beratung von Schulen (z.B. Einrichtung von Seiteneinsteigerklassen),
- Durchführung von Workshop-Reihen (z.B. für Lehrerinnen und Lehrer, Referendarinnen und Referendare),
- Mitwirkung bei der Weiterentwicklung des Systems zur Beschulung von Neuzugewanderten,
- Entwicklung und Weitergabe von Materialien (z.B. über Homepage des KI/des Kreises).

Ansprechpartner:

Wolfgang Krämer (w.kraemer@kreis-re.de ;

Tel. 02043/68 58 16)

Salem Guerdelli (s.guerdelli@kreis-re.de ; Tel. Montag und Freitag: 02043/68 58 17; Mittwoch: 02361/53 4918)

Valerie Skyba (v.skyba@kreis-re.de; Tel. Mittwoch, Donnerstag und Freitag: 02361/53 2335)

Handlungsfeld: Übergang Schule/Beruf, Übergänge IFK bzw. FFM

Die Übergänge von der Schule liegen in unterschiedlichen Zuständigkeiten. Für die Berufsberatung ist grundsätzlich die Arbeitsagentur zuständig. (<https://www.arbeitsagentur.de/bildung/berufsberatung>). An den weiterführenden Schulen und an den Berufskollegs gibt es Studien- und Berufswahlkoordinatoren (StuBos), die für die Beratung der Schülerinnen und Schüler zuständig sind.

Auch in den einzelnen Städten gibt es z.B. die Jugendberufshilfe. Das ist ein offenes Angebot. Jugendliche werden dort in Fragen des Übergangs unterstützt. (Beispiel Gladbeck: <http://www.anstoss-in-gladbeck.de/?id=38>).

Das Land NRW unterstützt die Schulen und die Schülerinnen und Schüler, den Übergang von der Schule in den Beruf besser zu bewältigen. Der Kreis Recklinghausen ist Träger dieses Projektes (s. „Kein Abschluss ohne Anschluss“, KAoA; https://www.kreis-re.de/inhalte/bildung/regionales_bildungsnetzwerk/index.asp).

Diese Beratungs- und Hilfemöglichkeiten sind für alle Schülerinnen und Schüler vorgesehen. Spezielle Angebote in diesem Handlungsfeld für Menschen mit Fluchterfahrung müssen im Kreis Recklinghausen stärker entwickelt werden. Dazu drei Ansätze:

- Für Schülerinnen und Schüler, die erst in der Jahrgangsstufe 10 in das Schulsystem einmünden oder eine Internationale Förderklasse besuchen, ist das Nachholen des kompletten KAoA-Systems nicht umsetzbar. „KAoA-kompakt“ wird als eine Zusammenführung zentraler KAoA-Bausteine für diese Zielgruppe umgesetzt. Potenzialanalyse, Berufsfelderkundung und Praxiskurs werden dabei zusammen von einem Träger durchgeführt.
- Projekt Elnet Plus: Beratung und Vermittlung Geflüchteter <http://www.reinit.de/projekte/elnetplus/>
- Anschlussperspektiven für Schülerinnen und Schüler, die zum Schuljahresende 16/17 die Internationale Förderklasse verlassen (s. S. 30).

Junge Erwachsene (i.d.R. ab 18 Jahren) sollten vor allem die Beratungsangebote der Arbeitsagentur und des Jobcenters wahrnehmen. Geflüchtete, die z.B. Leistungen vom Jobcenter beziehen, sollten sich an die Integration-Points wenden. (<https://arbeitsmarktmonitor.arbeitsagentur.de/netzwerke/1725/>) Grundsätzlich stellt sich die Frage nach der Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarktreife besonders für junge Geflüchtete. Der Erwerb von Sprachkenntnissen, die Erlangung eines Schulabschlusses bzw. die Orientierung über den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sollten zunächst im Vordergrund stehen.

Fortbildung für Lehrer/-innen: Neu zugewanderte Menschen in den Schulen des Kreises Recklinghausen – Schule und Anschlussperspektiven



Da in den nächsten Jahren damit gerechnet werden muss, dass weiterhin neu zugewanderte Menschen ins Schulsystem aufgenommen werden bzw. nach einem relativ kurzen Schulbesuch einen besonderen Beratungsbedarf haben, beabsichtigt das Kommunale Integrationszentrum, die Studien- und Berufswahlkoordinatoren (StuBos) zu qualifizieren. Die Treffen im Schuljahr 16/17 waren notwendig, um Anschlussperspektiven vor Ort schnell und bedarfsgerecht in den Berufskollegs auf-

zuzeigen. Dieser Ansatz muss allerdings erweitert werden und ggfs. ersetzt werden, damit das Regelsystem in die Lage kommt, neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler, die einen besonderen Beratungsbedarf haben, Möglichkeiten des Übergangs angemessen aufzuzeigen. Dazu soll in Kooperation mit dem Kompetenzteam (Lehrerfortbildung des Schulamtes) eine Fortbildungsreihe entwickelt werden, die nicht nur Lehrkräfte an Berufskollegs qualifiziert

Seiteneinsteiger im Kreis Recklinghausen seit 01.08.2016 (Grundschulen und SEK I-Schulen) Stand: 27.07.2017									
Stadt	GS	HS	Sek	RS	Gym	Ges	Fö	IOK	Summe
Castrop-Rauxel	65	0	10	21	27	12	0	-	135
Datteln	91	18	-	13	23	0	0	-	145
Dorsten	34	15	-	1	0	1	0	-	51
Gladbeck	115	21	-	30	38	25	6	5	240
Haltern am See	20	5	-	7	0	0	2	-	34
Herten	24	1	6	31	1	20	1	8	92
Marl	47	11	-	2	4	8	0	-	72
Oer-Erkenschwick	42	19	-	0	0	0	0	-	61
Recklinghausen	107	53	-	1	1	15	0	69	246
Waltrop	13	-	-	2	3	1	0	-	19
Insgesamt	558	143	16	108	97	82	9	82	1095

0= 0 Schüler/-innen; - = Schulform nicht vorhanden

Internationale Förderklassen (Alter: 16 – 18, bzw. bis 25 in FFM-Klassen)

Internationale Förderklassen an Berufskollegs: Zu Beginn des Schuljahres 17/18 gibt es 328 Jugendlichen in den IFK in Vollzeitform. Dazu kommt noch eine kleinere Anzahl von Jugendlichen in IFK in Teilzeitform. An drei Berufskollegs gibt es 5 FFM-Klassen mit ca. 70 Jugendlichen im Alter bis 25 Jahre.

Seiteneinsteigerberatung in den Städten

Beratung bzw. Vermittlung in den Städten des Kreises Recklinghausen					
Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche (Primarstufe: Klasse 1 - 4; Sekundarstufe I: Klasse 5 - 10; Berufskolleg: Alter 16 - 18)					
Stadt	Name	Email	Telefon	Adresse	Link
Castrop-Rauxel					
Primarstufe	Frau Fishedick	129124@schule.nrw.de	02305 24707	44575 Castrop-Rauxel, Cottenburgstr. 156, Cottenburgschule	https://www.primolo.de/node/5329
Sekundarstufe I	Frau Keller	147643@schule.nrw.de	02305 75179	44581 Castrop-Rauxel, Uferstr. 36, Franz-Hillebrand-Hauptschule	http://www.franz-hillebrand-hs.de
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de
Datteln					
Primarstufe	Frau Voss	elke.voss@caritas-datteln.de	02363 565646	45711 Datteln, Kirchstr. 29	http://www.caritas-datteln.de/angebote_migration-integration.php
Sekundarstufe I	Frau Weiring	heike.Weiring@stadt-datteln.de	02363 107-396	45711 Datteln, Kolpingstr. 1, Raum 102	https://www.datteln.de/02_Verwaltung_Politik/Buergerservice/Buergerservice.asp?seite=oe&id=266
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de
Dorsten					
Primarstufe	Frau Feller	s.feller@caritas-dorsten.de	02362 918712	46282 Dorsten, Westgraben 18, Caritasverband für das Dekanat Dorsten e.V	http://www.caritas-dorsten.de
Sekundarstufe I	Herr Puschnig	r.puschnig@caritas-dorsten.de	02362 918-712	46282 Dorsten, Westgraben 18, Caritasverband für das Dekanat Dorsten e.V	http://www.caritas-dorsten.de
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de
Gladbeck					
Primarstufe Sek I	Frau Staniczewski	jeanette.staniczewski@stadt-gladbeck.de	02043 685818	45968 Gladbeck, Roßheidestr. 40	https://www.gladbeck.de/Familie_Bildung/Bildung/Bildungseinrichtung/RAA.asp?highmain=1&highsub=8&highsubsub=4
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de
Haltern am See					
Primarstufe Sek I	Frau Wolf	JHS@Schulen-Haltern.de	02364 12656	45721 Haltern am See, Holtwicker Str. 27, Hauptschule Joseph-Hennewig-Schule	http://cms.joseph-hennewig-schule.de
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de
Herten					
Primarstufe	Terzi	a.terzi@herten.de	02366 303538	45699 Herten, Kurt-Schumacher-Str. 2	http://www.martinluther-herten.de/
Sekundarstufe I	Frau Casparby	birte.casparby@gmx.de	02366 303940	45701 Herten, Martin-Luther-Straße 3, Martin-Luther-Schule	http://www.martinluther-herten.de/
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de
Marl					
Primarstufe Sek I	Herr Hein	daniel.hein.bezreg.muenster@marl.de	02365 99-2847	45768 Marl, Creiler Platz 1, Amt für Schule und Sport	http://www.marl.de/marl-nach-themen/stadtverwaltung.html
Primarstufe	Frau Wilke	122798@schule.nrw.de	02365 5033590	45770 Marl, Emslandstraße 16, GS Martin-Buber-Schule	http://www.ggse.marl.de/
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de
Recklinghausen					
Primarstufe	Frau Meßerschmidt	andrea.messerschmidt@recklinghausen.de	02361 501821	45659 Recklinghausen, Friedrich-Ebert-Str. 40	https://www.recklinghausen.de/Inhalte/Startseite/Rathaus_Politik/Buergerservice/Buergerservice_bso.asp?seite=angebot&id=2474
Sekundarstufe I	Herr Lütjen	loek-recklinghausen@live.de	02361 9094375	45657 Recklinghausen, Kurfürstenwall 5 a	http://www.paulusschule-re.de/io-klassen/
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de
Oer-Erkenschwick					
Primarstufe Sekundarstufe I	Frau Taube	isabel.taube@oer-erkenschwick.de	02368 691295	45739 Oer-Erkenschwick, Rathausplatz 1, Stadt Oer-Erkenschwick	http://www.oer-erkenschwick.de/
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de
Waltrop					
Primarstufe Sekundarstufe I	Frau Trümper	heike.truemper@waltrop.de	02309 7854401	45731 Waltrop, Große-Geist-Str. 10, Fachbereich Jugend, Soziales und Schule	http://www.waltrop.de/Inhalte/Buergerservice/Info/Buergerservice.asp?seite=oe&id=205
Primarstufe Sekundarstufe I	Frau Welzel	lina.welzel@waltrop.de	02309 7854401	45731 Waltrop, Stadtverwaltung Waltrop, Münsterstraße 1, FG Soziales u. Senioren, Koordination Asyl / Beratung Asylbewerber	http://www.waltrop.de/Inhalte/Buergerservice/Info/Buergerservice.asp?seite=oe&id=205
Berufskolleg	Herr Krämer	w.kraemer@kreis-re.de	02043 685816	45657 Recklinghausen, Kreishaus Kurt-Schumacher-Allee 1	http://www.Vestischer-Kreis.de

Projekt Angekommen

Das Projekt richtet sich insbesondere an junge Zugewanderte zwischen 16 und 25 Jahren und möchte sie dabei unterstützen, im Kreis Recklinghausen anzukommen.

Ziel des Kooperationsprojektes ist es, berufsschulpflichtige Jugendliche und junge Erwachsene bei ihrer Integration in die Gesellschaft zu begleiten und zu unterstützen. Denn durch die Förderung verbessern sich ihre Chancen für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Dazu wird ein vielfältiges Bildungs- und Betreuungsangebot für die jungen Menschen entwickelt, das an drei Betreuungs- und Begegnungszentren durchgeführt wird. Ziel in diesen Zentren an der Kurfürstenwallschule in Recklinghausen, sowie am Berufskolleg in Datteln und Gladbeck, ist die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Konkrete Angebote können z.B. Freizeitangebote wie Kochen oder Hausaufgabenhilfe, Arbeitserprobungen sowie alltagspraktische und berufsbezogene Sprachförderung sein.

Die jungen Geflüchteten und Zugewanderten sind eine sehr heterogene Gruppe. Neben gravierenden Unterschieden im sprachlichen und schulischen Können prägen vielfältige Erfahrungen die Biografien dieser jungen Menschen. Deshalb trägt ein flexibles und maßgeschneidertes Bildungs-, Beratungs- und Betreuungsangebot dazu bei, dass die Integration gelingen kann.

Drei Kooperationspartner haben sich zusammengetan, um diese Jugendlichen dabei zu unterstützen: Im neu gegründeten Projekt „angekommen in deiner Stadt“ arbeiten im Kreis Recklinghausen die Walter Blüchert Stiftung, das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Kreis zusammen. Das Projekt ist organisatorisch angebunden im Re-

gionalen Bildungsbüro (Fachdienst Bildung) – in enger Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationszentrum und dem kommunalen Jobcenter des Kreises Recklinghausen.

<http://www.an-ge-kommen.de/neu-angekommen/angekommen-im-kreis-recklinghausen/> https://www.kreis-re.de/inhalte/bildung/regionales_bildungsnetzwerk/index.asp

AnsprechpartnerInnen:

Projektleitung:

Dr. Richard Schröder, Fachbereichsleiter
 Fachbereich Gesundheit, Bildung und Erziehung
 Kurt-Schumacher-Allee 1
 45657 Recklinghausen
 tel 02361.53 2438
 r.schroeder@kreis-re.de

Projektkoordination:

Marit Rullmann, Fachdienstleitung
 Fachdienst Bildung
 Regionales Bildungsbüro Kreis Recklinghausen
 Kurt-Schumacher-Allee 1
 45657 Recklinghausen
 tel 02361.53 3032
 m.rullmann@kreis-re.de

Pädagogische Leitung:

Siana Somieski
 Kurfürstenwallschule
 Kurfürstenwall 5a
 45657 Recklinghausen
 tel 02361.10 63145
 s.somieski@kreis-re.de

Good Practice

Bildung und Sprachförderung 0 bis 14

- Ausbau der Griffbereit- und Rucksack-Gruppen (Kreis RE)
- Lernzeit (Kreis RE)
- Internationales Café (Oer-Erkenschwick)
- Sprache verbindet (Oer-Erkenschwick)
- Waldprojekt mit Flüchtlingskindern (Oer-Erkenschwick)
- Ehrenamtliche Flüchtlingsbegleitung
- Kultur(ver)mittler (Waltrop)
- Familienpatenschaften (Haltern am See)
- Kinderstube nach Dortmunder-Modell (Haltern am See)
- Projekt „Demokratie leben!“ (Herten)
- „Ein Quadratkilometer Bildung“ (Herten)
- Lern- und Spielgruppe Erdmännchen (Herten)
- Regelmäßiger interkultureller Treff (Marl)

Good Practice

Bildung und Sprachförderung 0 bis 14

- Wöchentliche Exkursion mit Kindern im Stadtteil (Marl)
- Internationales Elterncafé (Marl)
- Junges Flüchtlingsforum (Marl)
- Projekt Jugendliche als Paten für ältere Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung (Marl)
- SV AG von Schülern für Schüler (Marl)

Ansprechpartner/Projekte

- Demokratie Leben (Herten)
 - Daniela Franken-Vahrenholt
 - 02366-180713
 - d.vahrenholt@haus-der-kulturen.de
- Ein Quadratkilometer Bildung (Herten)
 - Carmen Treppte
 - c.treppte@herten.de
- Kinderstuben nach Dortmunder Modell
 - Stadt Herten
 - Patricia Kosinski
 - 02366-303221
 - p.kosinski@herten.de

Good practice

Bildung und Sprachförderung ab 15

- Schulabschlusskurse mit den Weiterbildungskollegs (Kreis RE)
- IFK an Berufskollegs (Kreis RE)
- Modellprojekt ELNet plus (Kreis RE)
- Integrierte Unterrichtsräume an städtischen Unterkünften (Haltern am See)
- Zusammenarbeit mit VHS (Oer-Erkenschwick)
- Ehrenamtlicher Dolmetscherpool (Gladbeck)
- Sprachförderangebote in allen städtischen Unterkünften (Dorsten)
- Zusammenarbeit zwischen Sozialamt und Jugendamt (Dorsten)
- Kombination Sprache und berufliche Orientierung (Dorsten)
- Integrationslotsen (Dorsten)
- Mint-AG für Geflüchtete in der Gesamtschule Waltrop

Bildung / Sprachbildung

Ansprechpartner Projekte

- Mint-AG Gesamtschule Waltrop
 - Akbulut Ahmet (MINT Koordinator)
 - 0162-6956939
 - a.akbulut@ge-waltrop.de
- VHS Oer-Erkenschwick
 - 02368-98710
 - vhs@vhs-oe.de

27 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Städten Datteln, Haltern am See, Herten, Oer-Erkenschwick und Waltrop, haben sich als Vertreter der Kommunen, des Kreises, von Wohlfahrtsverbänden, dem Jobcenter und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit an den interessanten Diskussionen rund um das Thema Wohnen beteiligt.

4. Workshop zum Thema „Wohnen“ am 10.01.2017 in Haltern am See

Allgemeine Informationen

Wohnen kann als wesentlichen Faktor der Integration bezeichnet werden, da es mittel- und langfristig um Veränderungen von unseren Quartieren und Wohnformen geht. Das Gesicht der Stadtgesellschaft kann sich durch Zuwanderung ändern. Die Vermischung von Armut und kultureller Abgrenzung, wie sie in Deutschland aus der Vergangenheit bekannt ist, führt weder zu einer integrierenden Wohnkultur noch zu Chancengerechtigkeit und einem friedlichen sozialen Miteinander. Daher ist das Thema für ein Integrationskonzept relevant.

Insbesondere im Jahr 2015 lastete ein enormer Druck auf die Kommunen durch Zuzug und Zuweisung von Geflüchteten, in kurzer Zeit für viele Menschen Wohnraum bereitzustellen. Je nach städtischer Wohnraumsituation kam es zu Zuweisungen in leerstehenden Wohnraum bis hin zu Wohncontainern, Turnhallen, Zeltstädte und Asylunterkünften, welche in ganz Deutschland als Übergangseinrichtungen eingerichtet wurden. Durch das im August 2016 in Kraft getretene „Integrationsgesetz“ gewann das Thema Wohnen mit der Wohnsitzregelung (Stichworte sind auch Wohnsitzauflage und Residenzpflicht) neuen Aufwind. Die Wohnsitzauflage gilt grundsätzlich für das Bundesland, in dem die betreffende Person das Asylverfahren durchlaufen hat. Diese muss nach Erhalt eines Schutzstatus für drei weitere Jahre in diesem Bundesland bleiben. In NRW gibt es darüber hinaus die Verpflichtung in der Kommune den Wohnsitz zu nehmen, der im Bescheid zur Wohnsitzregelung nach §12a Aufenthaltsgesetz von der Bezirksregierung Arnsberg mitgeteilt wurde.

Der Workshop zum Thema Wohnen

In dem Workshop „Wohnen“ wurden im Wesentlichen drei Themenbereiche diskutiert:

- Zentrale Unterkünfte oder dezentrales Wohnen / Die schwierige Wohnungssuche;
- Regeln und wie sie eingehalten werden können / Probleme in Wohnungen und Einrichtungen;
- Betreuung und Beratung durch Personal und Ehrenamt.

1. Zentrale Unterkünfte oder dezentrales Wohnen / Die schwierige Wohnungssuche

Eine der zentralen Fragen bei der Unterbringung von Flüchtlingen ist die Prioritätssetzung entweder für zentrale Unterkünfte oder für dezentrales Wohnen. In fast allen Städten des Kreises Recklinghausen gilt der Grundsatz, möglichst viele Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen und die zentralen Unterkünfte nur als notwendige Übergangslösungen anzusehen. Es gibt aber auch Gegenargumente:

1. Es fehle entsprechender Wohnraum für 1-2 Personenhaushalte.
2. Die Unterbringung in Sammelunterkünften sei kostengünstiger. Deswegen sei es sinnvoller, nur bei großen Familien Wohnen außerhalb der Unterkünfte zu fördern.

Auf dem Workshop wurde die zentrale Unterbringung vielfach kritisiert. Die dauerhafte Unterbringung in Sammelunterkünften mag zwar kostengünstiger sein, schade aber langfristig der Integration. Allerdings berichteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer davon, dass die Anmietung von Wohnraum vielfach auf große Probleme stößt:

- Es gebe Engpässe auf dem Wohnungsmarkt bis 50m² und ab 100m².
- Es sei schwierig, für Einzelpersonen und für große Familien Wohnungen zu finden. Insbesondere kleinere Wohnungen sind für viele weitere Zielgruppen für Vermieter interessant, wie für Single-Haushalte oder ältere Menschen.
- Insgesamt sinke die Bereitschaft, Wohnungen anzubieten.
- Einige Vermieter versuchen Wohnungen in baulich schlechtem Zustand loszuwerden.
- Insbesondere sei es schwierig, für Personen mit ungeklärten Aufenthaltsstatus geeigneten Wohnraum zu finden. Auch Wohnungsgesellschaften seien hier sehr zurückhaltend. Vermieter bevorzugten Personen, die langfristig mieten.
- Ein weiteres Problem für die Vermieter und die Wohnraumsuche stellt ein möglicher Familiennachzug dar.
- Fehlende Investitionen (z.B. sozialer Wohnungsbau) erhöhten den Druck auf dem Wohnungsmarkt.

Wichtig sei es, dass die Wohnungen zentral gelegen sind und nicht im ländlichen Bereich, damit die Anbindung für die Neuzugewanderten an Integrationsmaßnahmen leichter fällt. Eine Gefahr bei der dezentralen Unterbringung sehen einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der möglichen Ghattobildung. Eine gleichmäßige Verteilung auf alle Stadtteile sei in der Regel nicht gegeben. Es stelle sich die Frage, ob in Folge der dezentralen Unterbringung tatsächlich eine Durchmischung erreicht werde. Eine aktuelle Ghattobildung sei aber im Kreis Recklinghausen zurzeit nicht zu erkennen und es finde in der Regel auch keine Stigmatisierung statt. Die dezentrale Unterbringung hat zudem positive Effekte. Sie gelinge meist ohne Nachbarschaftsprobleme. Dies gelte auch für die dezentrale Unterbringung von Familien. Auch bei den Sammelunterkünften sei es von Vorteil, dass sie über die Stadtgebiete verteilt sind. Ein Problem bei der Vermittlung von Wohnungen sei allerdings der jeweilige Status der Flüchtlinge. Soll man z.B. Personen mit „unklarem“ Status vermitteln?

2. Regeln und wie sie eingehalten werden können / Probleme in Wohnungen und Einrichtungen

1. Ein weiterer Schwerpunkt im Themenfeld Wohnen galt den „Regeln“. Dabei ging es
2. um das Zusammenleben in Unterkünften, in Wohnungen, im Quartier und ganz allgemein; um gesetzliche Unklarheiten sowohl für Flüchtlinge aber auch für Personen, die Flüchtlingen helfen wollen.

Beim Zusammenleben in Wohnungen, Wohngebieten und Unterkünften ergeben sich häufig folgende Probleme:

- Der Umgang mit Müll, insbesondere die Zuständigkeiten bei der Müllentsorgung;
- Probleme mit der Mülltrennung;
- Probleme beim Heizen und Lüften;
- ganz allgemein: Ordnung, Sauberkeit, Hygiene, Schimmel. Insbesondere gebe es ein Hygieneproblem in Räumen, die von allen genutzt werden müssen, also vor allem in den größeren Unterkünften.
- Ein wichtiges Problem in den Unterkünften sei die Zustellung der Post. Sie könne nicht immer gewährleistet werden, was bei dienstlichen Zustellungen problematische Folgen haben kann.

Zur Verbesserung der Wohnsituation wurden folgende Vorschläge gemacht:

- Das Problem der Postzustellung müsse durch individuelle Postfächer geregelt werden. Außerdem müssten die Hausmeister stärker für die Zustellung zuständig sein.

- Die „Mietfähigkeit“ müsse hergestellt werden. Dazu müsse eine Begleitung organisiert werden.
- Es müsse Schulungen zum Thema „Müll“ geben sowie „Wohnen lernen“, z.B. mit Hilfe eines „Putzsets“.
- Es müsse Hygieneschulungen geben, dazu entsprechende Reinigungspläne. Hier müssten Hausmeister und Unterkunftspaten stärker zusammenarbeiten.
- Konflikte gebe es auch zwischen verschiedenen Ethnien, Religionen und Geschlechtern. Hier werden getrennte Unterbringungen vorgeschlagen.
- Hilfreich könnten auch Deeskalationstrainings in Sammelunterkünften sein.
- Mehrere Teilnehmer/-innen am Workshop „Sicherheit und Rassismus“ weisen andererseits darauf hin, dass ein Konfliktpotential unter den Bewohner/-innen auch durch präventive bauliche Maßnahmen verringert werden könnte. Sie fordern dazu auf, für „einheitliche Zimmergrößen“ zu sorgen und die „Unterbringung der Flüchtlinge in Mehrbettzimmern (zu) reduzieren“.
- Insgesamt sei die Kommunikation über die Hausmeister in den Unterkünften aber positiv zu sehen.

Neben diesen Problemen, die unmittelbar das Wohnen in Unterkünften und Wohnungen betreffen, wurden noch eine Reihe rechtlicher Unklarheiten angesprochen. Ein Punkt betrifft insbesondere den Übergang vom Asylbewerberleistungsgesetz zum SGB II, also dem Jobcenter.

- Wie sind dabei Umzüge, Zahlung der Unterkunft geregelt?
- Wie können Anerkannte zum Auszug aus der Unterkunft bewegt werden?
- Wie kann ich bei Betroffenen Verständnis bekommen, dass der eine privat mieten darf, der andere nicht?
- Wie gehe ich mit dem Unverständnis politischer und verwaltungsrechtlicher Entscheidungen um?
- Und wie mit verschiedenen Logiken innerhalb der Verwaltung, z.B. zwischen dem Fachbereich Asyl und dem gesetzlichen Vorgehen?

Was wären gute Ideen in diesem Feld?

- Es müssten Infos zu Mietrecht und Mieterpflichten erstellt werden.
- Es müssten mehr Ansprechpartner an verschiedenen Stellen Beratungsangebote machen. (Verwaltung, Jobcenter, Wohlfahrtsverbände)
- Es müsse eine gezielte Nutzung der Fördermittel für den öffentlichen Wohnungsbau geben.
- Dazu sollten auch Investoren herangezogen werden.
- Es sollte eine Kombination zwischen Städtebauförderung und Unterbringung geben.



3. Betreuung und Beratung durch Personal und Ehrenamt

Bei der Betreuung und Beratung der Flüchtlinge spielen Ehrenamt und Patenschaften eine wichtige Rolle.

- In manchen Unterkünften gibt es „Unterkunftspaten“, die dort ehrenamtlich tätig sind.
- Es gibt ehrenamtliche Wohnungs- und Familienpatenschaften – ein Modell, das noch ausbaufähig ist.
- Es gibt Nachbarschaften, die helfen und sich engagieren.
- Es gibt sowohl von Seiten der Verwaltung (Wohnungsvermittlung) als auch durch Netzwerke von Ehrenamtlichen Unterstützung bei der Wohnungssuche.
- Es gibt Betreuung für unbegleitete Minderjährige in vielen Einrichtungen.

Neben dem Ehrenamt gibt es bei der Beratung und Begleitung aber auch sehr engagierte Träger und deren

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mehrfach wurde eine gute Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt und Verwaltung betont, auch zwischen den Sozialverbänden und der Kommune, etwa bei der Feststellung der Wohnfähigkeit. Positiv sei auch die Zusammenarbeit Hausmeister/Verwaltung / Hauptamt / Betreuung in den städtischen Unterkünften. Allerdings gebe es auch Sprachbarrieren, mangelnde Qualifikation beim Personal sowie eine mangelnde Personalausstattung. Das Personal müsse aufgestockt werden. Das Verhältnis Sozialarbeiter zu Flüchtlingen sei zu niedrig. Es gebe Personalmangel bei der Wohnraumakquise.

Eine gute Idee wären Beratungs- und Betreuungsinstrumente, die direkt an Wohneinheiten gekoppelt sind, quartalsmäßige Treffen mit Hauspaten um „Rollenklarheit“ herzustellen, eine intensive Betreuung beim Erstbezug einer privaten Wohnung in der Anfangsphase. Wünschenswert sei auch die bessere Einbindung aller Aktiven bei der Planung neuer Einrichtungen. Insgesamt müsse die intensive Begleitung noch mehr gefördert werden.



Good Practice

Wohnen

- Fachstelle Wohnungsvermittlung (Kreis RE)
- Konzept der dezentralen Unterbringung (Datteln)
- „Junikum“ (Oer-Erkenschwick)
- Zusammenarbeit mit Ehrenamt (Oer-Erkenschwick)
- Möglichst schneller Umzug in Wohnungen (Oer-Erkenschwick)
- Neubauten Janninghof-Gebäude (Haltern am See)
- Unterrichtsraum und Kinderbetreuung am Flüchtlingsstandort (Haltern am See)
- Zukunftsprojekt Zentrum für soziale Integration (Herten)
- Umzug in Privatwohnung nach ca. 6 Monaten (Herten)
- Niederschwellige Angebote im informellen Bereich (Dorsten)
- Orientierungsphase in „größerer“ Unterkunft, dann Vermittlung in Wohnraum (Dorsten)
- Unterkunftspaten (Haltern am See)
- Vernetzung Partnerschaften Asylkreis (Haltern am See)

31 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Städten Castrop-Rauxel, Dorsten, Gladbeck, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick, Stadt und Kreis Recklinghausen und Waltrop haben sich als Vertreter der Kommunen, von Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Schulen, Jobcenter, Kreisverwaltung und des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe an den interessanten Diskussionen rund um das Thema „Sport und Freizeit“ beteiligt.

5. Workshop zum Thema „Sport und Freizeit“ am 23.01.2017 in Dorsten

Allgemeine Informationen

Bundesebene

In Deutschland bieten rund 91.000 Sportvereine mit ihren vielfältigen Sportangeboten einen flächendeckenden Zugang zu allen Bevölkerungsgruppen.

- Sport ist kultur- und schichtübergreifend,
- Sport hat für Kinder und Jugendliche/für Erwachsene eine enorme Bedeutung im Alltag,
- Sport hat allgemeingültige Regeln, Sprachprobleme stellen im Sport kaum eine Hürde dar.

Bundesweit engagieren sich Sportvereine für geflüchtete Menschen. Eine wichtige Aufgabe, denn Flüchtlinge müssen sich in der neuen Umgebung zunächst orientieren und haben wenige oder kaum soziale Kontakte. Auch liegen die Unterkünfte nicht immer zentral und im direkten Umfeld von Sportvereinen. Daher ist auch im Workshop von den Teilnehmenden immer wieder diskutiert worden, dass die Sportvereine auf die Flüchtlinge

zugehen müssen und wenn möglich, direkt in den Unterkünften Angebote unterbreiten.

Landesebene

Landessportbund NRW und der organisierte Sport in Zahlen

Der Landessportbund NRW e.V. ist die größte Personenvereinigung in Nordrhein-Westfalen. Über seine Mitgliedsorganisationen sind knapp 19.000 Sportvereine mit ihm verbunden, die insgesamt über 5 Millionen Mitglieder zählen. In den knapp 19.000 Sportvereinen Nordrhein-Westfalens sind ca. 500.000 Menschen ehrenamtlich engagiert.

Der Landessportbund NRW hat insgesamt »123 Mitgliedsorganisationen: 57 Dach- und Fachverbände (ordentliche Mitgliedsorganisationen nach § 8 der Satzung), »54 Stadt- und Kreissportbünde (ordentliche Mitgliedsorganisationen nach § 9 der Satzung) und 12 Verbände mit besonderer Aufgabenstellung (Mitgliedsorganisationen nach § 10 der Satzung) / Stand Februar 2016.

Die Organisationen des Sports



Kreisebene

In den 489 Mitgliedsvereinen des Kreissportbundes Recklinghausen und 10 Stadtsportverbänden treiben mehr als 62.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (unter 27 Jahre) organisierten Sport.

Der Workshop zum Thema Sport

Viele Flüchtlinge haben ein großes Interesse aktiv zu sein und sich am Vereinsleben aktiv zu beteiligen. Daher kommt den Sportvereinen eine besondere Bedeutung in der Flüchtlingsarbeit zu, die sich auch klar in den Gesprächen während des Workshops herausstellte. Sportvereine schaffen offene und kostenlose Angebote für die vielfältigen Menschen im Kreis Recklinghausen und können darüber eine positive Willkommenskultur und mehr Toleranz und Verständigung in der Neuzuwanderung vor Ort bewirken. Der Integrationsprozess im und durch den Sport muss aktiv gestaltet werden. Integrationspotenziale des (vereinsorganisierten) Sports werden durch gezielte Maßnahmen bewusst angeregt und gefördert.

Den Sportvereinen wird zu Recht eine unvergleichliche integrative Kraft zugeschrieben. Aber wie funktioniert die Einbindung und Integration von Flüchtlingen in die Vereine vor Ort tatsächlich und vor allem, wie sehen die Flüchtlinge selbst ihre Einbindung in die Vereine?

Das waren zentrale Fragen in dem Workshop in Dorsten und dem Abschlussworkshop in Recklinghausen.

In dem Workshop in Dorsten wurden im Wesentlichen folgende Bereiche diskutiert:

- Sport und Sprache – eine gelungene Kombination? !
- Ressourceneinsatz und -planung / Ehrenamt und Hauptamt
- Transparenz und Kooperation
- Fehlende Angebote

1. Sport und Sprache – eine gelungene Kombination?!

Den Spracherwerb von Flüchtlingen über sportliche Aktivitäten zu fördern, ist ein Angebot, das die Sportvereine in vielen Städten bereits umsetzen. Denn Sport und Bewegung sind ein anerkanntes Trainingsfeld für den Spracherwerb, da sich hier Sprache leicht, effektiv und mit viel Spaß erwerben lässt. Eine Voraussetzung dafür ist, dass auch die Übungsleiterinnen und -leiter, die Trainerinnen und Trainer entsprechend geschult sind für diese Aufgabe.

Aus der Sicht der Teilnehmenden scheint es sehr hilfreich, wenn Vereine ihre Sport – und Freizeitangebote direkt in und an den Notunterkünften unterbreiten, wo jede Abwechslung willkommen ist. Hier werden Zugänge zu den Sportangeboten direkt geboten und in dem Workshop wurden einige gute Erfahrungen damit

wie z.B. Beispiele Angebote eines Fußballvereins, das Flüchtlingsangebot eines Basketballvereins für Erwachsene, Kinder und Jugendliche und einige Vereine im Kreis Recklinghausen, in denen die Integration in die bestehenden Sportgruppen direkt erfolgt.

Die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen ist in den meisten Vereinen im Kreis gegeben, aber die Angebote müssen für die Flüchtlinge transparenter werden. Manchmal fehlt es in den Städten an einfachen Informationen zu Öffnungs- und Trainingszeiten oder zu den Strukturen der Vereine. Ein Wunsch der Teilnehmenden war, dass derartige Informationen für Flüchtlinge noch einmal anders aufbereitet und direkt in den Unterkünften ausgelegt werden. Auch kam der Hinweis, dass Flüchtlinge einerseits ungeduldig auf Sportangebote warten, ggfs. aber eine Begleitung zu den einzelnen Angeboten benötigen.

Als gute Ideen wurden in den Diskussionen der Teilnehmenden die folgenden Beispiele aus bzw. für die Arbeit in den Städten genannt:



- Bildung & Bewegung – Sprachförderung durch Sport/ Verbindung von Sport und Sprache (Recklinghausen)
- Integrationskurse mit sportlichen Aktivitäten verbinden (Recklinghausen)
- Sprachförderung gekoppelt mit Sport statt abgekoppelt (Marl)
- Integration von Vokabeln in die Sportübungen (Kreis)
- eine Kooperation mit Vereinen & Stiftungen (Castrop-Rauxel)
- ein Integrationskalender oder -wochenplan
- kreisweite Integrationslandkarte
- Stadt - /Kreiserkundungen mit dem Fahrrad

Ein wichtiger Hinweis der Teilnehmenden war, dass die Angebote des Sports auch die Menschen in schwierigen Situationen einbinden sollten. Auch für diese Zielgruppe kann der Sport viel dazu beitragen, die Situation des Einzelnen etwas angenehmer zu gestalten und das Selbstwertgefühl zu steigern. Dazu passt die Äußerung eines städtischen Vertreters, dass sich die Angebote „für alle“ öffnen sollen und ein „Separieren von Gruppen“ verhindert werden sollte.

Im Abschlussworkshop, in dem die sich Flüchtlinge selber zum Thema Sport äußern konnten, wurden von den Teilnehmenden die Einschätzungen bestätigt. Sie äußerten sich dahingehend, dass sich die Sprachkenntnisse im Verein/durch die Vereinsarbeit verbessern.

2. Ressourceneinsatz und -planung / Ehrenamt und Hauptamt

Wie in den anderen Handlungsfeldern auch, aber insbesondere beim Sport, hat das bürgerschaftliche Engagement eine besondere Bedeutung für die Umsetzung. So

wurden von den Teilnehmenden die Integrationslotsen genannt, aber auch die ehrenamtliche Arbeit und ehrenamtliche Vernetzung im Sport insgesamt, wie auch die vielen engagierten Helferinnen und Helfer in den einzelnen Städten. Als besonderes Beispiel wurde der Einsatz von Flüchtlingen selbst als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer beim Auf- und Abbau von Sportveranstaltungen genannt, was im Workshop auch gleichzeitig als gute Idee für die anderen Städte aufgenommen wurde - „Flüchtlinge als ehrenamtliche Helfer in Vereinen“ - .



Von vielen Teilnehmenden aus den unterschiedlichen Städten wurde der Personalmangel allgemein, die fehlende Unterstützung der Vereine und ihrer ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer auf verschiedenen Ebenen und die fehlenden Trainer in den Sportvereinen genannt. Hinzu kommt die Raumproblematik, die durch Raumangel, aber auch durch starre und zu geringe Hallen- und Schwimmzeiten genannt wurden. Hier stellt sich die Frage, ob die starren Hallen- und Schwimmzeiten gelockert werden können und wenn ja, wie dies erreicht werden kann, ohne den Schul- und Vereinssport zu beeinträchtigen. Die Teilnehmenden haben intensiv diskutiert, ob die Sporthallen und Schwimmbäder nicht besser ausgelastet sein könnten, wenn man die Zeiten zentral und konkreter plant. Es entsteht der Eindruck, dass die Hallen zu den Schulzeiten nicht immer ausgelastet seien, aber für Schulen frei gehalten werden müssten. Die Planung an und mit den Schulen müsse optimiert werden, war eine der Forderungen an diesem Vormittag.

Ein Mangel an ausreichenden Angeboten von Schwimmkursen für (Nicht)schwimmer wurde für das gesamte Kreisgebiet gesehen. Gleichzeitig scheint der Zugang zu den Hallenbädern für die Anbieter von solchen Schwimmkursen unklar. Neben dem Angebot für Nichtschwimmer und Schwimmkursen allgemein fehle es auch an Frauenschwimmkursen, die in der Regel „abgeschottet“ stattfinden müssen, so die Rückmeldung aus dem Workshop. Gleichzeitig stellten sich die Teilnehmenden die Frage, wie diese besondere Nachfrage nach abgeschotteten Schwimmkursen umgesetzt werden kann. Dies gelte aber auch für andere sportliche Angebote an Frauen und Mädchen.

Hierzu gibt es bereits gute Beispiele aus einigen Städten im Kreis.

Eine sehr kritische Diskussion kam bei der Finanzierung der Sportangebote auf. Die Teilnehmenden äußerten kritisch, dass es zu wenig Unterstützung gebe, fast alles über das Ehrenamt laufe und keine Gelder eingesetzt würden. Die finanzielle Unterstützung von Projektträgern wird in einzelnen Städten kritisch bewertet. Unklar sind die Fördertöpfe (für wen von wem?) und der Zugang zu Projekten & Fördergeldern. Es ist unklar, wer eine Beratung zu Fördergeldern für Vereine übernimmt und was finanziert werden könnte.

Wie können geflüchtete Mädchen und Frauen für Vereinsangebote erreicht werden?

Der Sport ist aufgrund seines Körperbezugs mitunter ein besonders sensibles Feld. Sinnvoll ist hier der Einsatz sogenannter „überzeugender Brückenbauer“. Trainerinnen, die als sportliche Vorbilder und kulturelle Botschafterinnen Mädchen, Frauen und Eltern – insbesondere auch Väter und Partner – gewinnen können. Die direkte Ansprache, persönliche Überzeugungsarbeit und Verlässlichkeit sind wichtige Faktoren. Auch der Rahmen sollte stimmen: geschlechtstrennte Trainingsgruppen, separate Umkleide- und Waschräume und Trainingszeiten vor der Dämmerung.

Um etwas Neues auszuprobieren, kann ein geschützter Raum, wie eine Sporthalle, geeigneter sein als der Sportplatz. Erfolgreiche Angebote verknüpfen zudem sportliche und soziale Aspekte. Nicht immer sind Vorbehalte religiös oder kulturell motiviert: Betreuung- oder Parallelangebote für Mütter und ihre Kinder können die gemeinsame Freizeit im Verein ermöglichen. Im Bereich des Fußballs bestehen bereits in zahlreichen DFB-Landesverbänden erfolgreiche Fußballprojekte für Mädchen.

Herr Gerhardt (Referent für Integration beim Kreissportbund Recklinghausen) sicherte zu, Informationen zu Finanzierungen im Bereich Sport durch den Landessportbund an das Kommunale Integrationszentrum zur Weiterleitung an Interessierte zu geben. Am 11.10.2017 wird es im Kreishaus in Recklinghausen ein Austauschtreffen zur Stärkung kommunaler Integrationsnetzwerke zusammen mit dem Kreissportbund geben. Dabei geht es um die Rolle des Sports in der Integrationsarbeit. Eingeladen sind Vertreterinnen und Vertreter der Integrationsräte, der Migrantenselbstorganisationen und Moscheegemeinden, der Stadt- und Kreissportbünde sowie der Stadtsport- und Gemeindesportverbände, der Fachverbände, von Vereinen und weitere Interessierte.

Nicht nur finanzielle Mittel für die Vereine, auch der Zugang zu bezahlbaren bzw. kostenlosen Angeboten in Fitnessstudios wurde thematisiert. Der Zugang zu den Fitnessstudios ist ein Bereich, den die Flüchtlinge selbst im Abschlussworkshop zum Thema Sport angesprochen haben. Sie haben den Eindruck, dass manche Fitnessstudios keine Neuzugewanderten aufnehmen. Die Teilnahme am Sport scheitert aber einfach auch an einer fehlenden vernünftigen Sportausrüstung.

Bei der Arbeit im Handlungsfeld Sport wurde das Problem der kulturellen Hintergründe genannt und der unterschiedliche Umgang mit dem Thema Zeit, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Als Lösungen nannten die Teilnehmenden interkulturelle Trainings und Übungs-



leitertreffs zum gegenseitigen Austausch und für ein besseres Verständnis. Das KI hat in Kooperation mit dem KSB zwei Trainingsangebote dazu unterbreitet, die mangels Nachfrage leider ausfallen mussten.

3. Transparenz und Kooperation

Trotz der vielen Akteure im Sport, der schon lange bestehenden Strukturen und der Verbindung zu den Stadt-sportämtern sind den Akteuren die lokalen Ansprechpartner in den Städten/ im Kreis zum Thema Integration nicht bekannt, bzw. sind die Strukturen nicht klar.

Es fehlen teilweise mögliche Ansprechpartner für die Sportvereine für deren Beratung, mögliche Zuschüsse und Hilfe bei Konflikten. Teilweise stellt sich die Frage, wer koordiniert das Thema und die Akteure im Sport, wer ist verantwortlich. Das Thema Transparenz spielt wie in allen Handlungsfeldern der durchgeführten Workshops auch bei der Integration durch den Sport eine wichtige Rolle und scheint noch nicht ausreichend umgesetzt.



Eine gute Idee aus einer Stadt ist die Einrichtung einer „Support Stelle – Beratung für Vereine“.

Von Teilnehmenden einer anderen Stadt kam der Vorschlag, die Öffentlichkeitsarbeit (wer macht was? Wer ist zuständig?) zu intensivieren.

Dies sind zwei Ideen aus dem Workshop, die sich mit wenig Geld umsetzen lassen.

Positiv wird in einer Stadt die Kommunikation zwischen SSV, Sportvereinen & Trägern bewertet. So hat z.B. die Stadt das Angebot eines Fußballteams beworben. Für eine verbesserte Information und Transparenz hat die Stadt Vereine und beteiligte Flüchtlinge eingeladen, sich das Sportangebot der Stadt einmal anzusehen. Dabei haben sich die Vereine vorgestellt und direkt den Kontakt zu den Flüchtlingen hergestellt. Auch einzelne Träger/ Akteure in der Flüchtlingsarbeit haben darüber Kontakte zu den Sportvereinen geknüpft.

Insgesamt ist den Gesprächen des Workshops zu entnehmen, dass überall dort, wo in den Städten sogenannte „Sportkoordinatoren“ eingesetzt werden, die Vernetzung vereinfacht ist und gut läuft.

Zentrale Aussagen der Teilnehmenden des Workshops :

- Die Angebote des Sports, die Akteure und die Strukturen in Vereinen und in den Städten müssen transparenter werden.
- Die Angebote können über einen „Sportkoordinator“ vermittelt werden.
- Der Sport selber muss noch mehr tun, damit alle voneinander wissen.
- Die Vereinsinformationen müssen optimiert werden. Hier ist jedoch zu bedenken, dass die vielen Ehrenamtlichen ihre Zeit in die Angebote selbst

investieren und die Öffentlichkeitsarbeit wegen der fehlenden zeitlichen Ressource zu kurz kommt.

- Viele ehrenamtliche Initiativen engagieren sich bereits vor Ort. Was konkret gebraucht wird, lässt sich am besten im direkten Gespräch erfahren.
- Flüchtlinge kennen ihr Wohnumfeld und die kulturellen Spielregeln noch nicht und die Sprache ist ein großes Hindernis. Will man sie erreichen, müssen die Vereine den ersten Schritt machen und auf die Flüchtlinge zugehen.
- Ein sensibler Umgang mit der unsicheren Lebenssituation und den oft traumatischen Fluchterlebnissen ist wichtig.
- Um Vertrauen aufzubauen, ist Respekt und eine Kommunikation auf Augenhöhe der beste Weg.
- Auch kurzfristige Angebote können sinnvoll sein.
- Eine gute Idee ist der „ehrenamtliche KIOSK für Informationen“ und eine daraus organisierte App mit Informationen in 6 unterschiedlichen Sprachen
- Eine weitere Idee war ein „Informations- Channel“ zur Vorstellung von Konzepten, wobei der genaue Aufbau und Inhalt offen bleiben.



Mehrsprachige Informationen und persönliche Gespräche sind auch im Sport wichtig. Die Städte sind verantwortlich für Flüchtlingsbelange, insbesondere Ausländerbehörde und Sozialbereich, aber z. B. auch die Integrationsbeauftragten. Hier kann angeknüpft werden, ebenso wie an die Vernetzung in lokalen Willkommensbündnissen und die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Institutionen. Diese ermöglichen neue Zugänge zu den Flüchtlingen. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, um Flüchtlinge für reguläre Vereinsangebote zu gewinnen, Hemmschwellen abzubauen und gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Beispielsweise lassen sich mit Angeboten und Veranstaltungen in Unterkünften Begegnungen schaffen. Schnuppertrainings oder regelmäßig stattfindende offene Angebote sind für Flüchtlinge attraktiv, die nicht immer wissen, ob und wie lange sie am Ort bleiben können. Schulen, in denen geflüchtete Kinder und Jugendliche in Willkommensklassen betreut werden, können ebenfalls ein wichtiger Kooperationspartner für den Sport sein.

Wenn die Akteure im Sport ihr Einverständnis erklären und sich an den Eingaben beteiligen, können ihre Angebote auf den Internetseiten des Kommunalen Integrationszentrums veröffentlicht werden. Dort sind bereits viele andere Angebote eingepflegt, aber im Bereich des Sports sollten diese laufend ergänzt und aktualisiert werden. Hinweis zur Eingabe hier:

Die Datenbank zu Integrationsangeboten im Kreis Recklinghausen ist unter: www.kreis-re.de/integrationsangebote abrufbar.

Transparenz, fehlende Informationen und offene Fragen waren auch im Abschlussworkshop ein ganz wichtiges Thema. Die Flüchtlinge selber äußerten sich, dass in einigen Städten die Angebote nicht bekannt seien und

es an Informationen und Adressen fehle. Fehlende Informationen von Trainern/Übungsleitertreffs wurden auch genannt. Fitnessstudios und ihre Angebote wurden mehrfach angeführt. Der Zugang zu den Studios ist unklar, die Finanzierung der Sportaktivitäten (zu teuer) und es entsteht der Eindruck, dass Fitnessstudios keine Neuzugewanderten aufnehmen (Anmeldung nur mit deutschem Pass). Die lange Laufzeit der Verträge in Fitnessstudios bzw. eine vorzeitige Vertragskündigung seitens des Studios ohne Grund wurden ebenfalls genannt. In einer anderen Stadt im Kreis läuft die Anmeldung im Fitnessstudio gut. Die Rückmeldungen insgesamt zeigen, dass hier tatsächlich noch Informationsbedarf besteht. Die Vereine sollten aktiver auf die Flüchtlinge zugehen, Werbung an Schulen und persönliche Einladungen aussprechen. Als gute Ideen für mehr Informationen wurden ein Gutscheineheft, um unterschiedliche Angebote auszuprobieren und ein Flyer, der die Sportangebote enthält und in Einrichtungen, Bürgerbüros, Bahnhöfen, Ausländerbehörden ausgelegt wird, aufgenommen. Der Stadtspiegel solle Informationen zu den Angeboten veröffentlichen. Unklar war den Teilnehmenden auch, ob die Angebote der Krankenkassen auch für Flüchtlinge zugänglich sind, bzw. verschrieben werden durch den Arzt.

Positive Rückmeldungen und gute Ideen aus dem Abschlussworkshop

- Es gibt viele öffentliche Sportplätze, die unentgeltlich genutzt werden können.
- Viele Schüler nehmen die Angebote der Vereine an, die über Trägereinrichtungen vermittelt wurden.

- Die Arbeit einzelner Fußballvereine wurde besonders hervorgehoben.
- Die Ruhrfestspiele mit den einzelnen Veranstaltungen, die teilweise von den Flüchtlingen selbst gezeigt werden und das gemeinsame Singen im Chor Kumpane, der auch bei den Ruhrfestspielen auftritt.
- In einer Stadt wurde eine Liste mit den Sportangeboten erstellt, was besonders erwähnt wurde und in einer anderen werden durch einen eingestellten Trainer Sportmöglichkeiten in/an der Unterkunft angeboten, was sehr gut angenommen wird.



Ideen gab es ebenfalls viele, wie z.B. Jugendliche aus dem Sportbüro der Stadt in die Frauengruppe einzuladen, Kooperationen mit Schwimmkursen einzugehen, Sportangebote für Frauen, die nachmittags stattfinden, Kurse um Fahrrad fahren zu lernen und offene und gemischte Sportgruppen.

Die Flüchtlinge haben sich auf den Abschlussworkshop vorbereitet und dort mit den Akteuren aus den Städten intensiv diskutiert und ihre Anliegen vertreten. Daher konnten hier noch einmal viele Anregungen aufgenommen werden.

Schauspieler Adnan Maral in einem Interview mit dem DOSB Sportmagazin:

„Sport hat es leichter, gesellschaftliche Veränderungen zu transportieren, denn es geht zunächst nur um Leistung. Ich bin als Junge mit offenen Armen im Verein empfangen worden. Es ist so einfach, weil man gemeinsam an einer Sache dran ist.“

(Quelle: DOSB)

Good Practice Sport

- Bewegte Sprachlernangebote (Dorsten)
- „Tischtennis für alle“ (Waltrop)
- Unterstützung durch Geflüchtete im Basketballverein „Hertener Löwen“ (Herten)
- Spieletage des Café international (Oer-Erkenschwick)
- Sportlerkarte
- Ernährungsplan Recklinghausen
- Ehrenamtliche Coaches für Neuzugewanderte (Waltrop)
- Café Kumpel und Internationales Frauencafé mit Sportangeboten (Herten)
- Naturerlebnisgarten (Herten)
- Rollhockey für Mädchen (Marl)
- Tandemprojekte im Jugendbereich (Marl)

Good Practice Sport

- Freizeitangebote im Ehrenamtswegweiser „Ankommen in Dorsten“ (Dorsten)
- Mein Dorsten/Meine Stadt (Dorsten)
- Sport und Spielfest für Geflüchtete und Vereinsmitglieder (Dorsten)
- Dorsten Pass (vergünstigter Zugang zu Sport- und Spielstätten) (Dorsten)
- Recklinghausen Pass (vergünstigter Zugang zu Sport- und Spielstätten) (RE)

Ansprechpartner Projekte

Sport und Freizeit

- Café Kumpel (Herten)
 - Zühtü Baritoglu
 - 02366-1807-15
 - Z.baritoglu@haus-der-kulturen.de
- Naturerlebnisgarten (Herten)
 - Sigrun Zobel
 - 02366-82249
 - Bund-naturerlebnisgarten@t-online.de
- Bewegte Sprachlernangebote (Dorsten)
 - DIF e.V. Dorsten
Margarethe Matschinsky
 - 02362-41354
 - margarethematschinsky@web.de
- Hertener Löwen
 - 0175-8659294
 - info@hertener-loewen.de
 - Hermann Zechel
 - Hermann.zechel@hertener-loewen.de

42 Teilnehmer/-innen aus den Städten Datteln, Herten, Oer-Erkenschwick, Stadt und Kreis Recklinghausen sowie aus Waltrop haben sich als Vertreter der Kommunen, von Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, von der Polizei, der Arbeitsagentur, der Kreisverwaltung und des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe an den Diskussionen rund um das Thema „Sicherheit und Rassismus“ in Oer-Erkenschwick beteiligt.

6. Workshop zum Thema „Sicherheit und Rassismus“ am 30.01.2017 in Oer-Erkenschwick

Allgemeine Informationen

Der Wunsch nach Sicherheit ist ein elementares Grundbedürfnis aller Menschen. Jeder Mensch möchte so gut wie möglich geschützt sein vor Gefahren, Bedrohungen, Gewalt und vor jeder Art von Kriminalität.

Maßnahmen, die den Schutz und die Sicherheit im Alltag gewährleisten sollen, gehören in Deutschland in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich der Polizei. Aber auch die Kommunen sind hier stark gefordert, da die Bürger und Bürgerinnen ihre Erwartungen zu einem sicheren Lebensumfeld gerade an die Städte und Gemeinden richten. Für die Kommunen ist „Sicherheit“ daher ein komplexes und vielfältiges Aufgabenfeld mit vielen Facetten. Beim Thema „sichere Stadt“ geht es zum einen um kommunale Strategien und Maßnahmen zur Prävention vor Gewalt und anderer Kriminalität, zum anderen um das Bedürfnis nach sicheren, angenehmen Lebensräumen und damit auch um „gefühlte Sicherheit“ im persönlichen Umfeld. Dabei können sich die statistisch gemessene Sicherheitslage und die „gefühlte Sicherheit“ in der öffentlichen Wahrnehmung durchaus unterscheiden.

Das Aufgabenfeld „Sicherheit“ schließt grundsätzlich alle Menschen ein, die sich im Bereich der Kommune aufhalten. Bei der Unterbringung, Betreuung und Integration von Neuzugewanderten ergeben sich für die Kommunen jedoch besondere Herausforderungen, unter anderem bei Schutzmaßnahmen gegen rassistisch motivierte Anfeindungen, aber auch mit Blick auf die Sorgen mancher Anwohner, die durch eine große Zahl fremder Menschen im „Flüchtlingsheim“ verunsichert sind. Die Kommunen haben dabei die Aufgabe, berechnete Sicherheitsbedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen – der Geflüchteten und neu Zugezogenen, wie der länger ansässigen Menschen – gleichermaßen und so gut wie möglich zu berücksichtigen.



Um der Verunsicherung zu begegnen, entwickelt der Kreis Recklinghausen ein lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus über das Landesprogramm NRWeltoffen.

Ende 2016 hat der Kreistag die Entwicklung eines Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus beschlossen. Das Kommunale Integrationszentrum (KI) ist für die Umsetzung des Landesförderprojektes verantwortlich und wird folgende Ziele in 2017 und 2018 umsetzen:

- Analyse zur Ausgangssituation und Ermittlung von Handlungsbedarfen
- Bestandsanalyse zu vorhandenen Maßnahmen und Aktivitäten
- Bestimmung relevanter Handlungsfelder und konkreter (lokaler) Ziele
- Formulierung von Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele
- Beteiligung aller relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure/-innen (sowie der Betroffenen)

Nachdem die bestehenden Strukturen und die relevanten Akteure/-innen im Kreis ermittelt und für eine aktive Mitarbeit am Konzept gewonnen werden konnten, werden dem Begleitausschuss der lokalen Partnerschaft für Demokratie und dem Kreistag die erarbeiteten Handlungsfelder zur Beschlussfassung vorgelegt. In der zweiten Jahreshälfte 2017 geht es dann in eine kreisweite Auftaktveranstaltung zur Vorstellung der Handlungsfelder und Motivation der mitentwickelnden Akteure/-innen. In fünf Demokratie-Zukunftswerkstätten werden zu jedem Handlungsfeld Handlungsschritte aufgezeigt und ggf. weiter vertieft. Aus diesen Empfehlungen sollen dann konkrete Umsetzungsmaßnahmen initiiert werden, wie z.B. Coachings- und Schulungsangebote für Fachkräfte, Multiplikatoren/-innen und kommunale Beschäftigte.

Folgende Handlungsschwerpunkte / Themen der Demokratie-Zukunftswerkstätten wurden bisher herausgestellt:

1. Öffentliche Institutionen (Fokus: institutionelle Diskriminierung abbauen)
2. Erziehung (Fokus: rassistisurfreie Elementarpädagogik fördern)
3. Politische Bildung (Fokus: Erinnerungspädagogik nachhaltig gestalten)

4. Rechte Akteure/-innen (Fokus: rechtsextremen Haltungen begegnen)
5. Neue Medien (Fokus: mit Fake News und Hate Speech umgehen)

Momentan befindet sich das Projekt in der Phase der Gewinnung von Akteuren/-innen, die interviewt und für die Auftaktveranstaltung und die Zukunftswerkstätten gewonnen werden sollen.

Außerdem gibt es eine „**Partnerschaft für Demokratie im Kreis Recklinghausen**“.

Der Kreis Recklinghausen beteiligt sich am Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, welches vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. In einer zielgerichteten Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Politik, und Verwaltung als „lokale Partnerschaft für Demokratie“ soll langfristig und umfassend daran gearbeitet werden, Rechtsextremismus in der Region vorzubeugen, eine Kultur der Vielfalt und Weltoffenheit im Kreis Recklinghausen zu stärken sowie Teilhabe und Mitbestimmung aller Bevölkerungsgruppen zu optimieren. Zur finanziellen Unterstützung von Vereinen, Projekten, Initiativen und einzelnen Personen, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen, wird im Jahr 2017 ein Aktions- und Initiativfonds von 30.000 € eingerichtet. Für das Jahr 2017 hat der Begleitausschuss Themenschwerpunkte gewählt und Kriterien für die Förderung möglicher Projekte festgelegt. Weitere Informationen finden Sie unter www.demokratie-kreis-re.de.

Ansprechpartner für beide Projekte sowie geförderte Projekte im Rahmen von „Demokratie leben!“ siehe im Anhang zu dieser Workshopbeschreibung Seite 66ff.

Bericht aus dem Workshop:

Sicherheitsmaßnahmen

Die Rolle der Polizei im Kontext der Integration von Neuzugewanderten

Die Beiträge der Teilnehmer/-innen deuten darauf hin, dass der Informationsaustausch mit der Polizei in den meisten Kommunen des Kreises offenbar gut organisiert ist und die Polizei-Präsenz als angemessen eingeschätzt wird. Andernorts scheint dagegen der Kontakt zur Polizei aus Sicht der Teilnehmer/-innen noch nicht optimal zu sein.

Insgesamt werden überwiegend positive Erfahrungen und Einschätzungen geschildert. Mehrere Beiträge heben eine „gute Zusammenarbeit und Kommunikation“ mit der Polizei, den „kurzen Draht“ beim Austausch von Informationen und die „Zuverlässigkeit“ der Einsatzkräfte hervor. Die Kooperation zwischen der Polizei und kommunalen Behörden bzw. Einrichtungen im Arbeits-

feld Flüchtlingsintegration wird in mehreren Stellungnahmen als gut bewertet. Ein Beitrag betont, dass die Präsenz der Polizei im Umfeld von Sammelunterkünften aktuell verbessert worden sei: „Polizei-Präsenz tagsüber ist mehr geworden“.

Deutlich positiv bewertet wird auch die „Aufklärungsarbeit der Polizei in Unterkünften“. Diese Arbeit trage dazu bei, Ängste der Neuzugewanderten abzubauen und ihnen ein positives Bild der Polizei zu vermitteln, das sich von dem des Herkunftslandes unterscheidet. Auch die Arbeit der Polizei in den Bereichen „Prävention“ und „Opferschutz“ wird lobend erwähnt. Teilnehmer/-innen weisen jedoch auch darauf hin, dass viele Neuzugewanderte Angst vor der Polizei und vor Behörden (z. B. dem Jobcenter) haben.

Es gibt jedoch auch Beiträge, in denen der Kontakt zur Polizei als „unsicher“, „wenig transparent“ oder als „zu einseitig“ geschildert wird. Die Polizei rufe zwar Informationen aus den Unterkünften ab, gebe aber zu wenig Informationen weiter. Diese Teilnehmenden berichten außerdem, dass aus ihrer Sicht ein zu geringer Austausch besteht und der Kontakt zur Polizei verbessert werden sollte. Ein Beitrag weist zum Beispiel darauf hin, dass vor Ort Ansprechpartner/-innen bei der Polizei unbekannt oder nicht eindeutig benannt worden sei. In einer anderen Äußerung wird gefragt, ob eine „Zusammenarbeit mit der Polizei“ vor Ort tatsächlich bestehe. Mit der Frage „Schutz der Flüchtlingsunterkünfte?“ zeigt ein weiterer Beitrag, dass hier Zweifel bestehen, ob die Präsenz der Polizei vor Ort ausreichend ist.

Während es in den meisten kritischen Stellungnahmen vor allem um mehr Transparenz und Austausch im Kontakt zur Polizei geht, wird in zwei anderen Beiträgen deutlich „Zu wenig Polizei-Präsenz“ kritisiert oder allgemein mehr Personal bei der Polizei und in den Flüchtlingsunterkünften gefordert.

Anwendung der Gesetze und Umgang mit Straftaten

Zu diesem Themenbereich gibt es überwiegend kritische Beiträge, die einen Handlungsbedarf in den Bereichen Registrierung von Geflüchteten und Strafverfolgung formulieren.

In mehreren Beiträgen werden unter anderem Probleme beim Austausch von Daten über Asylbewerber/-innen thematisiert. Hier besteht offenbar die Befürchtung, Kriminelle unter den Geflüchteten könnten wegen eines unzureichenden Datenabgleichs unentdeckt bleiben. In einer Stellungnahme wird zum Beispiel gefordert: „Bessere Absprachen unter den Bundesländern und Austausch zwischen den Städten (Stichwort: „mehrere Identitäten“). Der folgende Beitrag weist ebenfalls auf Probleme beim Datenabgleich hin: „Besserer, aber auch datenschutzrechtlich vereinfachter Austausch zwischen Stadt und Polizei“.

Andere Teilnehmende sind skeptisch hinsichtlich des Umgangs mit straffällig gewordenen Neuzugewanderten. In einer Stellungnahme wird zum Beispiel gefragt, ob „Sanktionsmechanismen“ tatsächlich eingesetzt werden. Andere Beiträge fordern „Konsequenzen bei Straffälligkeit“ und eine schnellere Bearbeitung von Straftaten durch die Staatsanwaltschaft. Einige Teilnehmende scheinen zu bezweifeln, dass Straftäter unter den Geflüchteten konsequent vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden.

Rechtssicherheit in Asylverfahren

Mehrere Stellungnahmen lenken den Blick auf gesetzliche Regelungen des Asylrechts und damit auf die Gesetzgebung des Bundes. Teilnehmende fordern zum Beispiel „Klare Regelungen im Bleiberecht“ und nehmen die „Dauer der Verfahren“ als problematisch wahr. Ein weiterer Beitrag weist ebenfalls auf Probleme hin, die durch intransparente, in sich widersprüchliche Regelungen im Asylrecht entstehen können: „Wie bekommen Geflüchtete Rechtssicherheit in ihrem Handeln? Vermeidung von Fehlverhalten.“

Die kritischen Hinweise zum Thema „Rechtssicherheit“ betreffen in erster Linie Bundesgesetze, deren Auslegung sowie deren Umsetzung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Der Entscheidungsspielraum der kommunalen Behörden ist hier sehr begrenzt. Die Workshop-Beiträge weisen jedoch darauf hin, dass die Umsetzung der Asylgesetzgebung auf der kommunalen Ebene von manchen Teilnehmer/-innen als intransparent, problematisch oder belastend wahrgenommen wird.

Sicherheit für Neuzugewanderte

Oben wurde schon dargestellt, dass die „Polizei-Präsenz“ im Umfeld der Flüchtlingsunterkünfte und die Zusammenarbeit mit der Polizei von den Teilnehmer/-innen als besonders wichtig eingeschätzt werden.

Hier geht es nun um Maßnahmen zur Sicherheit für Neuzugewanderte, die unmittelbar zum Aufgabenfeld der kommunalen Verwaltung gehören. In den Workshop-Beiträgen zu diesem Aspekt stehen folgende Themen im Mittelpunkt:

- Schutz der Neuzugewanderten vor Angriffen – Präventionsmaßnahmen
- Umgang mit Rassismus untereinander
- Sicherheit für Frauen

Schutz der Neuzugewanderten vor Angriffen – Präventionsmaßnahmen

Die Stellungnahmen zum Schutz der Neuzugewanderten vor Angriffen konzentrieren sich auf die Sammelunterkünfte und Übergangsheime, die schon wegen ihrer Größe und der großen Zahl von Bewohner/-innen im Stadtbild besonders auffallen.

Mehrere Beiträge betonen die Wirksamkeit von Prävention. Eine kommunale „Gefährdungsanalyse der Übergangsheime“ sowie „bauliche Schutzmaßnahmen“ für die Unterkünfte werden als geeignete vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen positiv hervorgehoben.

Sammelunterkünfte bzw. Übergangsheime werden von den Teilnehmer/-innen jedoch insgesamt deutlich kritisch gesehen. Die Frage, ob eine zeitweise Unterbringung in einer Sammelunterkunft für manche Geflüchteten vorteilhaft sein könnte, wurde während des Workshops nicht diskutiert. Mehrere Stellungnahmen kritisieren dagegen die zentrale Unterbringung. „Zu große Sammelunterkünfte“ werden mit Blick auf die Sicherheit als besonders problematisch bewertet; auch eine mögliche „Ghettobildung“ wird befürchtet. In mehreren Beiträgen fordern Teilnehmer/-innen ein „dezentrales Wohnkonzept“ und die Unterbringung der Geflüchteten „in separaten Wohnungen“. Ein Beitrag regt darüber hinaus dazu an, auch auf eine dezentrale „Wohnverteilung“ zu achten, also die privaten Wohnungen für Geflüchtete nicht etwa in einem bestimmten Stadtteil zu konzentrieren, sondern eine Verteilung im Stadtgebiet im Sinne eines „Mix von Kulturen“ anzustreben.

Die dezentrale Unterbringung in privaten Wohnungen wird von einigen Teilnehmer/-innen nicht nur als sicherer angesehen, sondern auch als förderlicher Faktor bei der Integration der Flüchtlinge. Die Unterbringung in einer separaten Wohnung erweise sich als „einfacher bei der Integration“. Allerdings sind Wohnungen in städtischen Ballungsgebieten immer seltener zu finden. In der Debatte zu den Beiträgen haben Teilnehmer/-innen berichtet, dass die Ausländerbehörde aus Kostengründen auf großen Sammelunterkünften bestehe (vgl. dazu die Workshopbeschreibung „Wohnen“).

Umgang mit Rassismus untereinander

Die Workshop-Beiträge zeigen einen weitgehenden Konsens darüber, dass es Konfliktpotential unter den Geflüchteten gibt und dass besondere Maßnahmen notwendig sind, um Konflikte in den Unterkünften zu vermeiden oder rasch zu befrieden.

Der Einsatz von geeignetem Personal wird in mehreren Beiträgen als wichtige Sicherheitsmaßnahme in den Mittelpunkt gestellt. Lobend hervorgehoben werden zum Beispiel ein neu eingerichteter kommunaler „Ordnungsdienst“ und der Einsatz der „Security“, die nun „in Problemunterkünften“ über Nacht und am Wochenende eingesetzt werde. Andere Teilnehmer/-innen sehen die Situation weniger positiv. Sie konstatieren einen Mangel an Personal in den Unterkünften ihrer Kommune und fordern zum Beispiel einen „Sicherheitsdienst“ oder die „personelle Präsenz von Hauptamtlichen in Sammelunterkünften“.

Mehrere Teilnehmer/-innen weisen andererseits darauf hin, dass ein Konfliktpotential unter den Bewohner/-in-



nen auch durch präventive bauliche Maßnahmen verringert werden könnte. Sie fordern dazu auf, für „einheitliche Zimmergrößen“ zu sorgen und die „Unterbringung der Flüchtlinge in Mehrbettzimmern (zu) reduzieren“. Diese Teilnehmer/-innen gehen offenbar davon aus, dass die Wohnsituation mit zu wenig Privatsphäre und der Eindruck, bei der Zimmerverteilung benachteiligt zu werden, mögliche Auslöser für Konflikte sind. Ein anderer Beitrag plädiert dafür, Streitende durch „schnellen Wechsel in andere Unterkunft“ zu trennen und damit Konflikte zu entschärfen. Diese Beiträge unterstützen indirekt die oben geschilderten Forderungen nach dezentralen, separaten Wohnungen.

Auch die Aufteilung der Geflüchteten nach „unsicheren“ und „sicheren“ Herkunftsländern produzieren nach Ansicht von Teilnehmer/-innen „soziale Differenzen“ und könnten daher Auslöser für Konflikte innerhalb der Unterkünfte sein. Andererseits wird in einem anderen Beitrag die „große Verbundenheit der Menschen aus dem gleichen Herkunftsland“ als positiver Faktor hervorgehoben.

Sicherheit für Frauen

In mehreren Beiträgen wird „Sicherheit für Frauen“ als Thema mit besonders dringendem Handlungsbedarf genannt. Nach ihrer Einschätzung sind besondere Maßnahmen notwendig, um die Sicherheit für geflüchtete Frauen zu gewährleisten. Die wiederholte Forderung lässt vermuten, dass spezifische Sicherheitsmaßnahmen für die Frauen unter den Geflüchteten in den Kommunen des Kreises eher selten sind. Zwei Beiträge heben Maßnahmen für geflüchtete Frauen in einer Kommune positiv hervor: die „Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus“ und „kurze Wege bei Gefährdung von Flüchtlingsfrauen“.

Präventionsmaßnahmen Rassismus entgegen wirken – Einbeziehung der Bevölkerung

Unter diesem Aspekt werden Workshop-Beiträge vorgestellt, die sich direkt oder indirekt auf Ängste und Befürchtungen der ansässigen Bevölkerung (z. B. von Anwohner/-innen großer Sammelunterkünfte) gegenüber Neuzugewanderten beziehen.

Im Folgenden werden die Themenbereiche:

- Ansprache und Information der ansässigen Bevölkerung;
- Integration und Begegnung zwischen Einheimischen und Neuzugewanderten;
- und die Bedeutung einer lokalen Infrastruktur

behandelt.

Ansprache und Information der ansässigen Bevölkerung

In mehreren Workshop-Beiträgen gehen Teilnehmer/-innen davon aus, dass Vorbehalte und Probleme durch ein besseres Informationsmanagement abgebaut werden können. Sie plädieren dafür, einen direkten Gesprächskontakt mit der ansässigen Bevölkerung zu pflegen und die Bürger/-innen frühzeitig über Planungen der Kommune zu informieren. Teilnehmer/-innen fordern zum Beispiel ein „Bürgerinfo vor Eröffnung einer neuen Einrichtung“ und Gespräche mit besorgten Bürger/-innen: „Konkretes Sprechen und Problemlagen klären.“ Die Forderung „Bürger*innen konkret ansprechen“ richtet sich ausdrücklich sowohl an die „Politik“ als auch an die „Verwaltung“.

Hier ist anzumerken, dass Informationsveranstaltungen für die Bürger/-innen in verschiedenen Städten des Kreises durchgeführt wurden. Beispielhaft sind hier Recklinghausen, Marl und Dorsten zu nennen.

Bemerkenswert ist die Konzentration der Stellungnahmen auf konkrete Problemlagen und eine ebenso konkrete Lösungsstrategie. Die Beiträge regen dazu an, bei Gesprächen mit Bürger/-innen nicht die Fragen der internationalen Flüchtlingspolitik in den Mittelpunkt zu stellen, sondern auf alltägliche Sorgen und Probleme des Zusammenlebens einzugehen und im Dialog nach praktischen Lösungen zu suchen.

Integration und Begegnung zwischen Einheimischen und Neuzugewanderten

Eine ganze Reihe von Workshop-Beiträgen beschäftigt sich mit Angeboten, die Begegnungen von Einheimischen und Neuzugewanderten ermöglichen. Eine Stellungnahme bringt mit dem Stichwort „Kennenlernen schafft Sicherheit“ die Sichtweise dieser Teilnehmer/-innen auf den Punkt.

Die Beiträge plädieren dafür, „mehr Gelegenheiten der direkten Begegnung zwischen Einheimischen und Flüchtlingen“ zu schaffen, und wollen damit zum „Abbau von Vorurteilen“ beitragen. Der persönliche, unmittelbare Kontakt zu Neuzugewanderten und gemeinsame Erfahrungen schaffen nach Ansicht der Teilnehmenden ein „anderes Bild“, so dass auch schwierige Situationen „durch persönliche Kontakte entschärft werden“ können.

Zu diesem Thema wurden im Rahmen des vom KI zusammen mit RE/init durchgeführten Projekts „Demokratie leben!“ Einzelprojekte in den Jahren 2015, 2016 und 2017 gefördert. Eine Auflistung dazu findet sich im Anhang S.66ff.

In einigen Stellungnahmen werden auch erfolgreiche Beispiele aus den Kommunen genannt und positiv hervorgehoben, unter anderem: „Begegnungscafes“, „Café International“ und „Sonntagstreff“, die Zusammenar-



beit der Kirchen mit den Bewohner/-innen einer Flüchtlingsunterkunft, ein „Nachbarschaftsfest“ und „viele Angebote zum interkulturellen Austausch“. Ein Beitrag regt dazu an, „Trainings“ zum Thema „Wie ticken Deutsche und umgekehrt“ anzubieten, um das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Zum Thema „Kennenlernen schafft Sicherheit“ sind auch jene Angebote zu rechnen, die eine Integration der Neuzugewanderten in schon vorhandene Strukturen ermöglichen und fördern. Die Teilnehmer/-innen des Workshops beurteilen solche Angebote besonders positiv. Mehrere Beiträge sehen den „Sport als Integrationsinstrument“ und heben eine gelungene „Integration in Sportvereinen“ und die Organisation von „Fußballturnieren“ als wünschenswerte Aktivitäten hervor. Aber auch „Deutschkurse“ in den Unterkünften, die Einrichtung einer „Fahrradwerkstatt“ und ein „gutes Beratungsangebot“ vor Ort werden in diesem Zusammenhang lobend erwähnt. In einer Stellungnahme wird allerdings „mehr Integration Geflüchteter in den Alltag der Gemeinden“ gefordert und auf einen weiterhin hohen Handlungsbedarf hingewiesen.

Dass die Integration von Neuzugewanderten in den Alltag der Kommune auch zur Sicherheit der Bevölkerung beiträgt, thematisiert ein Beitrag, der lobend feststellt, dass in der Flüchtlingsbetreuung ein „geregelter Alltag durch Schulbesuch“ erreicht worden sei. Durch den Zusatz „Prävention“ weist dieser Beitrag darauf hin, dass die soziale Teilhabe an wichtigen gesellschaftlichen Bereichen – vom Bildungssystem bis hin zum Freizeitsport – auch eine Schutzfunktion hat. Integrationsangebote sind aus diesem Blickwinkel keine netten, freundlichen Gesten, sondern notwendige vorbeugende Maßnahmen, die geflüchteten Menschen Orientierung geben und ein mögliches Abdriften in kriminelle Milieus verhindern können.

Von der Fülle positiver Beiträge zur gelungenen Begegnung zwischen Einheimischen und Neuzugewanderten hebt sich allerdings eine Stellungnahme ab, in der eine „Öffnung der Angebote für Alle“ gefordert wird. Im Beitrag werden deutliche Bedenken formuliert: Spezielle Angebote nur für Neuzugewanderte schürten „Hass und Neid“ und bedienen „rassistische Klischees“. Während des Workshops wurden solche Bedenken jedoch nicht ausführlich diskutiert. Konkrete Hinweise über Proteste einheimischer Bürger/-innen wegen einer Benachteiligung durch Integrationsangebote wurden im Workshop nicht aufgeführt.

Die Bedeutung einer lokalen Infrastruktur

Maßnahmen zum Aspekt „Sicherheit für die Bevölkerung“ – klärende Gespräche mit Bürger/-innen ebenso wie vielfältige Angebote zur Begegnung – setzen eine stabile lokale Infrastruktur und eine Koordination von Aktivitäten voraus. Im Workshop „Sicherheit und Rassismus“ war die lokale Infrastruktur eher ein Randge-

biet, das möglicherweise aus Zeitmangel weniger intensiv diskutiert wurde.

Eine Reihe von Workshop-Beiträgen beziehen sich aber auf Elemente dieser Infrastruktur und heben unter der Bewertung „Das läuft gut“ lokale Gremien und die Arbeit der Ehrenamtlichen hervor. Ein „intensiv tätiges Ehrenamt an der Basis“ und ehrenamtliche Netzwerke (zum Beispiel „AK Flüchtlingshilfe“) werden von den Teilnehmer/-innen durchgehend positiv wahrgenommen. Die ehrenamtlichen Unterstützer/-innen gelten auch mit Blick auf die Sicherheit in der Kommune als unverzichtbar.

Ebenfalls positiv bewertet werden „Runde Tische“ mit lokalen Akteuren, die in mehreren Kommunen bestehen. Einige Workshop-Beiträge deuten allerdings darauf hin, dass mit dem Begriff „Runder Tisch“ durchaus unterschiedliche Gremien mit unterschiedlichen Funktionen und Akteuren bezeichnet werden. Ein „Runder Tisch“ kann als Ort zur Vernetzung und zum „Austausch aller Akteure vor Ort“ dienen und auch Ehrenamtliche einbeziehen. Im Workshop wird der Begriff aber auch für regelmäßige dienstliche Besprechungen von Mitarbeiter/-innen einer Stadtverwaltung verwendet, die im Bereich Integration eingesetzt sind.

Rassismus und Sicherheit

Erfahrungen mit Rassismus im eigenen Umfeld

Sehr erfreulich sind die überwiegend positiven Erfahrungen der Teilnehmer/-innen des Workshops. In mehreren Stellungnahmen berichten sie von einer „allgemein guten Willkommenskultur“ und von Gesprächen mit Neuzugewanderten, die sich „nach persönlicher Aussage“ in ihrem Lebensumfeld sicher fühlen und „kaum rassistische Aktivitäten“ erlebt haben. In einem Beitrag heißt es: „Die von mir betreuten fühlen sich (...) sicher. Keine Hinweise auf Diskriminierung in Bereichen wie Wohnungssuche, Schulbesuch.“ In den Städten des Kreises Recklinghausen scheint es laut den Berichten einiger Teilnehmer/-innen so gut wie keine offen rassistischen Angriffe gegen Neuzugewanderte zu geben.

In anderen Beiträgen wird dieses positive Bild jedoch teilweise in Frage gestellt. In einer Stellungnahme wird berichtet: „Bei der Wohnungssuche von Neuzugewanderten begegnet ihnen unterschwelliger Rassismus.“ Weitere Stellungnahmen weisen auf „Alltagsrassismus“ hin, der in der ansässigen Bevölkerung verbreitet sei, und fragen, welches Ausmaß diese verdeckte Form des Rassismus habe.

Die Workshop-Beiträge deuten darauf hin, dass rassistische Gruppierungen in den Städten des Kreises Recklinghausen eher selten lautstark in Erscheinung treten. Einige Teilnehmer/-innen beobachten jedoch einen unauffälligen Rassismus, der sich in der Regel nicht durch aggressive Beschimpfungen und Beleidigungen

ausdrückt, sondern durch wortlose Ablehnung, durch heimliche Ausgrenzung und Abweisung und durch versteckte Diskriminierungen, die meist schwer zu beweisen sind.

Mehrere Beiträge heben hervor, dass rassistische Vorstellungen nicht nur in der ansässigen Bevölkerung verbreitet seien. In den Unterkünften sei vielmehr „Rassismus unter den Flüchtlingen“ zu beobachten. In ihren Stellungnahmen wenden sich einige Teilnehmer/-innen daher generell gegen Ideologien wie „Rassismus / Nationalismus“, und zwar „von beiden Seiten“.

Strategien und Maßnahmen gegen Rassismus

Zum Themenfeld „Rassismus“ gibt es auffallend viele Workshop-Beiträge, die als Frage formuliert werden und dadurch andere Teilnehmer/-innen auffordern, ihre Sichtweisen und Vorschläge mitzuteilen. In einem Beitrag wird zum Beispiel gefragt: „Wie kommt man an die Menschen, die Angst haben und schüren?“, in einem anderen: „Wie können Ängste von beiden Seiten abgebaut werden?“

Andere Stellungnahmen fragen nach „Gegenstrategien zum Alltagsrassismus?“ und nach speziellen Maßnahmen gegen „Rassismus in den sozialen Netzwerken“. Im Workshop wurde deutlich, dass beim Themenfeld „Rassismus“ ein besonders hoher Diskussions- und Klärungsbedarf besteht. Die im Workshop zur Verfügung stehende Zeit reichte offensichtlich nicht aus, um alle Fragen zu diskutieren. Die Teilnehmer/-innen haben in ihren Beiträgen jedoch mehrere Strategien gegen Rassismus formuliert und zum Teil auch konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.

Eine Strategie betont die Aufklärung durch sachliche, korrekte Informationen.

Diese Strategie wird von recht vielen Teilnehmer/-innen in Beiträgen vertreten und als wirksam eingeschätzt. Die Stellungnahmen gehen davon aus, dass fehlende Informationen oder Falschmeldungen über Neuzugewanderte (z. B. Fake News im Internet) rassistische Haltungen in der Bevölkerung zumindest fördern und verstärken, wenn nicht sogar erzeugen.

In mehreren Beiträgen wird daher gefordert, die öffentlichen Debatten zu „versachlichen“ und rassistischen Äußerungen durch „mehr Aufklärung / Transparenz“ und durch die Vermittlung korrekter Informationen und Daten entgegen zu treten. Diese Strategie wird im folgenden Beitrag anschaulich vermittelt: „Die Polizeistatistik (Geflüchtete verüben nicht mehr Straftaten als Mehrheitsbevölkerung) deutlich herausstellen. Zahlen überzeugen mehr als ein >diffuses Gefühl<.“ Auch die Stellungnahme „Keine Generalisierung von Negativfällen“ fordert mit Bezug auf den Attentäter Anis Amri dazu auf, einseitige und pauschale Ansichten durch Informationen zu korrigieren.

Andere Beiträge weisen darauf hin, dass Rassismus nicht nur durch Falschmeldungen oder Pauschalisierungen gefördert werde, sondern auch durch einen Mangel an konkreten, nachvollziehbaren Informationen über die Situation der Neuzugewanderten. Diese Stellungnahmen fordern zum Beispiel „Mehr Aufklärung der Bevölkerung, welche Gründe es für die Flucht gibt“ oder schlagen vor, das Verständnis für Zugewanderte zu fördern durch „Infos über andere Kulturen, Kriege, Folterungen, Lieder, Essen“. Teilnehmer/-innen berichteten beim Workshop auch von lokalen Veranstaltungen für Bürger/-innen in einer Kommune, die dazu dienten, Informationen über Neuzugewanderte zu vermitteln und rassistischen Äußerungen entgegen zu treten.

Eine zweite im Workshop angesprochene Strategie gegen Rassismus betont die Notwendigkeit der Prävention.

Mehrere Beiträge plädieren dafür, Maßnahmen zur Vorbeugung stärker zu fördern und entsprechende Trainings bereits in den Schulen durchzuführen. Teilnehmer/-innen fordern zum Beispiel allgemein „mehr Angebote zum Thema Prävention“ oder mit besonderer Zielsetzung „Projekte gegen Rassismus in Schulen“ und eine „Sensibilisierung in Schulen“, die „z. B. durch Polizeibeamte“ vermittelt werden könnte. Ein Beitrag möchte „Mehr Coolness- / Anti-Aggressions-trainer“ in den Schulen einsetzen und stellt damit eine Verbindung her zwischen rassistischen Haltungen und einem generell aggressiven Verhalten von Schüler/-innen, das nicht oder noch nicht rassistisch motiviert ist. Zu diesem Zusammenhang gehört auch ein Beitrag, der die „hohe Sensibilität der Fachkräfte in den Schulen“ positiv hervorhebt und damit verdeutlicht, dass zumindest eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung von präventiven Projekten in Schulen bereits erfüllt ist.


Die Strategie der Mobilisierung vieler Menschen, die durch Kampagnen und Demonstrationen die Ablehnung des Rassismus öffentlich sichtbar machen will, wird im Workshop zwar positiv bewertet, aber nur in wenigen Beiträgen konkretisiert. Genannt werden die Aktionen gegen rechte Gruppierungen, die unter dem Slogan „Flagge zeigen“ auch im Kreis Recklinghausen stattfanden, sowie die Demonstration „Aufstehen gegen rechts“.

Eine weitere Strategie stellt Fortbildungen für Fachkräfte und Vernetzung in den Mittelpunkt.

Ein Beitrag fordert zum Beispiel spezielle „Fachkräfte-schulungen“, in denen vermittelt wird, „wie man unterschiedlichem Rassismus begegnet“, und hat vor allem den „Alltagsrassismus“ im Blick. Ein anderer Beitrag schlägt vor, den Mitarbeiter/-innen Informationen zur Verfügung zu stellen „zum Thema Rechtsextremismus / Rassismus (Grenze)“. Um welche „Grenze“ es konkret geht, wird im Beitrag nicht ausdrücklich formuliert. Man darf aber vermuten, dass sich der Beitrag auf Probleme bei der Einordnung und Bewertung fremdenfeindlicher

Äußerungen bezieht: Welche negativen, ablehnenden Äußerungen über Neuzugewanderte sind als freie Meinungsäußerung zu tolerieren und wann ist die „Grenze“ zum nicht tolerierbaren Rassismus überschritten?

Weitere Workshop-Beiträge regen dazu an, die Zusammenarbeit zwischen Fachkräften zu verbessern, zum Beispiel durch „Infos über bestehende Projekte gegen Rassismus“. In einer anderen Stellungnahme wird „eine kreisweite Vernetzung zum Thema Rassismus“ vorgeschlagen, „wo Informationen ausgetauscht werden können.“

 Der Kreis erarbeitet ein kreisweites Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus über das Landesprogramm NRWeltoffen

Im Rahmen von Demokratie leben! wurden und werden kreisweit Projekte angestoßen und umgesetzt, die die Werte unserer Demokratie vermitteln. In 2015 und 2016 gab es viele Projekte mit Neuzugewanderten. (Weiter Infos zu den Programmen siehe Infos S.57 sowie zu den durchgeführten Projekten im Anhang zu dieser Workshopbeschreibung)

Sicherheit für Hauptamtliche und Ehrenamtliche

Stellungnahmen zur „Sicherheit der Mitarbeiter/-innen“ und zu „Schulungen der Mitarbeiter/-innen (Sicherheit)“ wurden von Teilnehmenden mit der Wertung „Das läuft gut“ versehen. Die Beiträge vermitteln daher ein überwiegend positives Bild. Schulungen zur „Deeskalation“ von Konfliktsituationen und zur Verbesserung der persönlichen Sicherheit im Dienst werden in den Beiträgen als gute, wirksame Maßnahmen hervorgeho-

ben. Weitere Beiträge vermitteln den Wunsch, mehr „Sicherheitskurse für Behördenmitarbeiter“ und „interne Schulungen zum Thema“ durchzuführen.

Angesichts früherer Angriffe scheinen die Workshop-Beiträge eine Verbesserung der Sicherheitslage anzudeuten. Möglicherweise haben Maßnahmen der Behörden zum Schutz ihrer Mitarbeiter/-innen erste Erfolge erreicht. Entsprechende Schulungen werden als hilfreich wahrgenommen und weiterhin gewünscht.

Das KI hat bereits verschiedene Schulungen und Schulungsreihen zu unterschiedlichen Aspekten der interkulturellen Öffnung und angrenzende Themenbereiche für Personen in der Flüchtlingsarbeit sowohl für Haupt- als auch für Ehrenamtliche durchgeführt.

Dazu gehören:


- Schulungen im Rahmen des XENOS-Projektes „Option Kultur“ von 2012 – 2014: Interkulturelle Schulungen der Beschäftigten der Kreisverwaltung und der Verwaltungen in den Städten auf die jeweilige Aufgabenstellung zugeschnitten.
- Organisation von Schulungen der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.) zur Grundlagen interkultureller Kompetenz und weiterer Bausteine für die Verwaltungen im Kreis.
- Schulungsreihen im Rahmen von KOMM-AN NRW: 3 Schulungsreihen für ehrenamtliche Helfer/-innen sowie eine Schulungsreihe für Multiplikator/-innen in der Flüchtlingsarbeit zu unterschiedlichen Themen z.B. Rechtsextremismus und Diskriminierung, interkulturelle Schulungen, Umgang mit Traumata, Integration ins Bildungssystem etc.



Good Practice

Sicherheit und Rassismus

- Interreligiöser Dialog CIAG (Kreis RE)
- Christlich-islamische Arbeitsgemeinschaft (Kreis RE)
- Zusammenarbeit katholische Kirchen, evangelische Kirchen und Flüchtlingsunterkunft (Kreis RE)
- Nachbarschaftsfest am Kreiswehersatzamt (Kreis RE)
- Projekt MOBIM und NinA NRW (Kreis RE)
- Interne Schulung zum Thema Vernetzung der Akteure vor Ort (Kreis RE)
- Begegnungscafe für Geflüchtete und Anwohner (Kreis RE)
- Chor Kumpane (Kreis RE)
- „kurze“ Wege bei Gefährdung von Flüchtlingsfrauen (Castrop-Rauxel)
- Aktive Kirchen mit vielen Veranstaltungen zu vielen Themen (Oer-Erkenschwick)
- Dezentrales Wohnkonzept (Waltrop)
- Bürgerinfo vor Eröffnung einer neuen Einrichtung (Waltrop)

- 
- Runder Tisch: Kripo, Polizei, Stadt und Ordnungsamt (Waltrop)
 - Bündnis für Demokratie (Herten und Kreis RE)
 - Runder Tisch gegen Rassismus und für Demokratie (Herten)
 - Bündnis Courage (Gladbeck)
 - NRWeltoffen (Kreis RE)
 - Demokratie leben! (Kreis RE)

Ansprechpartner Projekte

- Bündnis für Demokratie (Herten)
 - Kriemhild Schmülling
 - 02366-939560
 - atelier@caritas-herten.de
- CIAG Recklinghausen
 - Dr. Jürgen Schwark
 - 02361-45421
 - ciag-re@gmx.de
- NinA NRW
 - Re/init e.V.
 - 0176-93119765
 - Nina.nrw@reinit.de
- NRWeltoffen
 - Re/init eV.
 - Michael Moser: michael.moser@reinit.de
 - Kreis Recklinghausen
 - Sabine Fischer: s.fischer@kreis-re.de
- Demokratie leben!
 - Re/init eV.
 - Ruven Hein: ruven.hein@reinit.de
 - Kreis Recklinghausen
 - Sabine Fischer: s.fischer@kreis-re.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Projekte des Aktiv- und Initiativfonds 2015 - 2017



2017

Demokratie – Wie geht das? (Recklinghausen)

Was heißt demokratisches Miteinander? Wie funktioniert die Demokratie in Deutschland? In Gesprächsrunden mit geflüchteten Frauen- und Männern geht der Caritasverband für Recklinghausen e.V. diesen Fragen auf den Grund. Jeweils in Frauen- und Männergruppen werden Themen rund um das gesellschaftliche Zusammenleben besprochen und bilden so eine wichtige Ergänzung zu den besuchten Sprachkursen.

Seestadt Demokraten (Haltern)

Der Seemöven e.V. aus Haltern am See stellte sich die Frage, wie die Zeit nach der Flucht aussehen und man die Integration durch eigene Aktivitäten fördern könnte. Aufbauend auf ein eigenes geschriebenes Kinderbuch („Bashar Müller – Das vertraute Leben“) werden verschiedene kulturelle Veranstaltungen geplant, die von alteingesessenen Halterner*innen bis hin zu neuangekommenen Geflüchteten alle miteinbeziehen. Es wird gesungen und diskutiert, gelesen und gebacken, und im Sinne des demokratischen Gedankens ein intensiver Austausch gepflegt.

Gegen das Vergessen – für die Zukunft (Recklinghausen)

Im Kinder- und Jugendtreff Hillerheide des Caritasverbands für Recklinghausen e.V. widmet man sich in diesem Jahr der Geschichte. Welche Orte der Verfolgung und des Nationalsozialismus gibt es in Recklinghausen? Und wie kann man diesen heutzutage begegnen und gleichzeitig ein Zeichen gegen Ausgrenzung und für Toleranz setzen? Mit Hilfe verschiedener klassischer, moderner oder selbstverfasster Texte bereiten Jugendliche die Geschichtsorte auf und fördern so die kritische Auseinandersetzung mit den Schrecken des Nationalsozialismus.

Demokratische Partizipation aktiv leben und mitgestalten (Marl)

Die Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Münsterland-Recklinghausen macht die Demokratie erfahrbar. In drei Schritten setzen sich die IFK-Schüler*innen der Hauptschule Marl mit demokratischer Partizipation auseinander. Bevor die Schüler*innen in Rollenspielen und örtlichen Initiativen die politische Praxis kennenlernen, erarbeiten sie das parlamentarische und außerparlamentarische System in Deutschland und vergleichen dies mit ihren Herkunftsländern. In einem weiteren Schritt werden die Schüler*innen zum eigenen politischen Engagement ermutigt.

Demokratierallye (Recklinghausen)

Welche demokratischen Strukturen gibt es und welche Möglichkeiten der Partizipation? Der Sozialdienst katholischer Frauen in Recklinghausen versucht diese Fragen in den Unterkünften der Geflüchteten zu tragen. In den von Ehrenamtler*innen betriebenen Deutschkursen soll das Thema Demokratie verstärkt aufgegriffen werden. Zusätzlich sind Ausflüge zu Kommunalpolitiker*innen, in den Düsseldorfer Landtag und in das Deutsche Museum in Köln geplant.

Demokratie von klein auf (Recklinghausen)

Zweimal eine Woche lang standen auf der Bauspielfarm in Recklinghausen die Kleinen im Fokus der Demokratieförderung. Kindergartenkindern wurden spielerisch Kinderrechte nahegebracht und

deren Wünsche und Ideen in den Tagesablauf mit eingebunden. Auf dem Abenteuerspielplatz wurden die Kinder im Alter von 5-6 Jahren ermutigt selbstständig Entscheidungen zu treffen und so in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt. Auf diese Art wird schon im Kindesalter die Teilhabe gefördert und demokratische Partizipation erfahrbar gemacht.

We are here – Hip-Hop Konzert mit Jugendlichen (Marl)

Was im vergangenen Jahr begonnen hat, wurde in 2017 weitergeführt. Dave's Rap Workshop beschäftigt sich weiter mit der Demokratie und organisiert zusammen mit Jugendlichen ein Konzert aus, wo die im vergangenen Jahr erarbeiteten Lieder einem Publikum präsentiert werden. Zusätzlich werden die Rapsongs gesammelt auf einer CD veröffentlicht.

2016

Dave's Rap Workshop (Marl)

Das Musikprojekt des Schulsozialarbeiters Dave Cybis ermöglichte Jugendlichen aus dem Jugendzentrum Intercent aus Marl, sich auf kreative Art und Weise mit den Themen Demokratie, Rassismus und Multikulturelles Zusammenleben auseinanderzusetzen. Im Rahmen mehrerer Workshops fand ein reger Austausch über diese Themen statt, der die Jugendlichen zu eigenen Songtexten inspirierte. Im nächsten Schritt wurden diese mit passenden Beats unterlegt und als Hip-Hop Songs aufbereitet.

Menschenrechte Chor Projekt (Recklinghausen)

Das Projekt ist ein Kooperationsprojekt der Agentur für Musik & andere Ereignisse, der Ruhfest-spiele Recklinghausen und Amnesty International. Der Chor, der zur Hälfte aus geflüchteten Menschen besteht, vertont die Artikel der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Es fand ein Konzert geplant statt, bei dem der Chor auftrat und Amnesty International Informationen zur Situation der Menschenrechte gab. Das Projekt trat u.a. noch für die Ruhrfestspiele auf und begeisterte mit ihrem Repertoire das Publikum.



Kochstudio „d-town“ (Castrop-Rauxel)

Das Jugendzentrum „d-town“ bot ein neues Freizeitangebot vorrangig für Kinder verschiedener Nationalitäten im Stadtteil Deininghausen an. Das Freizeitangebot bestand aus einem Koch- und Backstudio, in welchem sich die Kinder unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus einmal wöchentlich treffen konnten, um gemeinsam zu kochen und zu backen. Außerdem war das „Kochstudio d-town“ Begegnungsort für Bürger*innen des Stadtteils. Das Projekt dokumentierte zudem die Ergebnisse in einem Kochbuch.

„Meine Stadt, meine Welt“ (Castrop-Rauxel)

In dem Projekt wird der Handlungsspielraum Geflüchteter durch eine angeleitete Erkundung des Sozialraums entscheidend erweitert. Die Teilnehmenden sammeln wissenswerte Informationen zur

Geschichte, Kultur und den gesellschaftlichen Verhältnissen der Stadt. Später stellen sie ihre Ergebnisse in einer Präsentation im Kulturzentrum AGORA in Castrop-Rauxel vor.

Herwig-Blankertz-Berufskolleg jugendlichen Flüchtlingen demokratische Strukturen zeigen am Beispiel KiJuPa (Recklinghausen)

Der Förderverein des Herwig-Blankertz-Berufskolleg (HB-BK) verfolgt gleich drei wichtige Ziele mit seinem Projekt, um die meist minderjährigen männlichen Flüchtlinge aus den unterschiedlichen Kriegs- und Krisengebieten der internationalen Förderklassen auf unterschiedlichen Ebenen anzusprechen. Zum einen soll den geflüchteten jungen Menschen das Kinder- und Jugendparlament vorgestellt werden um zu zeigen welche Möglichkeiten Jugendliche in Deutschland haben, um sich politisch zu beteiligen. Weitere Ziele des Projekts betreffen die Berufsvorbereitung. Anhand von praktischen Erfahrungen in der Jugendwerkstatt Quellberg sowie das Angebot der Freizeitgestaltung in der Altstadt Schmiede, können Jugendliche mit anderen Jugendlichen über Aktivitäten in Kontakt treten.

W.I.R. (Willkommen im Ruhrgebiet) 2016 (Castrop-Rauxel)

W.I.R. ermutigt Menschen mit Fluchterfahrung und andere Hilfebedürftigen aus der Stadt Castrop-Rauxel und Umgebung zur Eigeninitiative und hilft außerdem kulturelle Unterschiede zu überbrücken, indem Aktionen und Veranstaltungen gemeinsam geplant, vorbereitet und durchgeführt werden. Das Kolping-Bildungszentrum kooperiert in dem Projekt mit zahlreichen Akteuren aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft.

Haltern am See – die Seestadt (er)lebt die Demokratie (Haltern am See)

Das vom Seniorenbeirat der Stadt Haltern am See ins Leben gerufene Projekt zielt auf eine umfassende Dokumentation des demokratischen Engagements in Haltern und leistet somit einen Beitrag zur Stadtgeschichte. Die Informationen werden später in Form eines Buchs zusammengestellt und an die örtlichen Schulen verteilt. Die lokale Halterner Zeitung wird das Projekt begleiten und eine eigene Projektwebsite ist in Planung.

Sozialtraining für „geflüchtete Schüler*innen (Marl)

Das Projekt bezweckt jungen geflüchteten Menschen eine Norm- und Wertvorstellung anhand eines Sozialtrainings nahe zu bringen. So wird zum Beispiel das respektvolle Miteinander gegenüber Jugendlichen der gleichen Altersgruppe als auch gegenüber Erwachsenen vermittelt und trainiert. Das Training erfolgt bilingual, in diesem Fall auf Arabisch und Deutsch. Die traumatisierten jungen Menschen haben auch die Möglichkeit innerhalb des Projekts über ihre Ängste, Sorgen, Probleme und weitere Anliegen individuell zu sprechen. Diesbezüglich wird das Projekt durch die psychologische Beratungsstelle Marl mitbetreut.

Beetkultur 2016 (Recklinghausen)

Im Gemeinschaftsgarten „VestGarten Recklinghausen“ können Stadtteilbewohner (insbesondere neuangekommene) mit Bewohnern aus Flüchtlingsunterkünften Anbaumöglichkeiten ihren vertrauten essbaren Pflanzen erproben, Pflanzen aus der neuen Umgebung kennenlernen und sich über Erfahrungen austauschen. Das Projekt lädt die Akteure ein teilzunehmen und wirbt damit gleich in mehreren Sprachen.

Cross Over (Recklinghausen)

Über Tanz können junge Geflüchtete aus den Unterkünften der Herner Str. über 3 mit anderen deutschen Jugendlichen aus dem Umfeld der Tanzschule „Widance“ Monate in Kontakt treten. Ziel des Projekts ist es den jungen Menschen eine Plattform zu bieten, in der Sprache und Werte kreativ erlernt werden. Zudem können die Jugendlichen ihre eigene Musikkultur mit Hip Hop Musik verbinden. Auftritte und Wochenendworkshops sind mit eingeplant.

Spiele aus aller Welt – ein Spielefest für Groß und Klein (Recklinghausen)

In dem Projekt entwickeln deutsche und Flüchtlingsfamilien gemeinsam Ideen für ein Spielefest, welches im Dezember stattfindet. In der Vorbereitungszeit können sich die Kinder und Eltern über die verschiedenen Spiele und Spielideen der anderen Kulturen austauschen und im Spielen selbst begegnen. Ziel des Projekts ist es, Flüchtlingsfamilien als aktiven Teil in unsere Lebensgemeinschaft einzubinden, Hemmnisse abzubauen und sich besser Kennenzulernen.

2015

Hallo. Selam. Shalom (Datteln)

Hallo. Selam. Shalom ist ein Projekt in dem geflüchtete Jugendliche gemeinsam mit ihren Familien, Feste aus verschiedenen Religionen und Kulturen kennenlernen konnten. Gemeinsam tauschten sich die Teilnehmenden über die Bedeutung von Weihnachten, Chanukka, Mevlid und Nikolaus aus und feierten diese gemeinsam.

Hallo, wir zeigen dir wo du wohnst. (Recklinghausen)

Das Projekt Heimspiel – Willkommen in unserer Stadt und Region richtete sich vor allem an Kinder- und Jugendliche mit und ohne Flucht- und Migrationshintergrund im Stadtteil Hillerheide. Im Projekt ging es hauptsächlich darum, Begegnung herzustellen, Sprache und Wissen zu vermitteln und den Teilnehmenden über geschichtliches Hintergrundwissen die Region näherzubringen. Kinder, die schon länger in der Region wohnen oder aufgewachsen sind, konnten außerdem ihr Wissen einbringen. So konnten Kinder von Kindern lernen.

Meet, read and eat (Castrop-Rauxel)

Meet, read and eat ist ein Projekt das Begegnung zwischen Geflüchteten, Einheimischen, Griechen und anderen Zugewanderten herstellte. Im Kulturzentrum AGORA in Castrop-Rauxel kochten die Teilnehmenden gemeinsam und tauschten sich in ungezwungener Atmosphäre über diverse Themen aus. Neben der Erstellung eines interkulturellen Kochbuchs standen die Verbesserung der deutschen Sprache und die Erkundung des Sozialraums im Fokus.

Internationales Workcamp auf der Bauspielfarm (Recklinghausen)

Die Bauspielfarm ist eine pädagogische betreute offene Freizeiteinrichtung des Verein für Jugendheime e.V., in welcher vorwiegend Elemente aus der Abenteuer- und der Erlebnispädagogik zutra-gen kommen. In dem Projekt kamen 12 jugendliche Teilnehmende aus unterschiedlichen Ländern, wie z.B. aus den USA und Russland, zusammen mit 10 jungen Geflüchteten um gemeinsam an einem gemeinnützigen Projekt zu arbeiten. Darüber hinaus konnten sich die Jugendlichen zu verschiedenen Themen aus ihrer jeweiligen Kultur austauschen. Neben dem Effekt, dass den Jugend-

lichen eine Tagesstruktur geschaffen wurde und sie ihre Sprachkompetenzen verbesserten, stand die Begegnung im Vordergrund.

Gemeinsame Erlebnisse verbinden (Recklinghausen)

Die Projektidee bestand darin, Barrieren aufgrund von Unsicherheiten und teils negativen Vorurteilen gegenüber Geflüchteten im Stadtteil Suderwich abzubauen. Anwohner*innen des Ortsteils wurden eingeladen, um gemeinsam mit Geflüchteten Flüchtlingen in dem Hochseilgarten der Bau-spielfarm angeleitet zu klettern. Die einzelnen Abschnitte des Gartens boten ein Training in Kom-munikation, Konfliktlösung und in Vertrauen. Am Ende der Kletteraktion gab es ein Grillfest zu dem man sich untereinander weiterhin austauschen konnte.

Gemeinschaftsfest in der städtischen Flüchtlingseinrichtung in der Crawleystraße in Dorsten (Dorsten)

In dem Projekt planten Ehrenamtliche und Geflüchtete gemeinsam ein Herbstfest, bereiteten es gemeinsam vor und führten es gemeinsam durch. Die Teilnehmenden und die Gäste aus der Nach-barschaft konnten sich sowie die unterschiedlichen Gebräuche, Speisen und Spiele der jeweils an-deren Kultur während des Festes kennenlernen. Im Vorfeld bastelten die Kinder Laternen und übten Laternenlieder ein, welche sie dann beim Fest vortrugen.

Erstellung einer "Roll-Up Ausstellung" Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit mit und für ehrenamtli-che Helfer in der Flüchtlingsarbeit (Marl)

Im Rahmen der offenen Treffs des EV. Kirchenkreis Recklinghausen finden regelmäßig Begegnun-gen zwischen Geflüchteten und Bürger*innen statt. Auf Basis dieser Begegnungen entstand eine „Roll-Up“ Ausstellung die Informationen und Bilder zu den Herkunftsländern der geflüchteten Menschen abbildet. Neben den kurzen „Fluchtgeschichten“ oder der „Eindrücke“ in Wort und Bild, stellte die Ausstellung außerdem das Thema „Ehrenamt“ und seine Möglichkeiten und Grenzen in der Flüchtlingshilfe in den Fokus. Die Ausstellung entstand gemeinschaftlich mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen.

W.I.R. (Willkommen im Ruhrgebiet) (Castrop-Rauxel)

Dieses Projekt organisierte Veranstaltungen und Workshops, um Geflüchteten die neuen Lebens-umstände und die fremde Umgebung näherzubringen. Dort wurde das gegenseitige Kennenlernen erleichtert und vorhandene Vorurteile abgebaut, sodass eine stärkere Ausprägung einer Willkom-mensstruktur stattfand. Unterstützung erhielten die Geflüchteten bereits bei der Ankunft von Eh-renamtlichen, die sicherstellten, dass alle notwendigen Behörden kontaktiert und involviert wurden. Zudem stand eine Pädagogin zur grundsätzlichen Orientierung und zur Vermittlung in An-gebote zur gesellschaftlichen Teilhabe beratend zur Seite. Für die Arbeit im Projekt wurde ein be-stehendes Netzwerk genutzt.

Together – Zusammen – Birlikte – Ensemble – Ein Familientreffen (Recklinghausen)

Im Vordergrund dieses Projektes stand das Zusammenbringen von geflüchteten Familien aus Asyl-bewerberheimen und einheimischen Familien. Hierzu wurden 12 Familienpaare gebildet. Diese Paare bewegten sich in Begleitung von Mitarbeitenden des Kulturmausteams und des Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) im Lebensraum der jeweils anderen Familie. Auf diese Weise wurden in-dividuelle Erfahrungen jenseits gängiger Stereotypen, zum Beispiel im Rahmen einer gemeinsa-men Koch- oder Bastelaktion, gesammelt. Zum vertieften Kennenlernen des lokalen Lebensrau-mes der

Geflüchteten wurde darauf folgend eine gemeinsame Stadttour mit Rahmenprogramm durchgeführt. Zum Abschluss des Projektes fand Seite an Seite ein Fest mit allen Beteiligten statt.

Interkultureller Begegnungs- Cafétreffpunkt (InBeCa) (Marl)

Die Ziele von InBeCa lagen darin, neu ankommende Geflüchtete bei der Integration zu unterstützen, ihnen Orientierungshilfen z. B. bei Behördengängen und Stadterkundungen zu bieten sowie durch Begegnungen einen kulturellen Austausch zu ermöglichen. Praktisch wurde dies durch mehrsprachige Flyer, Gesprächsrunden, niederschwellige Deutschkurse, Kinderbetreuung, Hilfe bei der Anerkennung von Abschlüssen sowie durch die Begleitung bei Arztbesuchen umgesetzt.

STARK werden- Willkommen in unserer Demokratie erleben (Recklinghausen)

Das für Geflüchtete ins Leben gerufene Projekt STARK werden zielte auf die Entwicklung der Persönlichkeit und die soziale Interaktion. Hierfür wurden den Teilnehmenden 2-mal wöchentlich Kurse zur Förderung von Motorik und Kreativität angeboten. Konkret wurde die Ausdrucksfähigkeit der Teilnehmenden musisch und künstlerisch gefördert. Ein weiterer wichtiger Teil des Projekts war es, die Teilnehmenden zur schulischen und beruflichen Orientierung zu ermutigen. Am Ende des Projekts stand die Präsentation ihrer Erlebnisse in Form einer Bildergalerie, die eine Verarbeitung der Lernprozesse ermöglichte.



24 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Städten Datteln, Dorsten, Haltern am See, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick und Waltrop haben sich als Vertreter von Kommunen, von Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, der Kreisverwaltung und des Ehrenamtes an den interessanten Diskussionen rund um das Thema Familie, Frauen, Kinder und Jugendliche beteiligt.

7. Workshop zum Thema „Familie, Frauen, Kinder und Jugendliche“ am 03.02.2017 im Kreishaus

Allgemeine Informationen

Der Workshop mit dem Thema „Familie, Frauen, Kinder und Jugendliche“, der am 03.02.2017 in Recklinghausen stattfand, war der einzige Workshop, bei dem nicht ein Thema, sondern Zielgruppen im Fokus standen.

Viele Themen, die im Workshop genannt wurden, kommen in anderen Workshops ebenfalls vor. Manche Aussagen sind zielgruppenunabhängig und sehr allgemein gehalten. Dennoch bringen diese Zielgruppen spezifische Voraussetzungen mit, denen in den verschiedenen Bereichen Rechnung getragen werden muss.

Frauen

Das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hat in einer Kurzanalyse Daten aus drei Studien zusammengefasst, die sich mit den Aspekten Spracherwerb, mitgebrachten schulischen und beruflichen Qualifikationen sowie Arbeitsmarktzugang bei geflüchteten Frauen beschäftigen. Generell kann festgehalten werden, dass Frauen bei der Integration in die Gesellschaft vor besonderen Herausforderungen stehen, da sie häufig eine geringere schulische und berufliche Bildung mitbringen, was wahrscheinlich auf den erschwerten Zugang zu Bildungseinrichtungen in den Herkunftsländern zurück zu führen ist.¹

Frauen haben eine wichtige Rolle in der Familie und kümmern sich meist um ihre Kinder, wodurch ihnen nur die Teilnahme an Angeboten möglich ist, bei der sie ihre Kinder mitbringen können bzw. für eine Kinderbetreuung gesorgt ist.

Kinder und Jugendliche

Als weitere wichtige Zielgruppe wurden Kinder und Jugendliche benannt, da sie vor allem, wenn sie als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland ankommen, besondere Herausforderungen mitbringen.

Bis zu ihrem 18. Lebensjahr stehen sie in der Obhut des Jugendamtes. „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge brauchen eine gute Unterbringung, einen kindgerechten Alltag und eine schnelle Integration in Schule und Ausbildung.“ (Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland)²

Die Integration von Kindern und Jugendlichen ins Regelsystem wurde in den Workshops „Bildung / Sprachbildung für die Altersgruppe 0-14“ und „Bildung / Sprachbildung für die Altersgruppe ab 15“ gesondert diskutiert.

Familie

Bei der Zielgruppe Familie spielt sicherlich der Familiennachzug eine wichtige Rolle. Bei syrischen Flüchtlingen ist das Recht auf Familiennachzug grundsätzlich nur für Mitglieder der Kernfamilie vorgesehen, also für Ehepartner und gemeinsame minderjährige Kinder sowie eigene minderjährige Kinder, für die der in Deutschland lebende Elternteil das (in der Regel: alleinige) Sorgerecht ausübt. Syrische Flüchtlinge in Deutschland können, sobald sie vom BAMF als Asylberechtigte oder Flüchtlinge anerkannt sind, den Familiennachzug beantragen.³

Ergebnisse aus dem Workshop

Angebote und Projekte

Die vorhandenen Angebote und Projekte wurden überwiegend gelobt, wobei es auch viele Ideen gab, was noch fehlt und aufgegriffen werden sollte.

Generell wurde die große Angebotsbreite (viele zielgruppenspezifischen Angebote), tolle Einzelprojekte sowie der hohe Standard bei den Angeboten (der Ehrenamtler) gelobt. Als gute Beispiele hierfür wurde das Angebot „Lernzeit“ in Familienzentren und Grundschulen, Flüchtlingscafés sowie Ankommenstreffpunkte genannt.

² <https://info.diakonie.de/alle-themen/flucht-und-migration/unbegleitete-minderjaehrige-fluechtlinge/> (abgerufen am 07.06.2017).

³ http://www.konsularinfo.diplo.de/contentblob/4837680/Daten/7360106/FAQ_deutsch.pdf (abgerufen am 07.11.2017)

¹ Siehe zur Kurzanalyse „Geflüchtete Frauen in Deutschland“ die Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2017/20170412-am-kurzanalyse-gefluechtete-frauen.html> (abgerufen am 07.11.2017)



Um die vorhandenen Angebote transparenter zu machen, wurden eine kreisweite Angebotsliste / Datenbank, eine stadtweite App (Angebote, Ehrenamt, Infos, Projekte) sowie ein Eventstadtplan mit QR vorgeschlagen. Als weitere Idee wurde die stärkere Einbindung sozialer Medien vorgeschlagen.

Als Ideen für weitere gute Angebote wurden beispielsweise Musikprojekte, Fahrradfahrkurse, offene Jugendtreffs für junge Asylbewerber und generelle Angebote zur vermehrten Begegnung zwischen Jugendlichen genannt.

Zur Unterstützung des Spracherwerbs wurden Ideen geäußert wie „Singend Deutsch lernen“, Märchenerzählung aus unterschiedlichen Kulturen sowie CD und Heft mit Kinderliedern.

Wie auch schon in anderen Workshops thematisiert, wurde auch hier die Einbeziehung in traditionelle Sportvereine vorgeschlagen.

Bezüglich der Angebote und Projekte war unklar, wie es sich mit der Residenzpflicht der nichtanerkannten Geflüchteten verhält, wenn Ausflüge geplant werden. Des Weiteren war nicht deutlich, ob es eine Anlaufstelle für allein reisende junge Männer gäbe. Kritisch wurde angemerkt, dass Angebote für die über 18-Jährigen fehlen und sie zu wenig Kontakt zu gleichaltrigen deutschen Jugendlichen haben. Außerdem wurde von den Teilnehmenden vorgeschlagen, dass mehr Supervision und kollegiale Beratung für die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteure in der Integrationsarbeit angeboten werden sollten.

Integration

Im Workshop wurde als oberstes Ziel eine gelungene Integration der jeweiligen Zielgruppen in die Gesellschaft genannt. Vorgeschlagen wurde, dass es weniger Angebote speziell für Flüchtlinge geben und sie stattdessen und sie stärker in das alltägliche Leben eingebunden werden sollten. Auch sollten sie gefragt werden, was sie konkret benötigen. Ein wichtiger Schritt sei hierzu die Hilfe zur Selbsthilfe. Zur Erhöhung der Selbstständigkeit von Frauen wurde an dieser Stelle noch einmal auf die Notwendigkeit von Fahrradkursen speziell für Frauen hingewiesen. Das Fehlen von Dolmetschern wurde auch noch einmal generell benannt, da es durch falsche Übersetzungen immer wieder zu Fehlinformationen komme.

Ebenfalls scheint es Unklarheiten zu geben, wie die Bezahlung von Dolmetschertätigkeiten ablaufen kann und es wurde bemängelt, dass es keine Fördermittel für Dolmetscher gebe.

Für die Integration von Familien ist es wichtig, dass Eltern überhaupt die Teilnahme an Integrationskursen ermöglicht wird. Hierbei wurde mehrfach auf die fehlenden Betreuungsplätze für Kinder hingewiesen. Auch

sollten Eltern bei Behördengängen entlastet werden, indem mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder geschaffen werden.

Für Erwachsene scheint der Zugang zu Sprachkursen, wohl auch aufgrund hoher Wartelisten und dadurch hoher Wartezeiten, schwierig zu sein. Als Idee wurde hierzu geäußert, dass es Sprachkurse speziell für Männer geben sollte sowie Sprachkurse / Austauschprojekte und familienbezogene Projekte.

Als gute Idee zum Thema Integration wurde die Integration durch die Stadt und Kirchengemeinden benannt sowie die Arbeit von Integrationslotsen.

Das Patenkonzept, das generell bei der Integration von Neuzugewanderten im Kreis Recklinghausen eine hohe Bedeutung zu haben scheint, spielt vor allem bei der Integration von Flüchtlingsfamilien eine wichtige Rolle.

So wurde aus mehreren Städten die Idee geäußert, Patenschaften gezielt für Familien einzurichten, z.B. als Spielpaten oder Familienpaten. Kritisch wurde angemerkt, dass generell Paten fehlen, vor allem aber jugendliche Paten, da gerade der Kontakt zwischen deutschen und neuzugewanderten Jugendlichen verstärkt werden sollte.

Positiv wurde erneut das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich hervorgehoben.

Integration ins Regelsystem

Vor allem der Einstieg ins Regelsystem, speziell in die Schule, wurde in diesem Workshop diskutiert.

Positiv wurde dabei angemerkt, dass die Integration an den Schulen gut funktioniere. Kritisch wurde festgestellt, dass es zu wenig KiTa und OGS Plätze gebe, die dem Bedarf von Flüchtlingskindern gerecht werden. Auch sei ein regelmäßiger Schulbesuch schwierig. Im Schulbereich sei es teilweise unklar, wie die Anerkennung von Qualifikationen und Zeugnissen verlaufe.

Wohnen

Das Thema „Wohnen“ wurde sehr wechselhaft diskutiert. Zum einen wurde positiv benannt, dass nahezu alle Familien in Wohnungen untergebracht sind und die Unterbringung in Einrichtungen / Wohnungen sehr familienfreundlich gestaltet sei. Auf der anderen Seite gab es Teilnehmer/innen aus Städten, die die Unterbringung der Familien, das Umfeld der Unterbringung, die Aktivitäten in den Sammelunterkünften sowie die fehlenden Rückzugsmöglichkeiten für Beratungen stark kritisierten. Ebenfalls wurde die fehlende Unterbringung von jungen unbegleiteten Flüchtlingen in zentraler Lage bemängelt.

Teilweise wurde geäußert, dass es nicht klar sei, ob es Unterkünfte für allein reisende Frauen / Kinder gäbe und



welche Perspektiven die Familien durch einen Wohnortwechsel noch haben. Auch sei das Thema Volljährigkeit nicht ganz klar. Im Kreis Recklinghausen müssen in manchen Städten die Jugendlichen mit Erreichen der Volljährigkeit die Unterkunft verlassen.

Sicherheit

Es wurde diskutiert, dass es für viele Jugendliche schwer sei, mit der Freiheit in Deutschland umzugehen und eine Begleitung zwingend erforderlich sei.

Als weiterer Aspekt wurde diskutiert, dass ein Gewaltschutz, z.B. in Form der Frauenhausunterbringung gewährleistet sein müsse. Auf der anderen Seite gab es Unklarheiten bzgl. der Regelungen zur Sicherheit von Hauptamtlichen. Unter diesem Aspekt kam auch die Diskussion auf, dass das Grundgesetz von allen Neuzugewanderten anerkannt werden muss und nicht hinterfragt werden dürfe. Speziell wurde sich dabei auf die Artikel 3⁴ und 16a⁵ berufen. Hinzu komme, dass die

4 Siehe zum Artikel 3 des Grundgesetzes hier: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_3.html.

5 Siehe zum Artikel 16a des Grundgesetzes hier: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_16a.html.

Rechtslage, was ein „sicheres“ Herkunftsland sei, nicht klar sei und mehr Transparenz hergestellt werden müsse.

Gesundheit

Bei der Diskussion zum Thema Gesundheit bzgl. der Zielgruppe stand vor allem das Thema der psychischen Gesundheit im Fokus. Viele Teilnehmer/-innen äußerten Unsicherheiten beim Umgang mit traumatisierten oder resignierten Personen sowie die Möglichkeiten der therapeutischen Anbindung. Vor allem bei Traumatherapien gäbe es auch zu wenige Plätze, bei denen Dolmetscher zur Verfügung stehen. Es wurde mehr Transparenz und psychosoziale Begleitung gefordert und als mögliche gute Idee die Sensibilisierung im Gesundheitswesen genannt. Aus einer Stadt kam die Rückmeldung, dass es einen Traumatherapeuten in einer Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMAs) gebe. Aus einer anderen Stadt gab es eine positive Rückmeldung zur medizinischen Flüchtlingshilfe.

Ansprechpersonen Frühe Hilfen

Netzwerkkoordination Frühe Hilfen Kreis Recklinghausen

Stand: März 2017

Stadt	Ansprech-partner/in	Anschrift	Telefon	E-Mail
Herten	Dorthe Stanberger	Kurt-Schumacher-Str. 2 45699 Herten	02366/303-442	d.stanberger@herten.de
Castrop-Rauxel	Ulrike Wolowski-Hassel	Bürgerhaus Leonhardstraße 6 44575 Castrop-Rauxel	02305/9208257	Ulrike.wolowski-hassel@castrop-rauxel.de ; familienbuero@castrop-rauxel.de
Gladbeck	Wolfgang Schäfer	Willy-Brandt-Platz 2 45964 Gladbeck	02043/992-544	wolfgang.schaefer@stadt-gladbeck.de
Oer-Erkenschwick	Stephanie Hennig	Rathausplatz 1 45739 Oer-Erkenschwick	0151/58189780	stephanie.hennig@oer-erkenschwick.de
Marl	Dorothea Stotten	Creller Platz 1 45768 Marl	02365/99-2481	dorothea.stotten@marl.de
Recklinghausen	Gabriele Gunkel	Rathausplatz 3 45657 Recklinghausen	02361/502216	gabriele.gunkel@recklinghausen.de
Waltrop	Birgit Ollesch-Joswig und Christiane Bröcker	Münsterstr. 1 45731 Waltrop	02309/930-313; 02309/930-243	Birgit.ollesch-joswig@waltrop.de ; Christiane.broecker@waltrop.de
Dorsten	Claudia Schmieder-Freese	Bismarckstr. 5 46284 Dorsten	02362/664000	Claudia.Schmieder-Freese@dorsten.de
Haltern	Rudi Wilkens	Rochfordstraße 1 45721 Haltern am See	02364/933244	rudi.wilkens@haltern.de
Datteln	Susanne Sassor	Genthinerstraße 8 45711 Datteln	02363/107427	susanne.sassor@stadt-datteln.de

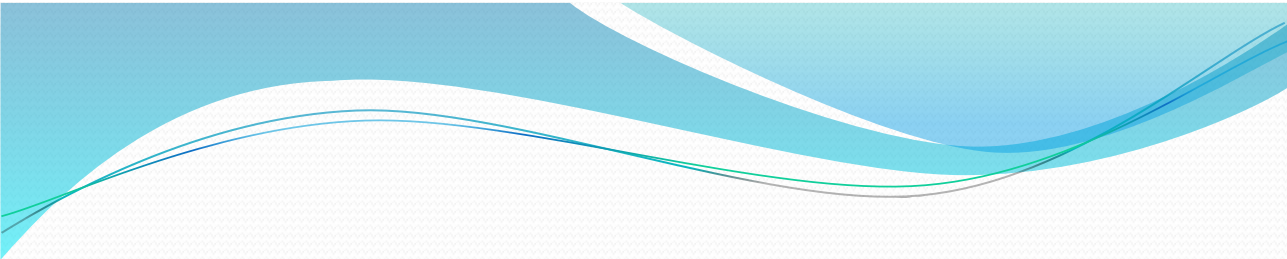
Jugendamtsleitungen Kreis Recklinghausen


Name	Stadt	E-Mail
Agnes Stappert	Gladbeck	Agnes.Stappert@stadt-gladbeck.de
Klaus Peveling	Datteln	Klaus.Peveling@stadt-datteln.de
Christiane Bröcker	Waltrop	Christiane.Broecker@waltrop.de
Heidrun Lange	Herten	H.Lange@herten.de
Volker Mittmann	Marl	Volker.Mittman@marl.de
Gisbert Drees	Haltern am See	Gisbert.Drees@haltern.de
Gabriele Gonstalla	Oer-Erkenschwick	Gabriele.Gonstalla@oer-erkenschwick.de
Stefan Breuer	Dorsten	Stefan.Breuer@dorsten.de
Regina Kleff	Castrop-Rauxel	bgs@castrop-rauxel.de
Volker Hülsmann	Recklinghausen	volker.huelsmann@recklinghausen.de

Good Practice

Familie, Frauen, Kinder und Jugendliche

- Demokratieprojekte Musik und Kochen (Kreis RE)
- Gartenprojekte (Kreis RE)
- Mehrsprachiges lesen, Begleitung der Familie in die Bücherei (Kreis RE)
- Elterncafé FZ (Kreis RE)
- Flüchtlingsstammtisch (Kreis RE)
- Begegnungscafé Oberlinhaus (Kreis RE)
- Kleiderkammer MFH (Kreis RE)
- Kooperation CV/DW/Flex Hilfen (Kreis RE)
- Kreisweite Angebotsliste (Kreis RE)
- Spielgruppen für Kinder (Datteln/Oer-Erkenschwick)
- Frauencafé International (Datteln)
- Café International (Oer-Erkenschwick)
- Mütterzentrum Mütze (Waltrop)
- Senfkorn (Treffpunkt für Jugendliche) (Waltrop)

- 
- Schwimmkurse (Haltern am See)
 - Schacht Ehrenamt/Sozialamt (Haltern am See)
 - Asylkreis und Partnerschaften für Asylbewerber (Haltern am See)
 - Anmeldung von Flüchtlingskindern in Schule und KiTa zentral über CV (Haltern am See)
 - Sprachkurse Mutter mit Kinderbetreuung (Haltern am See)
 - Besuche/Betreuung im Rahmen von früher Hilfe für Flüchtlingsfamilien (Herten)
 - Kinderstube Evelmännchen Tagesbetreuung für Kinder (Herten)
 - Babycafé in den Stadtteilen für alle (Herten)
 - Broschüre für Flüchtlinge und Lotsen (Dorsten)
 - Langjähriges Migrationskonzept (Dorsten)
 - Gemischte Jugendcafés (Marl)
 - Sprachberatungsbüro im Rathaus (Marl)
 - Spielgruppe Brückenprojekte (Marl)
 - Projekt eines Jugendzentrums (Marl)
 - Fahrradwerkstatt von Jugendtreff KBC (Marl)
 - Junges Flüchtlingsforum Marl (Marl)

- 
- Projekt Get mobile (Marl)
 - Verbesserung der Kooperation von Jugendamt und Jobcenter (Marl)

Ansprechpartner Projekte

- Jugendtreff Senfkorn (Waltrop)
 - Pfarrjugend St. Peter
 - 02309-608711
 - kontakt@senfkorn-waltrop.de
- Get Mobile (Marl)
 - Jugendamt Marl (Ömer Cerit und Manuel Hestermann)
 - Ulla Wies (Abteilungsleitung)
 - 02365-99-2433
 - Ulla.wies@marl.de
- Junge Flüchtlingsforum (Marl)
 - Thomas Freck
 - 02365-99-2427
 - thomas.freck@marl.de
 - Michelle Diedrichs
 - 02365-63889
 - michelle.diedrichs@hagenbusch-re.de

Ausblick

Die bisherigen Ergebnisse der Erarbeitung des kreisweiten Integrationskonzepts im Kreis Recklinghausen werden auf dem Fachtag am 28.11.2017 vorgestellt. Anschließend an diese Ergebnisse wird es Workshops zu allen Handlungsfeldern geben. Dort geht es darum Handlungsschritte zu erarbeiten, die eine Unterstützung und Hilfe für die Integration von Neuzugewanderten im Kreis Recklinghausen sein können.

In jedem Workshop sind Expertinnen und Experten für das jeweilige Handlungsfeld im Einsatz, die je nach Workshop, Ideen vorstellen oder bei der Erarbeitung von Handlungsschritten, unterstützend tätig sind. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind eingeladen eigene Ideen einzubringen und Vorschläge zu machen!

Die Zielgruppen Familie, Jugendliche, Kinder und Frauen sollten soweit möglich in allen Handlungsfeldern mitgedacht werden.

Folgende Fragestellungen werden in den einzelnen Workshopgruppen diskutiert:

1 Wohnen

Gabriele Tschöpe (Jobcenter Kreis Recklinghausen) - Elaine Jousef (Lokale Koordinatorin samo.fa Waltrop)

Wohnen findet in den Städten statt. Jede Stadt hat eigene Strukturen und Voraussetzungen. Daher können die Herausforderungen der Planung auch nur in den Städten angegangen werden. Es macht aber sicher Sinn, sich über das Vorgehen und gute Ideen, Probleme und Herausforderungen auszutauschen.

Viele Städte haben die Neuzugewanderte dezentral in einzelne Wohnungen oder Wohneinheiten untergebracht. Andere unterhalten zentrale Sammelunterkünfte.

In dem Workshop soll es um die Frage gehen, wie Stadtentwicklung und Stadtplanung auf den Zuzug von Neuzugewanderten reagieren und wie es in der Planung weiter gehen kann.

Welche Schritte stehen an? Welche Punkte müssen in die Planung einbezogen werden. Müssen bestimmte Zielgruppen z.B. Frauen besonders berücksichtigt werden?

Oberziele:

1. Kommunale Planung: Was können wir hier gemeinsam anstoßen?
2. Akteure des Wohnens vernetzen
Teilziel 1: Akteure identifizieren – wen können wir einbeziehen?

3. Eckpunkte des Wohnens vermitteln: Gute Beispiele aus der Praxis

2 Sicherheit und Rassismus

Michael Moser (NRWeltoffen) - Zühtü Baritoglu (Haus der Kulturen)

Der Kreis erarbeitet ein kreisweites Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus über das Landesprogramm „NRWeltoffen“.

Im Rahmen von „Demokratie leben!“ wurden und werden kreisweit Projekte angestoßen und umgesetzt, die die Werte unserer Demokratie vermitteln. In 2015 und 2016 gab es viele Projekte mit Neuzugewanderten.

Die Arbeit und die Strategie werden in diesem Workshop vorgestellt.

Des Weiteren fließt die praktische Erfahrung von Zühtü Baritoglu (Haus der Kulturen) aus der Rassismus- und Antidiskriminierungsarbeit in den Workshop ein.

Oberziel : Handlungsfelder der kreisweiten Strategie festlegen

Teilziel 1: mit möglichst vielen Akteuren Handlungsschritte zu den Handlungsfeldern der kreisweiten Strategie erarbeiten /breite Öffentlichkeit herstellen und viele Unterstützer finden für die Umsetzung

Teilziel 2: Kleinprojekte, die die Werte unserer Demokratie vermitteln und auch die Menschen mitnehmen, die sich nicht dafür interessieren, nicht wählen gehen

Zu den Zielen können Kleinprojekte im Rahmen von „Demokratie leben!“ initiiert werden.

3 Sport

Christian Gerhardt (Kreissportbund) - Hans Bohmann (VfL Hüls e.V.) - Robin Schneegaß (Landessportbund NRW)

Das Integrationspotential von Sport und Sportvereinen ist äußerst groß. Viele Neuzugewanderte haben ein großes Interesse Sport zu treiben und sich am Vereinsleben aktiv zu beteiligen. Trotzdem kommen Neuzugewandert und interessierte Vereine nicht automatisch zusammen.

In dem Workshop sollen die folgenden Fragen besprochen werden:

Oberziel: Abbau von Zugangsbarrieren/Vereinfachung der Inanspruchnahme von Sportangeboten und mehr Informationen und Transparenz

Teilziel 1: verbesserte Aufklärung zum Sport

- Wo gibt es schon gute Beispiele im Kreis/können diese auf andere übertragen werden?
- Informationsmaterial
- Potentiale der organisierten Vereine mehr für Neuzugewanderte nutzen
- Zugänge zu Fitnessstudios

Teilziel 2: Ausdehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit und Qualifizierung von Neuzugewanderten im Sport

Teilziel 3: als Querschnittsthema über alle Handlungsfelder - Welche Handlungsschritte benötigen wir für bestimmte Zielgruppen?

- z.B. Stärkung der Teilhabe der Frauen/Kinder
- -junge Männer/Jugendliche

Als Experten stehen in diesem Workshop Christian Gerhardt, Referent für Integration beim Kreissportbund und Hans Bohmann von der Rollhockeyabteilung des VfL Hüls e.V. zur Verfügung. Der VfL Hüls e.V. ist „Stützpunktverein Integration durch Sport“.

4 Bürgerschaftliches Engagement

Ulrike Reddemann (Netzwerk Bürgerengagement für den Kreis Recklinghausen) - Heike Schlicht (Lotsin der Stadt Oer-Erkenschwick)

Bürgerschaftliches Engagement ist bei der Integration von Neuzugewanderten unerlässlich.

Für ein gutes Gelingen der Arbeit sind Absprachen und Abstimmungen mit hauptamtlich tätigen Personen unerlässlich.

Durch eine Vielzahl an Helfenden und auch durch neue Formen des Ehrenamts wird eine Koordination immer schwieriger.

In dem Workshop sollen Vorschläge für notwendige Handlungsschritte zu einer guten Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt entwickelt werden.

Oberziel: generelle Organisation und Strukturierung von Entscheidungsprozessen zwischen Haupt- und Ehrenamt

Teilziel 1: Zuständigkeiten klären/transparent machen

Teilziel 2: Hilfe und Unterstützung für Ehrenamtliche (Komm AN)

Teilziel 3: Überforderung /-frachtung des Ehrenamts vermeiden

Teilziel 4: Hilfe zur Selbsthilfe für Neuzugewanderte

5 Bildung und Sprachförderung bis 15 Jahre

Sabine Leipski (Kommunales Integrationszentrum Kreis Recklinghausen) - Daniel Hein (Schulsozialarbeiter der Stadt Marl)

Bildung und Sprachförderung ist ein wichtiger Aufgabenbereich, der unerlässlich für das Gelingen von Integration ist. Kinder und Jugendliche sollten optimal gefördert werden, damit ihr Einstieg in das deutsche Bildungssystem so gut wie möglich gelingt.

Oberziel: Einstieg von Kindern und Jugendlichen in das Bildungssystem sowie deren Eltern und beteiligte Institutionen optimal fördern

Themenbereiche zu denen Handlungsschritte erarbeitet werden, können sein: Einbeziehung der Eltern/ Elternbeteiligung, Fortbildung und Vernetzung von Fachkräften, Förderung von Seiteneinsteigern, Förderung der Mehrsprachigkeit, Einbindung von KiTas und Schulen, Gestaltung von Übergängen.

6 Bildung ab 16 Jahre UND Integration in Arbeit

Ulrike Martin (Jobcenter Kreis Recklinghausen) - Petra Giesler (Regionalagentur Emscher-Lippe) - Martin Trentmann (Schulungs- und Servicezentrum Vest GmbH) - Agiro Karmarianaki (Lotsin und Anerkennungsbegleiterin im Kreis Recklinghausen) - Wolfgang Krämer (Kommunales Integrationszentrum)

Wichtige Voraussetzung für eine Integration in Arbeit sind ausreichende Sprachkenntnisse. Das war ein Thema, was auf dem letzten Workshop breit diskutiert wurde. Deshalb werden auf diesem Fachtag die Themen Bildung und Sprachförderung ab 16 Jahre und Integration in Arbeit zusammengelegt.

Oberziel: Förderung der Chancengleichheit beim Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Studium

Teilziel 1: Verbesserung der Schulabschlüsse (z.B. auch durch die Übergangskonferenzen des KI)

- durch Paten-, Lotsen-, Mentoren/-innenprogramme
- Informationsangebote für Eltern optimieren/Elternbegleiterinnen

Teilziel 2: Ausbildungsmöglichkeiten für Neuzugewanderte (Bleibeperspektive)

- Unternehmensnetzwerke (vorhandene darstellen und neue gründen) Einbeziehung der Migrantenökonomie

Teilziel 3: Fachkräftemangel

- Potential der Neuzugewanderten für fehlende Fachkräfte nutzen/ notwendige Voraussetzungen/ Schritte?
- Zusammenarbeit mit Unternehmen allgemein und bezogen auf den Punkt „Fachkräftemangel“
- Welchen Beitrag kann eine Kommune zusammen mit ansässigen Unternehmen zu dem Punkt „Integration in Arbeit von Neuzugewanderten“ leisten oder wie die Integration gezielt fördern?

Teilziel 4: Informationen zum Schul- und Ausbildungssystem anpassen –optimieren

- Wo braucht es Begleitsysteme?

**7 Gefühl und Verstand in Einklang bringen -
Wie Integration gelingt**

Karin Esch (HGQM und Prozessbegleitung „Willkommen bei Freunden“)

Im Workshop erfahren Sie Methoden und Werkzeuge, wie Sie eine konsequente Ressourcenorientierung erreichen und ungewünschten Entwicklungen in der täglichen Arbeit mit anderen professionellen Akteuren, Ehrenamtlichen und Neuzugewanderten entgegen wirken können. Dabei werden praktische Methoden vorgestellt und mit den Teilnehmer/-innen erarbeitet. Ein Fokus wird dabei darauf gelegt, wie negative Gefühle in eine konstruktiv gestaltende Kraft gewandelt werden können.

